

REZENSIONEN

A. Allgemeines

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 57–58

Birgit Bernard

„Den Menschen immer mehr zum Menschen machen“. Ernst Hardt 1876–1947 (Bibliothek des Journalismus 3). Klartext, Essen 2015, 553 S. (davon 32 S. Abb.), 29,95 €.

Ernst Hardt muss ein attraktiver Mann gewesen sein. Den kaum bekannten jungen Literaten heiratete eine Schönheit der Oberschicht – gegen den Willen ihrer Eltern; als mittlerweile preisgekrönter, zu Wohlstand gelangter Dichter und zeitweiliger Theaterintendant verband sich der nunmehr Geschiedene und zum ersten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks Berufene in zweiter Ehe; und selbst als von den Nationalsozialisten Entlassener, nur noch gelegentlich Schreibender, vermochte der erneut Geschiedene mit einer dreißig Jahre jüngeren Frau eine dritte Ehe einzugehen. Sein an Höhen und Tiefen sowie vielerlei Facetten reiches Leben hat nun Birgit Bernard, Dokumentarin und Archivarin des WDR, detailreich auf mehr als 500 Seiten beschrieben.

Um den wahrscheinlich für viele potentielle Leser zentralen Einwand gleich an erster Stelle zu nennen: Musste es wirklich so ausführlich sein? Vieles hätte deutlich straffer formuliert werden können. Vor allem das zentrale achte (von 14), Hardts Kölner Rundfunkzeit gewidmete Kapitel, das gut 130 Textseiten umfasst, ist recht weitschweifig ausgefallen und in weiten Teilen mehr eine Geschichte des Senders als Teil der Lebensbeschreibung Hardts. Für viele Leser weniger störend dürfte dagegen sein, dass Fußnoten und Quellen- sowie Literaturverzeichnis nicht konsequent koordiniert sind, dass manche Kurztitel nur mit Mühe, andere gar nicht aufzufinden sind. Zudem fehlt eine Bibliographie des nicht sehr umfangreichen Hardtschen literarischen Schaffens. Lässt man sich von diesen Einwänden nicht schrecken und entscheidet sich für die – vielleicht auch selektive – Lektüre (um den zeitlichen Aufwand der Beschäftigung mit Hardts Leben in Grenzen zu halten), bietet Bernards Biografie eine Menge Informationen zu verschiedenen Themenfeldern.

Eigentlich hätte der 1876 geborene Sohn eines früh verstorbenen preußischen Offiziers die Laufbahn seines Vaters einschlagen sollen. Er begann diesen Weg auch, brach die Kadettenzeit jedoch 1894 ab, um als Dichter zu leben. Zu Beginn des 20. Jh.s durchlebte er eine wilde Bohème-Phase, die er nach erster Heirat und literarischem Durchbruch mit seinem damals viel gespielten, heute vergessenen Tristan-und-Isolde-Drama ‚Tantris der Narr‘ beendete. Für Jahrzehnte gehörten danach Geldsorgen der Vergangenheit an. Von Anfang 1919 bis Sommer 1924 fungierte er als Intendant des neuen ‚Nationaltheaters‘ Weimar, danach 1925/26 als Intendant des Schauspielhauses Köln und anschließend als „fürstlich“ bezahlter erster Leiter der Westdeutschen Rundfunk AG (WERAG) in Köln, wo er aus Gehalt, Tantiemen und Nebentätigkeiten für seinen Sender zwischen 40- und 60.000 Reichsmark im Jahr bezog (S. 430).

Hardt war in jenen Jahren in ‚seinem‘ Funkhaus in der Dagobertstraße nahezu allgegenwärtig. Er formte nicht nur die großen Linien des WERAG-Programms, sondern kümmerte sich auch um kleinste Details, korrigierte, ermunterte und war sich auch als Ansager nicht zu schade. Seine große Liebe gehörte dem gesprochenen Wort, vor allem der Literatur, wo er das Hörspiel zu früher, spezifischer Blüte führte. So Wort-zentriert war seine Arbeit, dass Bernard sogar von der „Apotheose des gesprochenen Wortes“ sprechen kann (S. 316). Gleichwohl war Hardt kein weltabgewandter Ästhet. Sein Bildungsanspruch war klassenübergreifend und ließ auch gewissen Spielraum für Unterhaltendes. Wenn Bernard an einer Stelle fragt (ohne eine Antwort zu geben), ob „seine Anschauungen einfach nur naiv und aus der Zeit geboren“ waren oder vielleicht doch „zeitlos“ und „als Denkmodell immer noch Norm bildend sein“ könnten (S. 310), ließe sich anfügen, dass Hardt als früher Theoretiker des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betrachtet werden sollte, wie dieser dann nach 1945 aufgebaut wurde.

Obwohl damals daran gedacht wurde, den fast 70-Jährigen noch einmal auf eine Führungsposition bei einer der neuen Anstalten zu berufen, kam es nicht mehr dazu. Nicht zuletzt war es seine zerrüttete Gesundheit, die dies verhinderte. Hardt verstarb bereits Anfang 1947.

Die Jahre seit 1933 hatte der zuvor so von Erfolg Verwöhnte in einer Grauzone verbringen müssen. Gleich 1933 war ihm von den Nationalsozialisten gekündigt worden. Devote Schreiben an den neuen Propagandaminister blieben erfolglos (S. 409 f., 416), mehr Unterstützung erfuhr er durch Hermann Göring, dessen zweite Frau Emmy Sonnemann einstmals Mitglied in Hardts Weimarer Theaterensemble gewesen war. Am Schreiben wurde Hardt nicht gehindert; seine literarische Produktion hielt sich jedoch in engen Grenzen.

KONRAD DUSSEL

Forst

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 58–59

Marc Walter / Sabine Arqué / Karin Lelonek

Deutschland um 1900. Ein Porträt in Farbe

Taschen, Köln 2015, 612 S. (zahlr. farbige Abb.), 150,00 €.

Dieses Gemeinschaftswerk eines Grafikdesigners, Fotografen und Photochrome-Sammlers, einer Dokumentarin und Bildredakteurin sowie einer Kunsthistorikerin präsentiert im Folioformat in opulenter Aufmachung hunderte Photochrome, die zwischen 1889 und 1910 – unter Verwendung oft älterer Negative – entstanden, ferner Ansichtskarten. Das Photochromverfahren war ein lithographisches Druckverfahren auf der Basis der Photographie, bei dem man mithilfe von bis zu 14 Steinplatten auf der Grundlage von Schwarz-Weiß-Negativen farbige Abzüge herstellte und dann meist von Hand nachbearbeitete. 1888 patentiert, hatte es seine Blüte bis zum Ersten Weltkrieg und wurde dann von der Farbphotographie verdrängt. Die Bilder waren ein Verkaufsschlager im Tourismusgewerbe. Auch das vorliegende *coffee table book* wendet sich vornehmlich an das breite

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted. This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Publikum. Als Dokumentation ist es zugleich ein Fundus für die wissenschaftliche Analyse. Der Band wird durch ein Register der Orte und Personen etc. erschlossen.

Die Abbildungen sind zu sechs regionalen Schwerpunkten gruppiert. Vorangestellt sind jeweils kurze Überblickstexte, ferner wird jedes Bild kurz kommentiert. Die Texte sind auf Deutsch, Englisch und Französisch verfasst. Die Schwerpunkte sind Berlin mit seinen Monumentalbauten, dem Verkehr auf Straßen und Plätzen, Stadtpanorama und Spreewaldidylle; ferner Nord- und Ostsee: von Bremen bis Königsberg, Hansestädte mit Rathaus, Markt und Hafen, herrschaftliche Badeorte, mondäner Strandbetrieb, Inseln, Landschaften, Backsteinkirchen. Es folgt die Region der Elbe von Hamburg aufwärts über – im Folgenden jeweils nur *pars pro toto* genannt – Magdeburg, Wörlitz, Dresden bis in die Sächsische Schweiz, einbezogen Leipzig, ferner die angrenzenden Gebiete bis zur Oder – Breslau, Görlitz. Den vierten Komplex haben die Verfasser „Im Herzen Deutschlands“ überschrieben: die Mitte mit Hannover, Braunschweig, Harz, Kassel, Wartburg. Daran schließt sich, ähnlich wie beim Elbe-Schwerpunkt, der Rhein mit seinen Nachbargebieten an, von etwa Aachen aufwärts bis zum Schwarzwald: Burgen und Dome, Rheinromantik mit Drachenfels, Rollandsbogen, Loreley, ferner Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe, Trier, Stuttgart, Freiburg, Schwarzwaldtracht. Der letzte Schwerpunkt: Bayern – Berge und Seen, Trachten, Idylle, Oberammergau, Neuschwanstein, Walhalla, Herrenchiemsee, München, Nürnberg, Würzburg, Bayreuth.

Der Band beeindruckt insbesondere durch die schiere Zahl, die Massierung der Abbildungen, ihre Größe, nuancierte Farbigkeit und suggestive Kraft. Er vermittelt das Bild einer – trotz einiger Zeugnisse des modernen Verkehrs etc. – überwiegend altertümlich-überkommenen, „heilen“, einer vergangenen, größtenteils untergegangenen Welt. Bei deren Betrachtung sucht man deshalb unwillkürlich umso mehr nach dem, was geblieben ist – Erinnerungsorte. Die Aufnahmen umfassen Zeugnisse des Imperialen, der Selbstdarstellung, Arrangements, Demonstration von Macht durch Pracht ebenso wie Idylle, Alltag, Geschäftigkeit der Fuhrwerke, der Boote usw., kaum Arbeitswelt. Ins Auge fallen die repräsentativen Bauten, die Burgen, Schlösser, Stadt- und Landschaftspanoramen, Häuserensembles, die (Selbst-)Darstellung von Herrschaft, Adel, Militär und Bürgertum, hingegen kaum von Industrie, Unternehmertum und – über die ländliche Idylle hinaus – von Landwirtschaft und Armut, Handwerk usw. Die Abbildungen nehmen gefangen. Obgleich Artefakte, suggerieren sie Authentizität und sind doch zugleich Topoi, Projektionsfläche, oft tümelnde Inszenierung. Der Sozial- und Wirtschafts-, der Kultur-, Alltags- und Stadtgeschichte bieten sie überaus umfangreiches Material für die funktionale Analyse, Illustration und Anschauung: vieles altbekannt, vieles aber auch neu. Die Photochrome vermitteln Zugang zu zeitgenössischem Lebensgefühl, Atmosphäre und prägender Kraft der Gestaltung, zu Selbstdarstellung, Massengeschmack und zeitgenössischer Anwendung und Perzeption des neuen Mediums selbst.

GÜNTHER SCHULZ

Bonn

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 60–61

Jaromir Balcar (Hg.)

Raub von Amts wegen. Zur Rolle von Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit bei der Enteignung und Entschädigung der Juden in Bremen

Edition Temmen, Bremen 2014, 328 S. (33 Abb.), 19,90 €.

Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis eines von der Bremer Landesregierung geförderten Projekts zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Rolle der bremischen Finanzverwaltung bei der Enteignung und Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung sowie bei der Rückerstattung jüdischer Vermögenswerte in der Nachkriegszeit. Das Projekt schließt an ähnliche Forschungsvorhaben der letzten Jahre an, in denen die Beteiligung regionaler Finanzverwaltungsbehörden an der Judenverfolgung im öffentlichen Auftrag untersucht und in Ausstellungen für ein breites Publikum dokumentiert wurde.

Der Band vereint drei längere Einzelstudien zum Rahmenthema sowie einen kürzeren ergänzenden Beitrag, der die Behandlung der Wiedergutmachung für NS-Unrecht in der bundesdeutschen Presse bis 1965 thematisiert. Zu Beginn gibt der Projektleiter Jaromir Balcar einen Überblick über die Verwaltungsgeschichte des für Bremen zuständigen Oberfinanzpräsidiums Weser-Ems und dessen Rolle bei der finanziellen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung. Letztere war nicht auf Bremen beschränkt: Über Deutschlands zweitgrößten Hafen wanderten zahlreiche vor Verfolgung fliehende jüdische Bürger aus, weswegen in den dortigen Depots große Mengen Umzugsgut lagerten. Außerdem wurden beträchtliche Teile des im Rahmen der sogenannten „M-Aktion“ in westeuropäischen Ländern geraubten jüdischen Hausrats über Bremen in das Reich eingeführt und vor Ort versteigert. Balcar zeichnet insgesamt ein Bild der Finanzverwaltung, das sich von dem bisher Bekannten nicht wesentlich unterscheidet: Die Bremer Finanzbehörden waren kaum mit nationalsozialistischem Personal durchsetzt, einige Leitungspersonen, wie der langjährige Oberfinanzpräsident Friedrich Carl, standen dem Regime sogar dezidiert ablehnend gegenüber. Das änderte aber nichts daran, dass die Finanzbeamten ihre Rolle bei der Enteignung jüdischen Vermögens effizient und geräuschlos erfüllten. Ihre konkrete Beteiligungspraxis zu untersuchen, war aufgrund der unzureichenden Quellenüberlieferung jedoch nur schwer möglich.

Die beiden auf Studienabschlussarbeiten zurückgehenden Beiträge von Johannes Beermann und Lars-Dieter Leisner machen aus dieser Not eine Tugend, indem sie insbesondere die Kooperations- und Netzwerkbeziehungen der staatlichen Behörden mit halb- und nicht-staatlichen Akteuren in den Blick nehmen. Beermann untersucht die Mitwirkung von Spediteuren und Gerichtsvollziehern an der Verwertung und Versteigerung des Umzugsguts jüdischer Auswanderer sowie des zurückgelassenen Hausrats von Deportationsopfern. Beide Akteursgruppen kooperierten intensiv mit den Finanzbehörden sowie nationalsozialistischen Stellen und prägten die Enteignungspraxis mit, indem sie die ihnen zufallenden Handlungsspielräume nutzten, um aus dem Geschehen eigene Vorteile zu ziehen. Leisner analysiert den Umgang der NS-Behörden mit sogenanntem „konossementverbrieftem“ Umzugsgut, das jüdische Auswanderer in Bremer Hafendepots eingelagert hatten, von dem aber nicht sicher war, ob diese den Eigentumstitel im Ausland

nicht bereits an Andere weitergegeben hatten. Deswegen stuften die Behörden das Umzugsgut in diesen Fällen nach Kriegsbeginn vorsichtshalber als „feindliches Auslandsvermögen“ ein und beachteten die entsprechenden völkerrechtlichen Regelungen in erstaunlich penibler Weise. So zeigt sich, dass außenpolitische Rücksichtnahmen dem nationalsozialistischen Bereicherungsinteresse durchaus übergeordnet sein konnten, dieses folglich keinem gänzlich unkontrollierten Radikalisierungsprozess unterworfen war. In der abschließenden Studie zeigt Hans-Gerhard Schmidt, dass die Wahrnehmung der Wiedergutmachung in der westdeutschen Presse seit 1945 bis in die 1960er Jahre vor allem von den enormen Kosten geprägt war – ein Muster, das sich auch in der Haltung der Finanzbehörden gegenüber der Wiedergutmachung in der Nachkriegszeit deutlich widerspiegelt.

Positiv hervorzuheben ist das Bemühen der Autoren, einerseits ihrem Auftrag einer wissenschaftlichen Dokumentation im regionalen Rahmen nachzukommen, andererseits dabei aber nicht lediglich schon Bekanntes ein weiteres Mal auszubuchstabieren, sondern in intensiver Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand bisher unbeachtete Aspekte zu identifizieren und damit das Bild der antisemitischen Enteignungs- und Raubpraxis weiter zu vervollständigen.

BENNO NIETZEL

Bielefeld

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 61–62

Gisela Borchers

Grundbesitz in Bauernhand. Die Erbpacht in Westpreußen im Rahmen der preußischen Domänengeschichte des 18. Jahrhunderts, dargestellt am Domänenamt Schöneck. Ein Beitrag zur Agrargeschichte Friedrichs des Großen

(Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens 37). Nicolaus-Copernicus, Münster/Westf. 2014, 376 S. (7 Abb., 15 Tab., 10 Karten), 25,00 €.

Nachdem Georg Friedrich Knapp mit seiner monumentalen Darstellung „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens“ bereits 1887 einen Paradigmenwechsel in der deutschen Agrargeschichtsschreibung eingeleitet hatte, ist die Agrarverfassung der preußischen Ostprovinzen mit ihrem hochkomplexen Kastenwesen und dem oft schwer durchschaubaren Nebeneinander zahlreicher Rechtsformen vor allem in den 1970er und 1980er Jahren, unter dem Einfluss neuer sozialgeschichtlicher Fragestellungen, verbreitet Thema der historischen Forschung gewesen, nicht zuletzt in der DDR (exemplarisch genannt seien hier nur die einschlägigen Publikationen von Hartmut Harnisch). Die königlichen Domänen, die sich neben dem adeligen Grundbesitz zur zweiten wesentlichen Säule des Landbesitzes in Preußen entwickelten und gerade in Westpreußen im 18. Jh. annähernd die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche umfassten, sind dabei jedoch stets unterbelichtet geblieben. Dies gilt insbesondere für die spezifische Besitzform der Erbpacht, die nicht zuletzt auf Initiative Friedrichs II. im 18. Jh. die kurzfristige Zeitpacht auf den Domänen zum **Großteil verdrängte. Insofern ist das Vorhaben von Gisela Borchers**

sehr zu begrüßen, das Erbpachtsystem am Beispiel des westpreußischen Domänenamts Schöneck zu untersuchen. Dass die Wahl des Themas nach eigener Aussage aus familiären Motiven erfolgte – der Urgroßvater der Autorin war Vorwerkspächter in Westpreußen, der Vater dort bis 1945 Gutsbesitzer –, muss dabei nicht von Nachteil sein.

Mit dieser Fokussierung auf ein einzelnes Domänenamt verfolgt die Autorin den Ansatz, „das Brennglas der Mikrogeschichte [...] auf eine kleine Untersuchungseinheit“ zu legen und auf dieser Grundlage „die gesamte Erbpacht, die einen so einschneidenden Umbruch der preußischen Domänenpolitik in Gang setzte, in Details“ darzustellen (S. 17 f.). Als Quellenbasis dient ihr vornehmlich die im Berliner Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verwahrte Überlieferung des Ersten Departements im Berliner Generaldirektorium.

Auf ein einführendes Grundlagenkapitel zu den besonderen Bedingungen innerhalb der Untersuchungsregion Westpreußen, die bis 1772 zur polnischen *Rzeczpospolita* gehört hatte und in ihren Agrarstrukturen entsprechend durch die polnische Starosteiwirtschaft vorgeprägt war, folgt das Hauptkapitel zum Domänenamt Schöneck, das die allgemeinen Verwaltungsmechanismen ebenso detailliert unter die Lupe nimmt wie das Wirken der einzelnen Generalpächter sowie die konkrete Ausformung des Erbpachtsystems (Ablauf der Lizitationen, Dienstpflichten, Berechtigungen etc.). Aus ihren mikrohistorischen Einzelbeobachtungen heraus gelingen Borchers interessante generalisierende Feststellungen, etwa dass die Domänenbauern ihre Rechte gegenüber der Domänenkammer oder dem Generaldirektorium durchaus selbstbewusst zu vertreten wussten (S. 178).

Zu begrüßen ist die zumindest partielle Berücksichtigung der polnischen Forschung ebenso wie die – angesichts der vielen heute nicht mehr geläufigen Termini aus dem ländlichen Kosmos des 18. Jh.s – sehr nützliche Aufnahme eines Glossars. Dass die Lektüre gleichwohl einen streckenweise unbefriedigenden Eindruck hinterlässt, ist weniger inhaltlichen als vielmehr formalen wie strukturellen Mängeln geschuldet, die gewiss vermeidbar gewesen wären. Abgesehen von dem ungenau wirkenden Untertitel (was bitte soll die „Agrargeschichte Friedrichs des Großen“ sein?) irritiert vor allem der Umstand, dass auf den eigentlichen Kern der Studie – also die Einzeluntersuchung des Schönecker Domänenamts – auf einmal ein umfangreicher Abschnitt zum agrargeschichtlichen Forschungsstand folgt, der doch nach allen Grundregeln wissenschaftlichen Arbeitens an den Beginn gehört hätte! Daran schließt sich dann wiederum ein „perspektivischer Vergleich zu anderen deutschen Ländern“ an, der querliegt zu dem verfolgten Konzept einer regionalen Fallstudie und dessen einzelne Unterkapitel letztlich zu kursorisch geraten, um wirklich aussagekräftig zu sein.

In der Gesamtschau ergibt sich somit der Eindruck einer bemühten und fleißigen Arbeit, deren strukturelle Anlage jedoch stark fehlproportioniert erscheint und die ihre durchaus mannigfaltigen Erkenntnisse dadurch am Ende leider ein wenig verschenkt.

ROLAND GEHRKE

Stuttgart



VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 63–64

Katja Bruisch

Als das Dorf noch Zukunft war. Agrarismus und Expertise zwischen Zarenreich und Sowjetunion

(Beiträge zur Geschichte Osteuropas 47). Böhlau, Köln / Weimar / Wien 2014, 394 S., 59,90 €.

Die Hungersnot, die sich 1891/92 von der Wolgaregion bis zum Ural und zum Schwarzen Meer ausbreitete, und die Bauernaufstände in der Revolution von 1905/06 zeigten, dass die Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft im späten russischen Zarenreich in eine tiefe Krise geraten waren. Mit den Stolypinschen Reformen verband Nikolaus II. 1906 deshalb die Hoffnung, die landwirtschaftliche Erzeugung und Produktion erheblich steigern zu können. Die Modernisierungspolitik richtete sich nicht mehr vorrangig auf die adligen Gutsbesitzer, sondern vor allem auf die Bauern – eine Gruppe, die überaus heterogen war, aber von der Intelligenz und den Sozialrevolutionären zur Jahrhundertwende verklärt wurde. Auch die Agrarexperten, deren Zahl und gesellschaftlicher Status um 1900 beträchtlich wuchsen, bemühten sich um eine Mobilisierung der bäuerlichen Produzenten. Sie stützten sich dabei auf die genossenschaftlichen Traditionen ebenso wie auf wichtige Institutionen wie die Umverteilungsgemeinde (*obščina*) und die seit 1864 bestehende ländliche Selbstverwaltung (*zemstvo*). Wie Katja Bruisch in ihrem klar strukturierten Buch zeigt, war der Agrarismus als spezifisches Modernisierungskonzept aber nicht nur ein wissenschaftliches Paradigma, sondern er entwickelte sich vor allem im frühen 20. Jh. auch zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung.

Tatsächlich nahm die landwirtschaftliche Erzeugung im späten Zarenreich trotz wiederholter Einbrüche beachtlich zu, und auch die Produktivität der bäuerlichen Betriebe wuchs. Jedoch verhinderten vor allem der Erste Weltkrieg und der anschließende Bürgerkrieg einen Erfolg der Agrarexperten, die an Universitäten und Forschungsinstitutionen, aber auch in den Dörfern Reformen zur Freisetzung des bäuerlichen Produktionspotentials vorantrieben. Nach der vorübergehenden Wiederaufnahme des Agrarismus im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik Mitte der zwanziger Jahre unterband Stalin schließlich mit der beginnenden Kollektivierung und der Repression der Kulaken ab 1928/29 die bäuerliche Modernisierungspolitik. Die Landwirtschaftsexperten, die den Agrarismus vertreten hatten, wurden in ihren Instituten als „bürgerliche“ und „reaktionäre“ Kräfte denunziert, dort abgelöst, oft verhaftet und verbannt oder sogar als „Volksfeinde“ erschossen. Obgleich die Behörden sie vereinzelt weiterhin in untergeordneten Positionen in der nun kollektivierten Landwirtschaft einsetzten, waren sie als Fachkräfte marginalisiert und auch gesellschaftlich stigmatisiert. Eine Rückkehr in das gewohnte Alltagsleben wurde für diese Gruppe erst seit den späten vierziger Jahren möglich. Dennoch durften sie ihre Repression noch in der 1956 von Nikita Chruščev begonnenen Phase der Entstalinisierung nicht thematisieren. Auch eine nachträgliche Kritik an der Kollektivierungspolitik war tabuisiert – ein weiterer Hinweis auf die Grenzen der Öffnung unter Chruščev.

Bruisch erklärt die führende Rolle vieler Agrarexperten im frühen bolschewistischen Regime der zwanziger Jahre mit der „ideologischen Anschlussfähigkeit des Agrarismus“ und der „wachsende[n] Bedeutung moderner Ordnungs- und Planungsdenkens im Russland des frühen

20. Jahrhunderts“ (S. 337). Die berufliche Degradierung und politische Entlassung der Fachleute, die auf die Modernisierung der bäuerlichen Wirtschaften gesetzt hatten, in den dreißiger Jahren verweist aber auf die Grenzen der Vereinbarkeit. Obwohl auch die stalinistische Wirtschaftspolitik auf Planung, Fortschritt und einen Durchbruch zur Moderne auf dem Lande zielte, war sie nicht mit einer Reformpolitik kompatibel, die Anreize zur (Selbst-)Mobilisierung der Bauern bot und auf dem Lande eine evolutionäre Entfesselung des ökonomischen Potentials „von unten“ anstrebte. Letztlich bleiben die unterschiedlichen politischen Kontexte von den 1890er bis zu den 1920er Jahren in der Interpretation, die auf die Kontinuität des Agrarismus als Modernisierungsideologie abhebt, etwas unterbelichtet.

Trotz dieses Einwandes hat Katja Bruisch mit ihrem Buch (das auf ihrer Göttinger Dissertation basiert) eine höchst instruktive, anregende und klar gegliederte Studie vorgelegt. Sie vermittelt weiterführende Einblicke in das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik im späten Zarenreich und im ersten Jahrzehnt der Sowjetunion. Das Buch ist nachdrücklich zu empfehlen.

ARND BAUERKÄMPER
Berlin

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 64–65

Jürgen Büschenfeld / Bärbel Sunderbrink (Hg.)

Bielefeld und die Welt. Prägungen und Impulse

(Sonderveröffentlichung des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg e. V. 17). Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2014, 655 S. (zahlr. Abb. u. Tab.), 29,00 €.

Mit dem vorliegenden Jubiläumsband zur 800-jährigen Geschichte Bielefelds ist den Herausgebern nicht nur eine Stadtgeschichte gelungen, die modernen Ansprüchen einer Geschichte für die Öffentlichkeit genügt, sondern auch die Vorgehensweise erweist sich als beispielhaft. Ganz als *Public History* Projekt angelegt, kooperierten hier Wissenschaft und Öffentlichkeit: Nachwuchswissenschaftler erhielten ebenso wie etablierte Historiker und Experten der Institutionen Raum, ihre Perspektive auf die historische Entwicklung der Stadt in sorgfältig illustrierten Aufsätzen zu entfalten. Dass die Herausgeber in dem Band nicht lediglich einen bunten Strauß an Einzelaspekten zusammentragen wollten, vielmehr konzeptionell die moderne Regional- bzw. Lokalgeschichte mit ihren Impulsen aus der Landes-, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Mikro-, der Global- sowie Kulturgeschichte den roten Faden bildet, legen sie ausführlich in der Einleitung dar. Ziel ist es, durch eine „Nahsicht auf einzelne Personen und Orte übergreifende Strukturen und Prozesse schärfer in den Blick zu nehmen“ und so deutlich zu machen, dass „für die Globalgeschichte jeder Ort ein Schauplatz [ist], an dem das überregionale Geschehen mit den lokalen Gegebenheiten spezifische Verbindungen eingeht“.

Dieser theoretische Abriss zu aktuellen Bezugspunkten und Forschungsrichtungen der Lokalgeschichte verknüpft sich anschaulich mit einem Vergleich mit der ersten Stadtgeschichte aus dem Jahre

1964, die sich noch stark auf die archäologischen Befunde zur Stadtbefestigung konzentrierte. Dass lokale Geschichtsbetrachtung durchaus bis heute öfter eine beschönigende Nabelschau denn kritische Narration ist, bei der lokale Stereotypen eher tradiert als reflektiert werden, hätte weiter vertieft werden können. Lediglich der gelungene Beitrag von Kathrin Minner betrachtet aufschlussreich die lokale Selbstvergewisserung anlässlich der Stadtjubiläen 1921 und 1964. Gerade die Beantwortung der Fragen, wie Identität gestiftet werden sollte und welche Themen und Aspekte der Stadtgeschichte zu welcher Zeit als Sinnbildungsangebote favorisiert wurden, sorgt für die nötige Transparenz und führt zu einem besseren Verständnis der Konstruktionsprozesse historischer Forschung für die Zielgruppe des Bandes – die Bürger und interessierten Laien Bielefelds und darüber hinaus.

Der Titel und die Kapitelüberschriften spiegeln das theoretische Konzept wider, die „kleine“ Geschichte Bielefelds mit der „großen“ (Struktur-)Geschichte zu verbinden. Die Kapitelstruktur greift dabei die Fragen der gegenwärtigen Gesellschaft an die Geschichte auf, z. B. Demografie, Demokratisierung, Globalisierung, Mobilität, (Stadt-)Ökologie und Interkulturalität. In 35 Aufsätzen entsteht eine Stadtgeschichte, die „klassische“ Formen einer auf Grenzen und auf ein reines Innenleben konzentrierten lokalen Geschichtsbetrachtung sprengt und die historische Exemplarität ebenso wie die regionale Individualität der Bielefelder Historie gelungen einfängt. Die einführenden Beiträge jeden Kapitels umreißen von der jüngeren Geschichte ausgehend die Prägungen und Impulse; die folgenden vertiefen ausgewählte Aspekte in lockerer Chronologie, ohne dass versucht wurde, eine umfassende Stadtgeschichte zusammenzustellen.

Ein Personen-, Institutionen- und Ortsregister sowie ein Autorenverzeichnis erlauben einen strukturierenden Zugriff auf den umfangreichen Band. Bei aller Unterschiedlichkeit von Umfang und Inhalt der Beiträge sind alle gleichermaßen lesenswert; besonders soll hier aufgrund seiner Gestaltung einer hervorgehoben werden: Mit dem weitgehend unveränderten Interview zweier Protagonisten der Bielefelder Stadtpolitik zu kommunalen Handlungsspielräumen gelingt es Jürgen Büschenfeld, die gemeinhin als spröde geltende Verwaltungsgeschichte einmal anders darzustellen. Weitere Varianten, Zeitzeugen und Quellen der Bielefelder Geschichte anschaulich zum Sprechen zu bringen, hätte der Band sicherlich vertragen können – immerhin wollten die Herausgeber neue Wege gehen. Dieses kleine Manko schmälert indes nicht den Wert der innovativen Stadtgeschichte: Es ist den Herausgebern insgesamt ein konzeptionell und thematisch äußerst anregender und informativer Jubiläumsband gelungen.

JENS ASPELMEIER
Siegen

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 66–67

Magdalena Bushart / Henrike Haug (Hg.)

Technische Innovationen und künstlerisches Wissen in der Frühen Neuzeit
(Interdependenzen 1). Böhlau, Köln / Weimar / Wien 2015, 296 S. (68 u. 35 Abb.),
39,90 €.

“Il più presto, e più util modo, e il migliore”, or “the fastest, most useful, and best”, were the words used in 1548 in a fictitious *Dialogo di Pittura* about the qualities ascribed to a specific pictorial technique. They demonstrate that for the author of these words, the young Venetian painter Paolo Pino, art could be measured by economic as well as aesthetic standards. This is, in itself, not exactly a revolutionary observation. However, thanks to the so-called material turn in cultural and art history, a stronger connection with social and economic history is beckoning. One assumes that this is one reason why this book is reviewed in the pages of VSWG. The present book has, moreover, the words “technische Innovationen” in its title, making it look even more promising as a bridge between two worlds that are usually operating quite removed from each other. I will therefore review the book mainly from this perspective: where are the connecting points with social and economic history, or what can social and economic historians learn from art history? This is clearly a somewhat unfair approach, because it is an issue that the authors and editors did not have in mind as such when putting these essays together. Let me therefore underline that this book has been written, with one or two exceptions, by art historians and that the intended audience also primarily seems to consist of art historians.

As the editors point out in their Introduction, the book is not really about the early modern period in general, as the title suggests, but focusses on a century of unusual innovation in what we might call the ‘creative industries’. Between roughly 1430 and 1550 technical innovations emerged in the visual arts, such as oil paint and woodprints and engraving, in the production of medallions, and of bronze statues. All of these allowed artists to develop new ways of representing their subjects. In terms of ‘innovation’, four mechanisms seem to have been at work in the arts. One is well-known among economic historians: substitution. Examples from Antiquity (cameos), or from far-away places (Syrian enamel-painted glass) encouraged European artisans of the period to seek methods to achieve similar effects with the purpose of reproducing the admired examples.

A second is inter-media competition. Painters wanted to demonstrate that they could match sculptors in only two dimensions, and print-makers in turn tried to emulate paintings with only a limited palette. This competition was the source for the innovation that is most elaborately discussed in the book: the rise of so-called chiaroscuro prints and drawings. Painter Hans Burgkmair and engraver Jost de Negker, for example, created a series in which they prominently included stone relief, bronze medals, pencil drawing and painting, to show off their skill in imitating these other media in black-and-white.

A third is the exact opposite, what we might call ‘inter-disciplinarity’. The Nurnberger goldsmith Wessel Jamnitzer, one of the heroes of this book, was a brilliant practitioner of life-casting, where small natural objects, even plants and flowers, are through an ingenious process cast in precious metals, but also a theoretician of geometry. Albrecht Dürer was a painter and engraver, Mi-

chelangelo a painter and sculptor, and so on. These interactions between different media seem to have supported innovative practices.

Finally, innovation in the arts was driven by what looks like personal ambition. Not the economic ambition to make a lot of money, but the ambition to gain a reputation as simply the best in one's field. Thus, Michelangelo made his famous statue of David from a single block of marble that had been waiting in the building yard of the Florentine cathedral for decades, where no-one had dared to touch it. Likewise, Benvenuto Cellini made a huge bronze statue of Perseus, exhibited significantly next to Michelangelo's David, to demonstrate he could perform a cast that was considered impossible. He subsequently published a book boasting his achievements and underlining the problems he had to overcome to bring it about.

Whereas social and economic historians interested in innovation might benefit from the contents of this book, the authors of the various essays might also have benefitted from reading up on broader themes such as the development of early modern industries. One striking aspect of these essays is that they concentrate heavily on individual artists, and almost completely ignore the institutional context of the creative industry, and how that might have contributed to innovation. The literature on industrial districts and 'clusters,' as developed by economic geographers, might also have provided a richer analytical context for these papers. Instead, beyond art history the papers reference mainly the recent literature from the history of science, where scholars like Pamela Long and especially Pamela Smith have managed to produce imaginative and fruitful combinations with art historical research. I just want to suggest that there is a potential for more such collaborations.

MAARTEN PRAK

Utrecht

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 67–69

Karl-Peter Ellerbrock / Nancy Bodden / Margrit Schulte Beerbühl (Hg.)
**Kultur, Strategien und Netzwerke. Familienunternehmen in Westfalen
 im 19. und 20. Jahrhundert**
 (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte 29).
 Ardey, Münster 2014, 204 S., 28,00 €.

Die zehn Beiträge des vorliegenden Sammelbandes gehen auf eine Tagung Ende 2009 zurück, die sich mit Netzwerkbildungen, Unternehmenskultur und Produktionsstrategien westfälischer Familienunternehmen beschäftigte. Damit bewegen sie sich auf einem mittlerweile intensiv erforschten Feld der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte. Schon Jürgen Kocka hat vor mehr als 30 Jahren die richtungsweisende These vorgegeben, familiäre Strukturen, Prozesse und Mittel hätten den Durchbruch des Industriekapitalismus gefördert und dabei geholfen, Probleme der Industrialisierung zu lösen, die anders kaum hätten bewältigt werden können.¹ Im Fokus empirischer Untersuchungen steht demnach etwa die Rolle der Familie bei der Aufbringung von Startkapital, beim „Transaktionskosten“-senkenden Aufbau von Netzwerken des Vertrauens, bei der Rekrutie-

rung unternehmerischen Nachwuchses u. a. m. Den Kontrapunkt zu dieser optimistischen Version bildet die pessimistische Lesart, nach der familiäre Bindungen auf längere Sicht eher ein Handicap für die Wettbewerbsfähigkeit solcher Unternehmen waren – etwa wenn ungeeignete Söhne in die Nachfolge eintraten oder Wachstumschancen mit Rücksicht auf die Kontrolle der Besitzerfamilie verpasst wurden.

In den letzten Jahren hat sich die Familienunternehmensforschung geradezu als eigenes Genre der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte etabliert. Genre-typisch erscheint dabei die Darstellungsform der Einzelfallstudie. Auch die Beiträge des vorliegenden Bandes haben meist diesen Zugang gewählt. So zieht Ralf Stremmel aus seinem Fallbeispiel den Befund, familiäre Ressourcen könnten für Familienunternehmen sowohl Belastung als auch Erleichterung sein. Oliver Schulz widmet sich der Pionierrolle einer westfälischen Adelsfamilie für den Ruhrbergbau und setzt dabei adliges mit bürgerlichem Wirtschaften in Kontrast: Adliges Unternehmertum habe nicht ausschließlich um Markt, Wettbewerb und Gewinnmaximierung gekreist, sondern darauf gezielt, der Familie einen standesgemäßen Lebensstil zu sichern. Dieser Befund übersieht allerdings, dass man die gleiche Feststellung auch für die meisten bürgerlichen Familienunternehmen treffen kann.

Karl-Peter Ellerbrock führt exemplarisch vor, wie eine für das Familienunternehmen typische paternalistische Firmenkultur dazu beitrug, dass die betriebliche Fürsorgepolitik erst spät versachlicht wurde. Irene Rumpler zeigt u. a., in welcher Weise sich eine in die unternehmerische Verantwortung eintretende Gründerwitwe mit geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen auseinandersetzen hatte. Claas Siano beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Generationenwechsel und Neuausrichtung der Firmenpolitik. Lutz Budraß macht den Niedergang des von ihm untersuchten Familienunternehmens an der Innovationsfeindlichkeit des Firmenpatriarchen fest. Auch Nancy Bodden sieht die Ursachen des Scheiterns in einem für Familienunternehmen typischen Wechselfall begründet: Infolge des unzeitigen Todes zweier Firmenchefs fehlte in einer schwierigen Phase eine erfahrene unternehmerische Führung. Dagegen streicht Tanja Bessler-Worbs eher das Potenzial von Familienunternehmen heraus: Die Integration in ein verzweigtes konnubial-verwandschaftliches Netzwerk habe arbeitsteilige, kooperative Strukturen zwischen Familienunternehmen hervorgebracht und eine Alternative zur Konzernbildung geboten. In Margrit Schulte Beerbühls Studie zur Migration frühneuzeitlicher Herforder Kaufmannsfamilien nach London gewährten die familiären und verwandschaftlichen Netze entscheidenden Rückhalt für die unternehmerische Expansion im Fernhandel. Der letzte Beitrag des Bandes fällt dagegen aus der Reihe der Einzelfall- und Mikrostudien: Stefan Gorißen präsentiert ein Forschungsprojekt mit quantitativer Datenbasis, mit dem er das wirtschaftliche und verwandschaftliche Netzwerk der Kaufleute und Unternehmer im bergisch-märkischen Grenzraum um 1800 möglichst in Gänze erfassen will.

Mit dem methodischen Problem der Fixierung auf den Einzelfall setzt sich Ralf Stremmel im ersten Beitrag des Bandes intensiver auseinander. Er versucht hier aus der Not eine Tugend zu machen und verteidigt die unternehmensgeschichtliche Mikrostudie offensiv gegen die „Großtheorien“, die die historische Wirklichkeit nur unzulänglich abbildeten, „weil sie die ungezählten Facetten von Zwischentönen in der Geschichte nicht ausleuchten“ und „die Vielschichtigkeit des Vergangenen unzulässig [...] reduzieren“ (S. 13). Leider scheint mir genau dies das Problem vieler Studien des Genres zu sein. Die Fokussierung auf den Einzelfall verführt dazu, die Familien- und Unternehmensgeschichte in epischer Breite zu präsentieren, obgleich die relevanten Fragen auf 20–30 Seiten hätten abgehandelt werden können. **Stremmels Quintessenz besteht darin, noch mehr Fallstudien**

zu fordern, ließen sich doch tiefergehende Kenntnisse über Familienunternehmen nur bei breiter firmenarchivalischer Quellenbasis gewinnen.

An dieser Stelle fühlt sich der Rezensent persönlich angesprochen, denn Stremmel führt meine komparative Arbeit über Familienunternehmen in Sachsen² als Paradebeispiel dafür an, dass die Alternative zur Einzelfallstudie zwangsläufig eine unzureichende Quellengrundlage mit sich bringe. Meine Untersuchung beruhe nämlich „weitgehend auf der Auswertung von Firmenfestschriften“ (S. 17). Da es nicht das erste Mal ist, dass ich auf diese unzutreffende Behauptung stoße,³ frage ich mich, ob diese Wahrnehmung nicht symptomatisch für die Scheuklappen der historischen Familienunternehmensforschung ist. Die Bestände der regionalen Wirtschaftsarchive und die in den ostdeutschen Staatsarchiven aufbewahrten Akten verstaatlichter Familienunternehmen böten nämlich durchaus die Möglichkeit, das Verhältnis von Familienunternehmen und Unternehmerfamilie systematisch an mehr als nur an ein, zwei oder drei Firmen zu entwickeln. Für meine Sachsen-Studie konnte ich für die qualitative Analyse auf Gesellschaftsverträge, innerfamiliäre Korrespondenz und ähnliche Unterlagen von insgesamt 96 Unternehmen zurückgreifen. Für die Erstellung einer quantitativen Datenbasis wiederum sind auch Firmenfestschriften durchaus zuverlässig und nützlich. Denn welche Firma hätte schon ein Interesse daran, falsche Angaben über Geburts- und Todesdatum ihres Gründers oder den Ausbildungsweg der Unternehmensnachfolger zu verbreiten?

MICHAEL SCHÄFER
Dresden

- 1 Jürgen Kocka: Familie, Unternehmer und Kapitalismus, in: Heinz Reif (Hg.): Die Familie in der Geschichte (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1474). Göttingen 1982, S. 163–186.
- 2 Michael Schäfer: Familienunternehmen und Unternehmerfamilien. Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der sächsischen Unternehmer 1850–1940 (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 18). München 2007.
- 3 So bei Christina Lubinski: Familienunternehmen in Westdeutschland. Corporate Governance und Gesellschafterkultur seit den 1960er Jahren (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 21). München 2010, S. 118.

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 69–71

Márta Fata

Migration im kameralistischen Staat Josephs II. Theorie und Praxis der Ansiedlungspolitik in Ungarn, Siebenbürgen, Galizien und der Bukowina von 1768 bis 1790

Aschendorff, Münster 2014, 451 S. (8 Abb.), 59,00 €.

Treffend sieht die Verfasserin die allermeisten im 19. und 20. Jh. zu ihrem Thema erschienenen Arbeiten in einer „mit Ideologien geradezu verminten Forschungslandschaft“ (S. 10). Das Bild ist kaum krass genug: **Minen sind versteckt, und sie ruhen, bis sie belastet werden. Für die nationalistischen Eiferer für oder gegen die deutschen Ansiedler galt beides nicht. Sie priesen die Einwande-**

rer als Kulturträger und Modernisierer oder schalten sie als bedeutungslos, wenn nicht schädlich. Márta Fata, mit Wurzeln in Ungarn wie in Deutschland, möchte ihre Fragen frei von patriotischen Einflüssen beantworten, und das gelingt ihr überzeugend.

Es gelingt ihr auch, weil sie ihr Untersuchungsgebiet im Untertitel zeitlich und territorial genau begrenzt – bis hin zu dem Punkt, die Herkunft der Ansiedler ebenso wie deren Integrationsprozess kategorisch auszuschließen. Das mag den vergleichenden Migrationshistoriker enttäuschen, aber es ist eben nicht ihr Thema. Letzteres wird dafür sehr detailliert und dicht anhand einer Vielzahl archivalischer Quellen bearbeitet, wobei sowohl die persönlichen Reise-Eindrücke, die Motive und Pläne, die Maßnahmen (6.000 Verordnungen) Josephs II. sowie die taktischen oder erzwungenen Rückzieher des Monarchen ebenso dargestellt und analysiert werden wie die Anwerbung, Versorgung, Ausstattung und Ansiedlung der Einwanderer. Auch die dazwischen liegenden, oft bremsenden Instanzen, wie das Gewirr von Verwaltungsräten, und die Privilegien, z. B. die Steuerfreiheit des ungarischen Adels, werden ihrem Stellenwert entsprechend behandelt.

Die thematisierten Migranten sind so gut wie sämtlich Deutsche, vor allem aus Süddeutschland, und die Anwerbung erfolgte, wie die Verfasserin mehrfach betont, in scharfer Konkurrenz mit dem ebenfalls um Peuplierung bemühten Preußen, das gleichzeitig und vor allem als Vorbild in allen Bereichen der Modernisierung diente. Wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen wie Grenznähe zu den Osmanen, Leibeigenschaft der galizischen / polnischen Bauern und dem staatlichen Geldmangel wurde Josephs grundsätzlich einheitliches Modernisierungsprogramm in der Realität zu einem bunten Flickenteppich. Überall war Bevölkerungsvermehrung aus Verteidigungs- und Steuereinnahmegründen auch ein wichtiges Ziel, aber vorrangig für den Monarchen war die Ansiedlung als Hebel für die generelle Besserstellung der Bauern – Abschaffung von Leibeigenschaft und Robot, religiöse Toleranz, Eigentumsrechte. Verwirklicht wurde davon nur ein Teil, und vor allem da, wo es staatliche Domänen gab.

Das staatliche Ansiedlungsprogramm war bemerkenswert in seiner Großzügigkeit: Gestellt wurden Lebensmittel, ein eingerichtetes Haus, oft in einem neu erbauten Dorf, Ackerland und Weide, die benötigten Geräte sowie Vieh und Futter. Fata nennt einige Siedler-Zahlen, die aus staatlichen Programmen resultierten, als Zählleinheit jeweils Familien: Banat und Batschka 12.000, übriges Ungarn 8.000, Galizien 3.000. Für die Gesamtzahl der deutschen Einwanderer ist die Quellenlage eher trostlos. Die Verfasserin führt Schätzungen von 100.000 bis 400.000 an, von denen 100.100 belegt seien.

Sie betont, dass ihrer Überzeugung nach die Impopulation in der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s entgegen vielerlei Gegenstimmen eine bedeutsame Rolle gespielt habe. Entscheidender Grund für Josephs entsprechendes Engagement sei gewesen, dass er auf der Höhe der Zeit – Kameralistik und Aufklärung – informiert und entschlossen war, Theorie in Regierungspraxis umzusetzen.

Die strenge Beschränkung auf das relativ enge Thema erlaubt immerhin Seitenblicke auf andere Untersuchungsfelder. So vertritt Fata die nachvollziehbare Auffassung, die gewonnenen empirischen Erkenntnisse, vor allem zu den Begrenzungen der Herrschermacht, seien ein gewichtiger Beitrag zur Absolutismus-Debatte. Insgesamt betrachtet sie die Regierungszeit Josephs II. als den Höhepunkt des aufgeklärten Absolutismus in der Habsburgermonarchie.

Diese Arbeit, die 2011 als Tübinger Habilitationsschrift angenommen wurde, dürfte auf längere Sicht ein unumgänglicher und zuverlässiger Markstein für das gewählte Thema bleiben. Besonde-

re Erwähnung verdienen die Abbildungen, die nicht wie allzu oft Verzerrungen sind, sondern anschauliche und hilfreiche Konkretisierungen des Textes.

WOLFGANG HELBICH

Schnepfenthal

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 71–73

Muriel Gonzáles Athenas

Kölner Zunfthandwerkerinnen 1650–1750. Arbeit und Geschlecht

Kassel University Press, Kassel 2014, 225 S., 39,00 €.

War Köln im Mittelalter noch eines der bedeutendsten ökonomischen Zentren, so wird für die Frühe Neuzeit in der Literatur seit Langem das Bild einer immer stärker erstarrenden Metropole gezeichnet, die hinter aufstrebenden Städten wie Hamburg, München, Berlin etc. zurückfiel und erst mit dem Einmarsch französischer Truppen 1794 vom Mittelalter in die Neuzeit katapultiert wurde. Unter anderem wurden die Zünfte für diese Krise verantwortlich gemacht, da sie sich den notwendigen Flexibilisierungen widersetzt und damit den Niedergang der Stadt beschleunigt hätten.

In dieses Bild fügt sich die ebenfalls häufig geäußerte Behauptung ein, dass die Frauen seit Beginn der Frühen Neuzeit aus dem Gewerbeleben immer stärker verdrängt worden seien. Selbst in Köln, wo die Frauen im Mittelalter stark am Wirtschaftsleben partizipierten, sei die Zeit vom 16. bis zum 18. Jh. eine Periode ihrer Zurückdrängung gewesen. Diese lange vorherrschenden (Vor)Urteile kritisch zu hinterfragen, zu widerlegen und alte Bewertungen zu differenzieren, hat sich Gonzáles Athenas zur Aufgabe gemacht, was ihr – vorab gesagt – hervorragend gelungen ist.

Die Studie rückt die Zeit nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Mitte des 18. Jh. s. in den Mittelpunkt. Wegen der großen Fülle an Quellen zu den 22 Kölner Gaffeln mit rund 50 Zünften wählte Gonzáles Athenas sinnvollerweise die Goldschmiede-, Wollweber-, Leinenweber- und Schneidergaffel mit insgesamt zehn Zünften aus, sodass ältere sowie neuere Handwerke vertreten sind.

Eine besondere Stärke der Arbeit liegt in den methodischen Ansätzen. Berücksichtigte die ältere Handwerksforschung fast nur die Zunftordnungen und andere normierende Texte, so geht die Autorin sehr viel weiter, indem sie eine Reihe von Suppliken – interpretiert als „Ego-Dokumente“ – systematisch in den Blick nimmt. Ferner zieht sie Informationen aus Ratsprotokollen, Steuerlisten und Testamenten heran. Darüber hinaus rückt sie die Zunftgerichtsbarkeit in den Fokus – also Rechtspraxis statt lediglich Rechtsnormen. Zudem beachtet Gonzáles Athenas die Wertschätzung von Handwerkerinnen bei ritualisierten Handlungen – etwa die Rolle, die sie bei Trauerzügen spielten. Ebenfalls findet eine intensivere Auseinandersetzung mit den Konzepten der „Ehre“ statt, denn Meisterinnen waren eigenständige Trägerinnen der Handwerksehre. Wurden sie in einer Zunft zugelassen, so legten sie die gleichen Eide wie die Männer ab. Auf diese Weise gelingt es der Autorin, nicht auf der normierenden Makroebene stehen zu bleiben, sondern

das reale Leben aus der Mikroperspektive zu beleuchten. Mit Hilfe dieses Zugriffs ist es zudem möglich, den „Handwerks“-Begriff umfassender zu interpretieren, denn sie nimmt alle handwerklichen Tätigkeiten – auch im Zunftumfeld – in den Blick, also ebenso Auftrags-, Verlags- und selbstständige Arbeiten.

González Athenas weist zu Recht darauf hin, dass eine Nichterwähnung von Frauen in den Bestimmungen über die Ausbildung oder die Arbeit nicht bedeutete, dass sie keine erhalten bzw. innegehabt hätten. Wurden in der bisherigen Forschung die Verbote, „heimlich“ zu arbeiten, als Versuch charakterisiert, gezielt Frauen die Heimarbeit zu untersagen, so kann die Autorin nachweisen, dass unter „heimlich“ vielmehr „unzünftig“ – also unerlaubt – zu verstehen sei und sich diese Bestimmungen mithin gegen alle nicht im Zunfthandwerk Organisierten richteten, u. a. gegen arbeitslos gewordene Soldaten, die nun nach dem Krieg schneiderten. „Aus der vermeintlichen Absenz der Frauen in den normativen Quellen der Frühen Neuzeit wurde auf ihre Verdrängung aus dem Handwerk geschlossen.“ (S. 14) Denn die Ordnungen und Zunftbriefe wurden als Abbild der sozialen Praxis missverstanden; diese müssen vielmehr um andere Quellen ergänzt werden und bedürfen selbst einer Neuinterpretation. Insgesamt eröffnete die güter- und erbrechtliche Stellung den Kölnerinnen viele ökonomische Möglichkeiten, aber gleichfalls solche im rechtlichen Bereich (Bürgereid, Zeuginnen vor Gericht). Zudem konnten die Zunfthandwerkerinnen durch die Heirat eines Auswärtigen diesen zum Meisterrecht legitimieren. Auch bei der Ausbildung gab es kaum Unterschiede zwischen Frauen und Männern, es herrschte – im Gegensatz zur politischen Ebene – eine „relative Geschlechtergleichheit“ (S. 132). Ein wichtiges Ergebnis der Arbeit ist, dass bei der Ausübung eines Handwerks die Geschlechterzuweisungen eine untergeordnete Rolle spielten. Es gab keine Verdrängung der Frauen, sie wurden aus keinem Arbeitsbereich ausgeschlossen, ihre Tätigkeiten wurden als gleichqualifiziert angesehen. Auch nach der Hoch-Zeit der Frauenarbeit im Mittelalter blieben die Frauen weiterhin aktiv und fest im Zunfthandwerk verankert (S. 13 f.).

González Athenas hinterfragt zudem die Begriffe „Nahrung“ bzw. „Nahrungsprinzip“, die in der Forschung lange weitgehend nur als Gegenpole zum Erwerbprinzip interpretiert wurden. So konnte unter „Nahrung“ sowohl marktorientiertes als auch wettbewerbsfeindliches Verhalten verstanden werden. Zudem waren bereits im mittelalterlichen Köln marktwirtschaftliche Komponenten ebenso wie Innovationspotenzial ausgeprägt; an einem reinen Bedarfsdeckungsprinzip habe man sich schon damals nicht orientiert. Die Autorin betont treffend, dass die Gegenüberstellung von „Nahrung“ und „Markt“, von „Gemeinnutz“ und „Eigennutz“ nicht für die Historisierung frühneuzeitlicher Ökonomie taugt, da dieser Ansatz ein eindimensionales Wirtschaftsdenken unterstelle und einen linearen Verlauf der Geschichte suggeriere. Auch in Köln förderte der Rat durchaus eine flexible Wirtschaftspolitik. Er sorgte zudem dafür, dass individuelle Interessen die Gesamtheit der Zünfte nicht gefährdeten; es ging um Wettbewerbsregulierung, nicht um rigide Verbote.

Methodisch instruktiv ist die häufige Anführung von Beispielen aus den Quellen, die Autorin präsentiert viele *Case Studies*. Dadurch werden die allgemeineren Ausführungen immer wieder quellennah zurückgebunden und unterfüttert.

Das Einzige, was den überaus positiven Eindruck leicht trübt, ist die Lektorierung durch den Verlag. So sind einige Autoren falsch geschrieben (z. B. „Reiningshaus“ statt Reininghaus [S. 143, 198], „Birgit“ statt Brigitte Klosterberg [S. 194]) sowie eine Reihe von Tippfehlern zu finden (u. a. „vertratt“ [S. 16], „Akzissensystem“ [S. 44], „das das“ [S. 45], „Handwersleute“ [S. 73], „Jahrhun-

dert“ statt Jahrhunderts [S. 80, 102]). Dies könnte allerdings bei einer Neuauflage des Werkes, dem man weite Verbreitung und Rezeption wünscht, leicht behoben werden.

WOLFGANG ROSEN

Bonn

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 73–74

Ute Jutta Götz

Im Wettlauf gegen das Wechselfieber. Zur Geschichte der synthetischen Antimalariamittel

(Quellen und Studien zur Geschichte der Pharmazie 102). Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 2014, 429 S. (58 Abb., 3 Tab.), 24,95 €.

Die vorliegende Arbeit trägt einen ambitionierten Titel, der beim Rezensenten hohe Erwartungen weckte, die nur zum Teil erfüllt wurden. Primär handelt es sich um die Geschichte der Malaria-Forschung der Firma Bayer (bzw. der I. G. Farben AG) sowie ihrer beiden wesentlichen Kooperationspartner, der Provinzial-Heil- und Pflgeanstalt Düsseldorf-Grafenberg und dem Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg. Die Entwicklung von Präparaten wie Plasmochin, Atebrin, Certuna und Resochin wird anhand einer Fülle von Archivalien mit großer Liebe zum Detail geschildert, wobei die Lektüre gelegentlich Ermüdung bewirkt, weil sich viele Entwicklungsschritte ähneln und die beteiligten Personen zum großen Teil identisch sind. Indes meint die Autorin durchaus selbstbewusst, ihre Darstellung sei „lebendiger“ als bisherige historische Arbeiten (S. 345).

Es ist zwar löblich, dass Ute Götz Arzneimittelgeschichte nicht als platte „Erfolgs-Story“ versteht und auch die Holzwege und Fehlschläge der Bayer-Forschung ausführlich darlegt, aber mitunter geraten die Proportionen aus dem Lot. So schildert die Autorin über sechs Seiten die erfolglosen Bemühungen von Bayer, Sulfonamide für die Malaria-Therapie nutzbar zu machen. Es folgt dann der lapidare Satz: „Ein Vertreter indes, das Sulfadoxin, hatte in Kombination mit Pyrimethamin, seit 1979 erhältlich unter dem Namen Fansidar, in vielen Ländern das Chloroquin als Mittel der Wahl [...] abgelöst.“ (S. 267) Nach der breiten Darstellung der Bayer-Fehlschläge wüsste man als Pharmaziehistoriker dann schon gern, wem und wie ca. 40 Jahre später dieser Erfolg gelang – immerhin die Verdrängung eines äußerst bedeutenden Wirkstoffs wie Chloroquin! Ähnliches gilt für die Entwicklungsgeschichte der Wirkstoffe Mefloquin und Halofantrin, die laut Autorin aus der US-Militärforschung des Vietnam-Krieges stammten, aber von Firmen wie Roche als Lariam bzw. Smith Kline Beecham als Halfan erfolgreich eingeführt wurden. Wie bahnte man die kommerzielle Verwertung an, welche Vergütung mussten die Unternehmen leisten?

Bei der übergroßen Fülle an Details bleiben Ungenauigkeiten und Fehler nicht aus. So schätzten „bereits vor vielen Jahrhunderten die Peruaner Chinin als Muskelrelaxans“ (S. 77), die Firma Merck begann angeblich 1924 mit der Herstellung von Morphin, „1927 folgten weitere Alkaloide, darunter Chinin“ (S. 80). Chinin werde „aufgrund der geringen therapeutischen Breite“ nur oral

angewandt (S. 85), „Hämoglobinbildung“ mutiert zur Nebenwirkung (S. 132). Die Firma Cassella saß laut Autorin in Wolfen, Agfa hingegen in (Frankfurt)-Mainkur (S. 302). Schließlich verwechselt sie den Sohn Peter mit dem Vater Fritz Schönhöfer (S. 340).

Bei vielen wissenschaftshistorischen Studien zur Arzneimittelgeschichte ist festzustellen, dass Archivistudien sträflich unterlassen werden und sich die oft sehr abstrakten „Meta-Analysen“ ausschließlich auf publiziertes Material stützen. Die in der Recherche äußerst fleißige Autorin ist nach Auffassung des Rezensenten in die umgekehrte Falle gelaufen. Gestützt auf das reichhaltige Material des Bayer-Archivs hat sie es streckenweise versäumt, den Blick zu weiten. Es wäre fruchtbar gewesen, die Entwicklung von Malaria-Therapeutika außerhalb der Bayer-Labore intensiver zu analysieren und die Untersuchung stärker vergleichend anzulegen. Problematisch erscheint zudem, dass die Autorin wirtschaftliche Aspekte fast völlig ausblendet. Zahlen zu Forschungsaufwand, Umsatz und Gewinn sucht man vergeblich, Marketing und Vertrieb spielen in der Darstellung keine Rolle. Eine umfassende Geschichte der synthetischen Antimalariamittel bleibt somit Desiderat.

ULRICH MEYER

Greifswald / Berlin

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 74–75

Wolfgang Hafer

Die anderen Mautners. Das Schicksal einer jüdischen Unternehmerfamilie

Hentrich & Hentrich, Berlin 2014, 216 S., 22,00 €.

Die Familie Mautner (von) Markhof ist eine in Österreich recht bekannte Unternehmerdynastie, die ihr Vermögen mit Bier und später anderen Konsumgütern gemacht hat. In diesem Buch geht es jedoch um „die anderen Mautners“, die ebenfalls aus Böhmen nach Wien kamen, im Gegensatz zu den Mautner Markhofs jedoch ihren jüdischen Glauben behielten und daher ab 1938 von den Nationalsozialisten verfolgt und zum Teil ermordet wurden. Zu diesem Zeitpunkt war das Textil-Imperium der Mautners jedoch bereits Geschichte. Das vorliegende Buch, von einem Nachkommen der Familie verfasst, zeichnet die Geschichte dieser Familie und ihres Unternehmens nach. Da die Mautners kulturell sehr aktiv waren, illustriert es zugleich auch das Fin de siècle im Wien der k. u. k.-Monarchie. Es ist eher journalistisch geschrieben und reich bebildert, jedoch gründlich recherchiert und durch Endnoten erschlossen.

Isaac Mautner wurde 1824 im böhmischen Náchod geboren und war zunächst als Verleger im Wollgewerbe tätig. Nach und nach ging er in immer mehr vor- und nachgelagerte Produktionsstufen. Seine kleine Textilmanufaktur ergänzte er 1857 mit einer Appreturanstalt zur Veredelung sowie 1863 mit einer Bleicherei und Färberei. Der Aufstieg des Unternehmens wurde durch den 1867 einsetzenden industriellen Aufschwung der Monarchie und durch die gesetzliche Gleichstellung der Juden gewaltig beschleunigt. In diesem Jahr errichtete Mautner mit einem Partner ein Warenkommissionshandelsgeschäft in Wien und schickte dort auch seinen 15-jährigen Sohn Isidor hin. Das zunächst schnell expandierende Geschäft litt stark unter der im Mai 1873 einsetzenden Krise, in der

jedoch Isidor seine geschäftlichen Qualitäten zeigte. Er rettete das Unternehmen, löste den Partner seines Vaters aus und wurde von diesem Anfang 1874 in die neue Firma Isaac Mautner & Sohn als gleichberechtigter Teilhaber aufgenommen. Die nach wie vor über eine kleine Manufaktur im Verlagssystem betriebene Produktion erwies sich zunehmend als Engpass. Über familiäre Kontakte konnten die Mautners 1876 eine verkehrsgünstig gelegene mechanische Weberei in Schumburg (Šumbruk nad Desna) mit 108 Webstühlen und einer Wasserturbine erwerben. Keine zwanzig Jahre später arbeiteten dort über 700 Arbeiterinnen und Arbeiter an 1.100 Webstühlen, die zusätzlich von zwei Dampfmaschinen betrieben wurden. 1882 kam ein Zweigwerk in Gränzendorf (Hraničná) hinzu. Die kleine Manufaktur in Náchod bauten die Mautners 1880 zu einer mechanischen Weberei aus, der zwei Jahre später eine mechanische Baumwollspinnerei vorgeschaltet wurde.

Auf die sozialen Zustände in den Betrieben des schnell wachsenden Mautner-Konzerns geht der Autor nur selten ein. Man erfährt lediglich, dass einerseits dem Unternehmen viele Arbeitsplätze und Spenden für soziale Zwecke zu verdanken waren, andererseits aber auf das Wohnhaus der Familie ein Bombenanschlag verübt wurde und im Anschluss an Streiks in Náchod 1899 ein antisemitisches Pogrom stattfand.

Isaacs geschäftstüchtigem Sohn Isidor gelang es 1878, sich einen Monopolvertrag zur Ausrüstung der österreichischen Landwehr mit Baumwollstoffen zu sichern, den er sich zwar ab 1893 mit einem anderen Unternehmer teilen musste, der jedoch bis zum Ende der Monarchie bestehen blieb. 1916 stand der mittlerweile in diversen Aktiengesellschaften organisierte Konzern auf seinem Zenit. In 42 Betrieben in Böhmen, Deutschland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Serbien und den Kronländern Niederösterreich, Krain und Küstenland (Istria) beschäftigte der größte Textilkonzern des Kontinents 23.000 Menschen.

Der Untergang der Monarchie riss auch das Mautner-Imperium mit in den Abgrund. Als Juden zogen die großbürgerlichen Mautners die multiethnische Habsburgermonarchie den nationalistischen, tendenziell antisemitischen Kleinstaaten vor, in die das Reich zu zerfallen drohte. Sie investierten daher noch 1916/17 die gigantische Summe von 17 Millionen Kronen in Kriegsanleihen. Dies brachte den Konzern nach dem Krieg in die Abhängigkeit österreichischer Großbanken, die ihrerseits sehr fragil waren. Der Zerfall der Monarchie, die Politik der Nostrifizierung in den Nachfolgestaaten und der Zusammenbruch der Bodencreditanstalt und kurz darauf der sie aufnehmenden Creditanstalt bewirkten nach Jahren des Siechtums Ende 1931 die Zerschlagung des Konzerns. Das größte Relikt, die nun auf die Tschechoslowakei beschränkten Textilwerke Mautner AG, wurde 1938 über die Dresdner Bank „arisiert“. Der noch lebende letzte Sohn Isidor Mautners, der ebenso wenig wie sein Bruder das unternehmerische Talent seines Vaters geerbt hatte, starb 1944 in Auschwitz.

Die Stärken des Buchs sind die anschauliche Schilderung der sorgfältig rekonstruierten Unternehmensgeschichte und die facettenreiche Darstellung des hier nicht referierten gesellschaftlichen Lebens der Mautners. Dies lässt leicht verschmerzen, dass kaum Parallelen zur Geschichte vergleichbarer Unternehmen gezogen werden. Allerdings gibt es davon auch nicht viel: Als die Unternehmensgeschichtsschreibung in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jh.s mehrheitlich begann, nach wissenschaftlichen Kriterien zu arbeiten, waren die meisten Unternehmen der Textilindustrie schon verschwunden.

MARK SPOERER
Regensburg

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 76–77

Claudia Hiepel (Hg.)

Europe in a Globalising World. Global Challenges and European Responses in the „Long“ 1970s

(Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften 15). Nomos, Baden-Baden 2014, 374 S., 68,00 €.

Drei gängige Themen der Zeitgeschichte möchte dieser Sammelband laut Titel und Einleitung zusammen behandeln: Die Geschichte der Globalisierung, die Europäische Integration und die Dekade der 1970er Jahre. 17 Autorinnen sowie Autoren widmen sich dieser Aufgabe auf unterschiedliche Weise. Einige haben stichwortartige, neun- bis zwölfseitige Texte vorgelegt, die an eilig produzierte Vortragsmanuskripte erinnern, andere bieten umfassende Analysen auf der Basis von Archiven.

Es ist der Kalte Krieg, der auf den ersten 100 Seiten des Sammelbandes den Bezugsrahmen der Argumentationen bildet: Angela Romano analysiert eine Reihe von Treffen zu Beginn der Dekade, die im Zuge sowjetischer Initiativen für ökonomische Kooperationen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) stattfanden. Die folgenden drei Beiträge behandeln demgegenüber das Ende des Jahrzehnts und widmen sich drei mitteleuropäischen Positionen zugunsten eines Festhaltens an der Entspannungspolitik. Die französische Diplomatie, so Veronika Heyde, votierte für die *Détente*, um die nationalstaatliche Souveränität zu stützen. Laut Winfried Loth bestimmten sicherheitspolitische Überlegungen Helmut Schmidts Positionen. Der Ausschuss für Wirtschaftspolitik habe, so argumentiert hingegen Sara Tavani, an seiner *Détente* Politik festgehalten, indem er gegen eine Beteiligung an den US-amerikanischen Sanktionen Polens votierte.

Nach den Ost-West-Beziehungen widmen sich fünf Beiträge den Nord-Süd-Beziehungen: Guia Migani analysiert das Lomé-Abkommen der EG-Staaten mit Entwicklungsländern. Sie kann, ebenso wie Elena Calandris Untersuchung der „Mittelmeerpolitik“ der EWG, zeigen, dass weniger entwicklungspolitische Ziele die europäischen Staaten in den 1970er Jahren motivierten, mit Entwicklungsländern zu interagieren, als vielmehr der Wille, die eigene geopolitische Position zu verbessern. Uneinigkeiten darüber, welche Art von bilateraler Beziehung die einzelnen EG-Staaten mit am Mittelmeer gelegenen Ländern pflegten und welche politische Rolle die EWG einnehmen sollte, verhinderten – dies zeigt ebenso der Beitrag von Bernd Rother – eine konzise Entwicklungs- und Mittelmeerpolitik. Viel eher votierten die EG-Staaten für den Ausbau bilateraler Beziehungen zu Spanien, Portugal und Griechenland. Ob globale ökonomische Herausforderungen diese Entscheidung überhaupt (mit-)beeinflussten, bleibt offen.

Anhand von multilateralen Verhandlungen und staatlichen Akteuren klassische außenpolitische Themen zu behandeln, ist ein Zugriff, der auch den dritten Teil des Bandes dominiert. Unter dem Obertitel „Asia as a New Global Actor“ wird das Verhältnis der EG-Staaten bzw. der EWG zu Japan (Hitoshi Suzuki) und China (Marie Julie Chenard) sowie dem Verband Südostasiatischer Nationen (Tomoya Kuroda) analysiert. Alle drei Beiträge thematisieren auf höchst informative Weise die Geschichte des Scheiterns politischer Verhandlungen und führen dies vor allem auf die innereuropäischen Schwierigkeiten zurück, sich auf eine gemeinsame (handelspolitische) Linie zu einigen.

Unter dem Obertitel „Europäische Reaktionen auf globale Herausforderungen“ versammelt der letzte Teil des Bandes verschiedene Themenfelder: Claudia Hiepel und Johan von Merriënboer legen biographische Skizzen zu Klaus Schwab sowie Siccó Mansholt vor und thematisieren so die Rolle einzelner Persönlichkeiten in der EG-Politik. Während Thorsten Schulz-Walden den Beginn einer europäischen Umweltpolitik in den 1970er Jahren herausarbeitet, fehlte laut Henning Türk auf dem Feld der Energiepolitik eine solche Zäsur. Die Bedeutung langfristiger transatlantischer Strukturen sieht Guido Thieme als Katalysator für die nationale und multilaterale Währungspolitik der EWG-Länder.

Wer auf der Suche nach systematisierenden Analysen zu den gesellschaftlichen sowie ökonomischen Auswirkungen europäischer Außen- und Entwicklungspolitik ist oder über die Bedeutung der Globalisierung für die Geschichte der Europäischen Integration Näheres erfahren möchte, den werden die Beiträge dieses Sammelbandes weitgehend enttäuschen. Die politische Ereignisgeschichte der Europäischen Integration in den 1970er Jahren aus der Perspektive von einzelnen Politikern, Parteien und Abkommen mit einem Schwerpunkt auf den Aktivitäten der EWG zu beleuchten, machen zahlreiche Beiträge jedoch sehr lesenswert.

JULIA LAURA RISCHBIETER

Berlin

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 77–78

Frank Oberholzner

Institutionalisierte Sicherheit im Agrarsektor. Die Entwicklung der Hagelversicherung in Deutschland seit der Frühen Neuzeit

(Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 87). Duncker & Humblot, Berlin 2015, 447 S. (14 Tab.), 119,90 €.

Die Dissertation wurde der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München im Wintersemester 2010/11 eingereicht. Mit sehr ansehnlichem Resultat erarbeitet, handelt sie von Landwirtschaft und Unwetter, einer Jahrtausende alten Beziehung. Für den breiteren Kontext ist interessant, dass Oberholzner die Hagelversicherung umwelt-, kultur- und wirtschaftsgeschichtlich einordnet, und, für die Frühneuezeitforschung sehr bemerkenswert, dass er die Zeit vor 1770 als eigenen Schwerpunkt behandelt. In der zweiten Hälfte der Dissertation stehen „eine versicherungsökonomische Auffassung und die damit verbundenen Charakteristika im Mittelpunkt“ (S. 54).

Vormodernes Risikomanagement differenziert der Autor nach Produzenten, Obrigkeiten und Konsumenten. Er nennt a) persönliche Hilfe zur Bewältigung der Unwetterfolgen, b) Beteteln als „eine der wenigen funktionierenden Versorgungsstrategien“ (S. 91) im Unglücksfall, c) „risikomindernde und krisenüberbrückende Vorgehensweisen“ (S. 91) der Produzenten in Verzettlung, Fruchtdiversifikation und Zersplitterung der Anbauflächen, d) Risikominimierung durch breite Streuung des Grundbesitzes gerade bei Klöstern, e) Hilfe der Herrschaft durch Remis-

sionen. Letztere waren aber noch keine Versicherung, statt schriftlicher Fixierung zählte nur „das Entgegenkommen“ des Feudalherrn (S. 94).

Dass die Konsumenten sich indes, wie ergänzt wird, bei Missernten Ersatz an Nahrung schaffen mussten, wird man wohl nicht als Konzept, sondern als Zwang ansehen. Als sichernde Maßnahme der staatlichen Obrigkeit im Hinblick auf die Konsumenten wären die Getreidemagazine zu nennen, die nicht erwähnt werden.

Interessant wird die Wahrnehmung, Deutung und Bewältigung von Hagelschlag dargelegt. Noch zur Reformation sei er als Gottesstrafe betrachtet worden. J. Brenz habe 1565 ein Buch über Hagel und dessen Ursache im Hexenwesen verfasst und der Hexenhammer (1486, danach 29 Aufl.) die „Erschaffung von Hagelschlägen als einen der wesentlichen Anklagepunkte aufgelistet“ (S. 101). Oberholzner spricht dabei die nicht unkomplizierte Lehre an, nur Gott könne Hagel erzeugen, gebe aber dem Teufel Spielraum, die Menschen damit für ihre Sünden zu strafen. Viele dieser Bücher seien um 1570 entstanden – „erster klimatischer Niederpunkt“ (S. 99) der kleinen Eiszeit. Man kann dem Autor darin folgen, dass mit der Verhärtung des meteorologischen eine solche des sozialen Klimas einherging. Seit dem späten 17. Jh. büßten die straftheologischen Interpretationen an Geltung ein. An die Stelle des rachsüchtigen trat ein „seine Schöpfung liebender Gott“ (S. 114). Diese Physikotheologie versuchte den Bedeutungsverlust der Religion durch eine Kombination mit der Mechanisierung des Weltbildes zu kompensieren. Die Naturwissenschaften lösten diese Vorstellungen ab. Verwiesen wird zurecht darauf, dass der Blitzableiter – 1751 von B. Franklin konstruiert – zum Symbol für die praktische Anwendbarkeit der Naturlehre wurde.

Schwere Missernten führten um 1770 zu Vorläufern und ersten Versuchen der Hagelversicherung. Die Branche bis 1918 mit dem Exkurs über Süddeutschland ist Thema des Hauptabschnitts der Darstellung. Oberholzner spricht vom „langen 19. Jahrhundert der deutschen Hagelversicherung“ (S. 362) und belegt diese Entwicklung sehr dicht. Im Kaiserreich erfolgten der Einstieg in die große Politik und der „Durchbruch hin zu einem Massenmarkt für die Hagelversicherung“ (S. 364). Zwischen den Weltkriegen wird in einem kleineren Abschnitt das Hagelversicherungswesen in Krisen behandelt. Die Branche profitierte vom NS-Staat, die Ceres Hagelversicherung wurde NS-Musterbetrieb, eine Verstaatlichungstendenz setzte sich jedoch nicht durch. Für die Zeit nach 1945 gibt es einen Ausblick. Die Vereinigung der Norddeutschen Hagel mit der Leipziger Hagel zur Vereinigten Hagelversicherung schuf 1993 eine marktbeherrschende Position. Seit 1996 erfolgte eine deutliche Expansion auch in das Ausland.

Mit dieser Publikation liegt ein wichtiges und gelungenes Stück deutscher agrarischer Versicherungsgeschichte vor. Sie baut auf einem umfangreichen Quellenbestand – im Zentrum das Archiv der Vereinigten Hagelversicherung – und auf einer breiten Literaturlage auf. Die Darstellung wird durch 14 Tabellen ergänzt. Ein kurzes Sachwortverzeichnis (Personen- und Sachregister) ist nützlich bei der Orientierung im Text.

HEINRICH KAAK

Potsdam



Nils Ole Oermann

Wirtschaftsethik. Vom freien Markt bis zur Share Economy

(C.H. Beck Wissen 2845). Beck, München 2015, 120 S. (2 Abb.), 8,95 €.

Der kleine Band aus der Reihe ‚C.H. Beck Wissen‘ will einen ersten Einblick in das Thema der Wirtschaftsethik geben. Dazu ist er in fünf Kapitel gegliedert. Im ersten geht es um ‚Grenzziehungen‘ zwischen Ethik und Moral sowie zwischen Markt und Mensch. Das zweite Kapitel über ‚Markt, Reichtum und Gerechtigkeit‘ liefert eine kursorische Ideengeschichte zur Wirtschaftsethik bekannter Ökonomen von Smith und Marx über Marshall und Keynes bis zu Friedman und Müller-Armack. Im dritten Kapitel zu ‚Schlüsselbegriffen und Grundpositionen‘ wird auf Legitimität, Gerechtigkeit, Gleichheit und Gleichberechtigung, Verantwortung, Vertrauen, Menschenwürde sowie Menschenrechte, Werte, Anstand und den ‚ehrbaren Kaufmann‘ eingegangen. Das vierte Kapitel zu ‚Themen und Konzepten‘ wendet die gewonnenen Erkenntnisse auf Fallbeispiele an und zwar auf Fair Trade, Kinderarbeit, Mikrokredite, Nachhaltigkeit, Mindestlohn, Steueroasen und *Islamic Finance*. Schließlich räsoniert das fünfte Kapitel über ‚Perspektiven und Visionen‘ im Hinblick auf die digitalisierte und globalisierte Welt der *Share Economy*.

Es ist mehr als verständlich, dass in einer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Welt, die sich seit den 1990er Jahren im Rahmen der neuen Phase der Globalisierung zumindest gefühlt immer rasanter entwickelt, verstärkt moralische Maßstäbe für das praktische Handeln von Menschen und Unternehmen gefordert werden. Wirtschaftsethik als die dafür zuständige Disziplin ist so gefragt wie seit langem nicht mehr, auch wenn dies auf merkwürdige Weise mit ihrer schwachen Institutionalisierung an den Hochschulen kontrastiert. Dies mag u. a. daran liegen, dass sie sowohl in der Ökonomik als auch in der Philosophie als den beiden Kerndisziplinen angesiedelt ist und es interdisziplinäre Fächer bekanntlich schwer haben. Dies mag aber auch darin begründet sein, dass sie stärker als die sonstige Ökonomik eine Reflexionswissenschaft ist. Es werden keine praktischen Anweisungen für wirtschaftliches Handeln geliefert: „Ziel jeder ethischen Analyse kann nur sein, Dilemmata zu identifizieren und zu analysieren.“ (S. 7) Es geht eben nicht um vermeintlich „harte“ Ableitungen aus dem liberalen Marktmodell und dessen methodologischem Individualismus (die im Übrigen allzu oft völlig unpräzise sind), sondern um „weiche“ Zusammenhänge, die aber entscheidend für das Funktionieren von wirtschaftlichen Systemen bzw. für wirtschaftliche Kulturen sind: Wie soll der wirtschaftende Mensch handeln und an welchen Maßstäben soll er sein Handeln orientieren? Hierfür Interesse zu wecken, gelingt dem vorliegenden Text durchaus. Die Gliederung ist sinnvoll. Die Sprache ist verständlich – manchmal etwas bemüht salopp, was aber die Lesbarkeit nicht beeinträchtigt. Wichtige Schlüsselbegriffe werden anschaulich erläutert. Die Anwendung des wirtschaftsethischen Analyseinstrumentariums auf die Fallbeispiele ist durchaus gelungen. Ausgewogen ist dabei insbesondere die Gegenüberstellung von moralischen „Möglichkeiten“ und wirtschaftlichen „Zwängen“. Ausgewogenheit kennzeichnet den gesamten Text. Es geht dem Autor nicht darum, der Mainstream-Ökonomik schulmeisterlich ihre begrenzte Perspektive vorzuführen. Als Wirtschaftsethiker liegt ihm auch nicht daran, seine Teildisziplin zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Orchideenfach zu stilisieren. Bei der Ideengeschichte sind allerdings deutliche Defizite zu erkennen – Defizite, die sich ebenso auf die generelle Position der behandelten Ökonomen be-

ziehen wie auch auf ihre wirtschaftsethische und die Einbindung in den historischen Kontext. Sie hätten bei einer sorgfältigeren Darstellung ohne viele zusätzliche Seiten vermieden werden können. Vielleicht wäre eine Begründung für die Auswahl sinnvoll gewesen. Auf die Tatsache, dass neuere Forschungsrichtungen wie die Spieltheorie, Experimentalökonomik und empirische Mikroökonomik gar nicht erwähnt werden, weist der Autor selbst hin. Sie hätten seiner Meinung nach den Rahmen eines knappen Überblicks gesprengt. Insgesamt ist der Band aber durchaus als Einführung geeignet, auch wenn man sich an manchen Stellen eine etwas präzisere Darstellung gewünscht hätte.

GEROLD AMBROSIUS

Siegen

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 80–81

Sebastian Parzer

Die frühen Jahre von Friedrich Engelhorn 1821–1864. Schüler, Goldschmied, Kommandant der Bürgerwehr und Gasfabrikant

Wernersche Verlagsgesellschaft, Worms 2014, 136 S., o. P.

Sebastian Parzer

Friedrich Engelhorn. BASF-Gründer – Unternehmer – Investor 1865–1902

Wernersche Verlagsgesellschaft, Worms 2014, 177 S., 39,00 €.

Der Verfasser versucht mit der in zwei Bänden erschienenen Biographie den Lebenslauf und die Bedeutung Friedrich Engelhorns, einer der herausragenden deutschen Unternehmerpersönlichkeiten des 19. Jh.s, wissenschaftlich aufzuarbeiten. Eine biographische Gesamtdarstellung dieses Unternehmers war bislang ein Desiderat in der deutschen Unternehmensgeschichtsforschung. Bislang existierten nur partielle Erkenntnisse über seine Tätigkeit; vor allem die Kinder- und Jugendjahre sowie die Zeit seines beruflichen Aufstiegs vom Goldschmiedemeister zum Gas- und Chemiefabrikanten und Industriellen waren bislang nicht umfassend erforscht. Gleiches gilt für das gesellschaftliche und soziale Wirken Engelhorns, z. B. seine Rolle in der Badischen Revolution von 1848 und sein Engagement in der Bürgerwehr.

Die vorgelegten biographischen Erkenntnisse basieren auf umfangreichen und tiefgreifenden Quellenstudien. Der erste Band behandelt Elternhaus und Schulzeit, die Lehrzeit als Goldschmied, die Versuche Engelhorns, die Gasbeleuchtung in Mannheim einzuführen, und den Betrieb der Gasfabrik, seine unternehmerischen Aktivitäten bei der Errichtung einer Anilinfabrik sowie seine Funktion als Kommandant der Mannheimer Bürgerwehr. Der Leser erfährt auch interessante Details über die Familie Engelhorn und ihre Stellung in der Mannheimer Gesellschaft.

Im zweiten Band verfolgt der Verfasser die Gründung der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik, deren Firmenbeteiligungen in den 1860er und 1870er Jahren wie auch den Austritt Engelhorns aus der BASF. Für die Forschung besonders hilfreich und aufschlussreich sind dabei die Ausführungen

zu seinen zahlreichen Firmenbeteiligungen und Geschäftspartnern sowie zu seinem sozialen und privaten Engagement in der Zeit seiner großen unternehmerischen Erfolge.

Die Biographie bietet vielseitige, teilweise minutiöse Einblicke in das Leben, Denken und Handeln eines der bedeutendsten Chemiefabrikanten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. s. Ferner weist der Verfasser auch auf Lücken hin, die aufgrund fehlender Quellen nicht zufriedenstellend geschlossen werden können. Parzer kann deutlich machen, dass Engelhorn seine Unternehmensbeteiligungen nicht immer an optimierten Gewinnaussichten ausrichtete, sondern durchaus soziale Verantwortung zu übernehmen wusste.

Die vorgelegte Biographie ist akribisch erarbeitet, die Darstellung jedoch dem Stil konventioneller Biographien verhaftet. Da die Chemiebranche zu den stark aufstrebenden und forschungsintensiven Industrien des ausgehenden 19. Jh.s zählte und es in Deutschland zur selben Zeit eine Reihe von bedeutenden Unternehmerpersönlichkeiten in der Chemie- und Pharmabranche gab, wäre an manchen Stellen ein Vergleich mit diesen Unternehmern wünschenswert gewesen. Auch dabei macht sich die ausgesprochen deskriptive Darstellung der vorgelegten Monographie bemerkbar, die zwar einen guten Einblick in die Biographie Engelhorns bietet, diese jedoch nicht in den wirtschafts- und unternehmenshistorischen Kontext der Zeit einordnet.

GERT KOLLMER-VON OHEIMB-LOUP
Stuttgart

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 81–82

Jorun Poettering
Handel, Nation und Religion. Kaufleute zwischen Hamburg und Portugal im 17. Jahrhundert

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, 405 S. (10 Diagramme, 23 Tab.), 74,99 €.

Der Portugalhandel war ein, wenn nicht der zentrale Handelszweig im Hamburg des 17. Jh.s und damit einer der wichtigsten Bereiche des ‚deutschen‘ Außenhandels über See. Es ist daher ein sehr verdienstvolles Unterfangen, dass sich Jorun Poettering in ihrer mit dem Förderpreis der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung ausgezeichneten Hamburger Dissertation vor allem der Migrations-, Sozial- und Unternehmensgeschichte dieses für den bedeutendsten deutschen Seehafen der Zeit gewichtigen Handelszweiges widmet. Sie untersucht schwerpunktmäßig die Folgen der Migration von portugiesischen, Hamburger und niederländischen Kaufleuten zwischen Portugal und Hamburg für die Entwicklung des jeweiligen Handels, aber auch der kaufmännischen Gesellschaften. Im Mittelpunkt stehen dabei die portugiesischen Juden, die – das ist der eigentlich neue Forschungsansatz der Arbeit – in ihrem Wirken mit Niederländern in Hamburg und in Portugal sowie den in Portugal tätigen Hamburgern verglichen werden. Sie greift dabei Forschungsstränge auf, die Hermann Kellenbenz in den 1940er Jahren und dann vor allem Jonathan Israel in den 1980er Jahren initiiert haben.

Die drei Hauptteile der Arbeit, die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen, die individuelle Ebene des Wanderns und Handelns und schließlich die korporative Ebene (unter den Stichworten „Solidarität und Individualität“), bieten ein facettenreiches Bild der drei behandelten Kaufmannsgruppen und dabei insbesondere, da quellenmäßig am besten fassbar, der portugiesischen Juden. Sie führen ebenso in gesellschaftliche Aufstiegsprozesse, den jeweiligen Warenhandel und die grenzübergreifende Infrastruktur der Migrantengruppen ein wie in deren Handels- und persönliche Netzwerkstrukturen, deren kommerzielle und diplomatische Interessenvertretungen und in Fragen von Vertrauen, Reputation und Religion. Poettering gelangt dabei zu dem Ergebnis, dass allein die Gruppe der portugiesischen Kaufleute in Hamburg sich nicht innerhalb von ein bis zwei Generationen an die sie umgebende Gesellschaft assimilierte, sondern als religiöse Gemeinde wie als soziale Gruppe bestehen blieb, was ihre Besonderheit auch im Wirtschafts- und Handelsleben der Hansestadt ausmachte. Diese im Wesentlichen neue Erkenntnis mag als Anstoß für eine weiterreichende Forschungsdebatte um „Migration und Fremdheit“ angesehen werden, die beiden Grunderfahrungen von Kaufleuten im Handelsverkehr zwischen Portugal und Hamburg, die die Verfasserin zu Recht als solche herausstellt.

Die Studie zeugt von einer stupenden Quellenkenntnis und zeichnet detailliert wesentliche Facetten der Hamburger, Lissabonner und Amsterdamer Kaufmannswelt des 17. Jh.s nach, auch wenn die Autorin – wie für die Epoche vielfach festzustellen – mit erheblichen Lücken in dem von ihr ausgewerteten Quellenmaterial zu kämpfen hat. Insgesamt bereichern die vorgelegten Ergebnisse unser Wissen um die atlantische Handelswelt in dieser Zeit und revidieren nicht zuletzt traditionelle, überkommene Forschungsmeinungen. Für die historische Migrationsforschung wird die Arbeit freilich langfristig bedeutender sein als für die allgemeine Handelsgeschichte, deren traditionelle Pfade sie kaum verlässt. Nichtsdestoweniger liegt eine bemerkenswerte, gut geschriebene und durch zahlreiche Diagramme anschaulich gestaltete Studie vor, an der die Handelsgeschichtsschreibung des frühneuzeitlichen atlantischen Raums nicht vorübergehen kann.

MARKUS A. DENZEL

Leipzig

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 82–84

Michael Zeheter

Die Ordnung der Fischer. Nachhaltigkeit und Fischerei am Bodensee (1350–1900)

(Umwelthistorische Forschungen 6). Böhlau, Köln / Weimar / Wien 2014, 205 S. (14 Abb.), 34,90 €.

Im Zentrum der aus einer Konstanzer Magisterarbeit hervorgegangenen Studie steht die Frage, ob und wie am Bodensee der Bestand an Speisefischen über die Jahrhunderte erhalten werden konnte, und zwar als ökonomisches wie auch soziales Fundament für den Berufsstand der Fischer und zugleich als Grundlage für die Eiweißversorgung der Bevölkerung sowie als wichtige Fastenspeise für

sie und die zahlreichen geistlichen Institutionen der Gegend. Fische, deren natürliche Reproduktion sich in einem großen Binnengewässer in vorindustrieller Zeit weitgehend direktem menschlichem Zugriff entzog, sind deshalb ein hervorragend geeigneter Gegenstand, um das komplexe Wechselspiel zwischen ökologischen Verhältnissen und ökonomischen sowie politischen Interessen auszuloten, allgemein gesprochen: die häufig postulierte Unvereinbarkeit zwischen Ökologie und Ökonomie zu problematisieren. Dahinter steht letztlich auch die in der Umweltgeschichte immer wieder aufgeworfene Frage, ob man für die alte Zeit avant la lettre überhaupt ein Umweltbewusstsein feststellen und entsprechend von einem Agieren nach Grundsätzen der Nachhaltigkeit sprechen könne. Als Gegenargument findet man den Verweis auf mangelnde Äußerungen der Zeitgenossen. Aber dieses kann, wie in vielen anderen Fällen, besonders im Falle der Bodenseefischerei nicht gelten. Zeheter versteht es eindrucklich, die aus mehreren Archiven zusammengetragenen Quellen, besonders den im Anhang edierten Fischereivertrag zwischen Konstanz und Überlingen von 1536, neu zu lesen und ihnen durch sachkundige Kontextualisierung Antworten auf seine Fragen zu entlocken. Im Ergebnis kann er plausibel machen, dass alle Beteiligten, Fischer und Obrigkeiten, sämtliche Maßnahmen ergriffen, die Fischbestände im See vor Überfischung zu schützen und damit eine dauerhafte Beeinträchtigung ihrer jeweiligen Interessen – der Erhaltung der sozioökonomischen Basis auf der einen, des Gemeinen Wohls auf der anderen Seite – zu verhindern. Im Sinne dieses nicht immer leichten Konfliktausgleichs wurde am See ein ganzes Instrumentarium an Vorschriften entwickelt, das in lokalen Ordnungen der Städte und Verträgen zwischen diesen niedergelegt wurde: von Schonzeiten für bestimmte Fischarten, Mindestlängen der Fische, Weiten der Maschen der Netze, Begrenzung der Fangreviere bis zu Marktvorschriften sowie Qualitäts- und Preiskontrollen, Einschränkung der Fangkapazitäten durch Limitierung der Zahl der zugelassenen Fischer etc., kurz, ein Bündel von Regelungen, das analog im zünftig bestimmten vorindustriellen Gewerbe gang und gäbe war. Dass diese Vorschriften aber keinesfalls als statisch bis zur Gewerbefreiheit des 19. Jh.s gedacht werden dürfen, belegt gerade das Exempel der Bodenseefischerei: Man war aus der Beobachtung der Wirkungen heraus durchaus bereit, Regeln zu revidieren und neue zu schaffen. Freilich kann bei den Akteuren nicht Einsicht in ökologische Zusammenhänge in heutigem Sinne vorausgesetzt werden, welche sich erst mit der im 19. Jh. auch institutionell etablierten limnologischen Wissenschaft entwickelte. Aber vielleicht könnte man mit der säkularen Entwicklung – der Autor wählt völlig zu Recht einen langen Beobachtungszeitraum vom 14. bis zum 19. Jh. – einen Lernprozess konstatieren, der allerdings nicht kontinuierlich, sondern eher schubweise verlief. Wenn Zeheter insbesondere zwei, eigentlich drei Phasen der Verdichtung von Vorschriften und interstädtischen Abmachungen identifiziert, nämlich die Wende vom 14. zum 15. Jh., das 16. und das 18. Jh., müssen doch die von ihm dafür angebotenen Begründungen (Bevölkerungswachstum, ökologische Krise mit Klimaabkühlung, Fischkrankheiten, mögliche Verschmutzungen und Veränderungen der Uferlinie, Umgestaltung der staatlichen Ordnung seit Napoleon) letztlich hypothetisch bleiben, v. a. weil notwendigerweise die Reaktionszeiten zwischen dem Eintritt eines Ereignisses, dessen Wahrnehmung und dem Ergreifen einer Maßnahme kaum zu klären sind. Auf lange Sicht ist, entsprechend dem staatlichen Verdichtungsprozess, zu beobachten, wie die zunächst den Fischern überlassene Verfügungsgewalt über die Fischerei zunehmend von den lokalen Obrigkeiten beansprucht wurde, bis sich schließlich eine regionale Verantwortung und Vereinheitlichung durchsetzte. Ist es schon in der Gegenwart aufgrund der Komplexität des Ökosystems trotz der Fülle der zur Verfügung stehenden Daten äußerst schwierig, Umweltprozesse zu erfassen und zu erklären, wieviel mehr am historischen Gegenstand, für den

nur zu ganz anderen Zwecken entstandene Quellen überliefert sind. Indem der Verfasser die für sein Thema relevanten Wissensbereiche wie die vorkommenden Fischarten, die Wirtschafts- und politische Struktur des Bodenseeraumes, die rechtlichen, technischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Fischerei, den Markt und den Konsum von Fischen dargestellt, die entsprechenden Archivreihen erschlossen und die genannten Bereiche aufeinander bezogen hat – freilich in vernünftiger Selbstbeschränkung und Konzentration auf die westliche Hälfte des Bodensees – hat er ein Beispiel für den historischen Erkenntnis- und zugleich gegenwartsbezogenen Lehrwert für ein komplexes Umweltgeschehen geliefert. Dass die Darstellung überdies gut lesbar und die Edition mit einem Glossar versehen ist, die Ergebnisse zudem nicht nur durch historische Fotografien veranschaulicht, sondern auch durch eine Tabelle der Fischarten und ein differenziertes Register fundiert werden, machen das Buch zu einer anregenden Lektüre.

FRANK GÖTTMANN
Paderborn

C. Sozialgeschichte

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 84–85

Cord Aschenbrenner

Das evangelische Pfarrhaus. 300 Jahre Glaube, Geist und Macht. Eine Familiengeschichte

Siedler, München 2015, 367 S. (Landkarte u. Stammtafel im Umschlag, zahlr. Abb.), 24,99 €.

Noch heute birgt das „evangelische Pfarrhaus“ zahlreiche Mythen: Begründet durch Martin Luther, sei es zum Dreh- und Angelpunkt des bürgerlichen Protestantismus geworden. Während der Pfarrer sich um die Gemeinde kümmerte, versorgte die Pfarrfrau Anwesen und Kinder und hielt ihrem Mann den Rücken frei. An den Abenden wurde gemeinsam musiziert und Weltliteratur gelesen. Die Söhne des Pfarrers strebten oft ein Theologiestudium an, die Töchter heirateten in andere Pfarrfamilien ein. So entstanden Pfarrerdynastien, die über Jahrhunderte hinweg existierten.

Der Journalist und Historiker Cord Aschenbrenner geht in seiner Monographie diesem „Mythos“ am Beispiel der deutschbaltischen Pfarrfamilie Hoerschelmann nach. Er stützt sich auf die Familienchronik und persönliche Erinnerungen von Familienmitgliedern. 1768 zog der erste Spross der Hoerschelmanns von Thüringen nach Reval und begründete die Tradition der Hoerschelmanns als deutschbaltische Pfarrerdynastie. Ausführlich schildert Aschenbrenner das Schicksal der weitverzweigten Familie in Estland. Er nimmt sowohl die geistesgeschichtlichen Prägungen als auch die Verflechtungen der Familiengeschichte mit der politischen Situation der Deutschbalten in den Blick. Frömmigkeit und Theologie der Hoerschelmanns erhielten Impulse durch das Studium der angehenden Pastoren an deutschen Universitäten. Die Pfarrer setzten sich mit den Ideen der Aufklärung auseinander, waren jedoch auch durch den Pietismus und die Herrnhuter Brüdergemeinen geprägt. In Estland mussten sie sich in einem Spannungsfeld zwischen Deutschtum, aufkommen-

dem estnischen Nationalismus und russischer Regierung behaupten. Die zahlreichen politischen Umstürze und nicht zuletzt der Erste Weltkrieg beeinflussten Leben und Wirken der Pfarrfamilien. Aschenbrenner berichtet von der „Umsiedlung“ der Deutschbalten durch die Nationalsozialisten in die Region um Posen im Jahr 1939 und über die Erlebnisse eines Pfarrers in der russischen Gefangenschaft. Das Buch endet mit einem Ausblick auf dessen Nachkommen, die das Familienerbe weitertragen und bis heute als Pfarrer arbeiten. Ergänzt wird die Darstellung durch allgemeinere Kapitel über die Entwicklung des Pfarrhauses: So wird der weit verbreitete Irrtum aufgeklärt, Luther sei der Begründer des Pfarrhauses gewesen. Vielmehr sei der Mythos vom Pfarrhaus erst im 19. Jh. entstanden. Weitere Kapitel befassen sich mit der Erziehung der Pfarrerskinder, den Aufgaben der Pfarrfrau und der Stellung der evangelischen Kirche während des Nationalsozialismus.

Die Stärke des Buches liegt in der anschaulichen Erzählung der Familiengeschichte vor dem Hintergrund der politischen, gesellschaftlichen und geistesgeschichtlichen Lage in Estland. Hilfreich sind eine Stammtafel sowie eine Landkarte, die die geographischen Stationen markiert. Zahlreiche Fotos aus dem Familienbesitz illustrieren die Ausführungen. Aschenbrenner vermerkt im Vorwort, dass die Monographie keine wissenschaftliche Abhandlung sei, sondern die Geschichte des Pfarrhauses und seine Auswirkungen auf die Geistes- und Gesellschaftsgeschichte exemplarisch an einer Pfarrfamilie nachvollziehen wolle. Es ist zu überlegen, ob der Titel des Buches nicht zu vollmundig gewählt wurde. Letztlich verbirgt sich hinter dem Buch das, was erst der letzte Untertitel, „Eine Familiengeschichte“, erahnen lässt: die Geschichte der Familie Hoerschelmann. Ist das Schicksal einer deutschbaltischen Pfarrfamilie, das wesentlich von der spezifischen Situation in Estland geprägt war, aber tatsächlich ein geeignetes Beispiel zur Darstellung des „typisch deutschen“ Pfarrhauses? Zudem bleibt trotz einiger kritischer Untertöne das Bild vom Pfarrhaus als Hort der Idylle und der bürgerlichen Bildung zumindest im 19. Jh. gewahrt; zu Recht? Weiterführend wäre noch genauer nach der Entwicklung seit der zweiten Hälfte des 20. Jh.s zu fragen: Hier erfuhr das Pfarrhaus erhebliche Veränderungen und ist Prozessen unterworfen, deren Konsequenzen noch nicht absehbar sind. Diese Anmerkungen sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei diesem Buch um eine gut lesbare Darstellung handelt, die das Schicksal einer deutschbaltischen Pfarrersfamilie mit Liebe zum Detail nachzeichnet.

ANDREA HOFMANN

Mainz

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 85–86

Michael Borgolte (Hg.)

Migrationen im Mittelalter. Ein Handbuch

Akademie / de Gruyter, Berlin 2014, 353 S., 129,95 €.

This collective volume consists of 25 contributions from the *The Encyclopedia of Global Human Migration* translated into German and prefaced by Michael Borgolte, who was one of the associate editors of the encyclopedia. Some of the contributions concentrate on migration during the me-

dieval period within a geographical area such as China, India, Byzantium and the Mediterranean; others focus on migratory groups such as the Turks, Jews, Arabs, Vikings, scholars, students, and merchants. All contributions provide ample evidence that migration was a common phenomenon during the European Middle Ages and did not start after 1500, let alone after 1850.

In fact, the Neolithic agricultural revolution of around 10,000 before Christ might have allowed many groups to stay put, nevertheless, during the period 500 to 1500, there still were whole populations who had no alternative but to migrate in order to stay alive. The Vikings for example, who had to settle elsewhere because of the overpopulation of Western Norway and to whom the sea lanes to the West offered more mobility than the roads to the East. Another example constitutes the step peoples, who raised cattle and thus were forced to leave areas, where sufficient fodder was no longer available.

But there were more types of migrations like the constant movement from the countryside to villages and cities or the migration from North Africa to the Iberian Peninsula during the Arab conquest followed by the settlement of Christian migrants from Northern Spain and elsewhere during the *Reconquista*.

Today, migration is inherent to some jobs such as those in higher education, multinational firms, and international organisations, and this volume demonstrates that the Middle Ages had their equivalents: the ascites, the pilgrims and the missionaries. The Jews, who left the Middle East in order to settle in Southern Europe as Sephardim and in Northwest and Eastern Europe as Ashkenazim constitute a special case as they had to migrate due to religious and political persecution.

The two introductory contributions (also taken from the original encyclopedia) written by Michael Borgolte discuss the migrations in several continents between 500 and 1500. The author points to the fact that the number of migrants to and within Europe during the period of mass movements (*Völkerwanderung*) between 400 and 800 was probably much smaller than the traditional historiography has hitherto assumed. As this collection spans three continents – the migrations in the Amerindian New World are not included – this raises the question as to whether the Europeans were more mobile than the Africans and Asians and whether the ratio between free and forced migration differed.

The question “how many” remains unanswered in most of the contributions. Obviously, the sources do not provide sufficient information to make even calculated guesses about the volume of most migration streams between 500 and 1500. That leaves room for the hypothesis that migration was more pronounced in Europe than elsewhere and that this mobility was one of the ingredients of the “European miracle” resulting in a deviant development with the arrival of the Industrial Revolution. However, such a teleological view would be at odds with the contributions on human migration in Asia and Africa. The propensity to migrate among the Chinese was particularly impressive both within the country as well as to the overseas regions in Southeast Asia.

Usually, contributions to an encyclopedia do not provide an integrated view and that also applies in this case. Maps of the various migration streams are not included. Yet, this volume provides the reader with an excellent survey of the existing state of the historiography regarding human migration during the thousand years after 500 and thus the subtitle “a handbook” is fully justified.

PIET EMMER

Leiden

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 87–88

Thomas Brakmann / Bettina Joergens (Hg.)

Familie? Blutsverwandtschaft, Hausgemeinschaft und Genealogie.

Beiträge zum 8. Detmolder Sommergespräch

(Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 51). Klartext, Essen
2014, 206 S. (zahlr. Abb.), 23,95 €.

Angesichts der vielfältigen Wandlungsprozesse postmoderner Gesellschaften und der darin gelebten pluralen Familienwirklichkeiten geraten traditionelle Vorstellungen von Familie als quasi naturgegebene, auf biologischer Abstammung beruhende und auf einen gemeinsamen Haushalt fixierte Institution zunehmend ins Wanken. Aber auch in historischer und kulturvergleichender Perspektive lassen sich höchst unterschiedliche kollektive Lebensformen der Reproduktion ausmachen, in denen Menschen in Generationsbeziehungen ‚Care‘-Funktionen füreinander übernahmen und übernehmen. Das 8. Detmolder Sommergespräch, das im Juni 2013 von der Abteilung Ostwestfalen-Lippe des Landesarchivs NRW veranstaltet wurde und im vorliegenden Band dokumentiert ist, hatte sich ebenfalls als Ziel gesetzt, „mit Idealvorstellungen und Klischees zu ‚Familie‘ ‚aufzuräumen“ (S. 19) und dafür Referentinnen und Referenten aus unterschiedlichen Arbeitskontexten eingeladen. Den Konstruktionscharakter von Familie beleuchten zwei Beiträge, die sich theoretisch auf praxeologische Konzepte der Lebensführung stützen und Familie und Verwandtschaft als aktive Herstellungsleistungen begreifen. Carola Groppe verdeutlicht dies exemplarisch an den sich ändernden Raumordnungen bürgerlicher Familien zwischen dem 18. und 20. Jh. – Ordnungen, die um 1800 als schöpferische Syntheseleistungen mehrerer Raumnutzungskonzepte erst geschaffen werden mussten und um 1900 als „erziehende Räume“ (S. 38) Disziplinarfunktionen übernahmen sowie Verhaltensnormen für Heranwachsende setzten. Michael Hecht analysiert die soziale Konstruiertheit von Verwandtschaft anhand von Stammbäumen und Ahnentafeln vom Mittelalter bis zum 21. Jh. Er begreift Verwandtschaft als ein gesellschaftliches Ordnungssystem, das lediglich in seinen Repräsentationen Realität erlange – durch „Begrifflichkeiten, Symbole sowie durch das Handeln und die Wahrnehmung der Akteure“ (S. 41f.). Demnach dienten genealogische Visualisierungsformen dazu, eine „vermeintliche Natürlichkeit“ (S. 81) der in ihnen abgebildeten Verwandtschaftssysteme herzustellen und auf ihnen basierende soziale Ordnungen zu legitimieren. Visuelle Repräsentationen stehen auch im Mittelpunkt des Beitrags von Arnd Beise, der Familienbilder von der Antike bis zur Gegenwart analysiert. Diese seien über die Jahrhunderte hinweg in den mentalen Vorstellungswelten der meisten Menschen erstaunlich konstant: Im imaginativen Kern stehe der genealogische Zusammenhang zweier Generationen, die mindestens von je einer Person identifiziert werden müsste – etwa die Madonna mit Kind als „das erfolgreichste Familienbild aller Zeiten“ (S. 104).

Sozialgeschichtliche Studien auf der Basis ‚klassischer‘ Archivalien bilden einen weiteren Schwerpunkt des Bandes. Anhand von Hofübergabeverträgen, die im 19. Jh. intergenerationelle Erbangelegenheiten in Westfalen regelten, arbeitet Christine Fertig die Bedeutung von bäuerlichen Höfen als komplexe soziale Institutionen und zentrale wirtschaftliche Basis der ländlichen Gesellschaft heraus. Die bei der Übergabe von Höfen verfassten Dokumente bieten vielfältige Einblicke in das erweiterte familiäre Beziehungsgefüge – u. a. in die Neubestimmung von Rechten und Pflichten

sowie das Verhältnis der Hofmitglieder (bäuerliche Familie, Verwandtschaft, Gesinde) zueinander. Vertragswerke als Quellen der genealogischen und sozialgeschichtlichen Familienforschung stehen ebenfalls im Fokus des Beitrags von Margarete Sturm-Heumann, die das Zusammenleben von Familien und Hausgemeinschaften im 16. und 17. Jh. auf dem Lande anhand von Eheverträgen beispielhaft beleuchtet, wobei die Erörterung einen tendenziell anekdotenhaften Charakter aufweist. Roland Linde zeigt anhand der eigenen Familiengeschichte exemplarisch auf, wie anhand der Kombination unterschiedlicher Quellen – Kirchen-, Personen- und Besitzstandsregister, Eheverträge – genealogische Ahnenforschung betrieben werden kann. Den Abschluss des Bandes bilden die von Katharina Neufeld verfasste Chronik der russlanddeutschen Aussiedler- und Remigrationsfamilie Epp von der Mitte des 19. Jh.s bis in die Gegenwart sowie ein Beitrag von Hans Schmid zu den verschiedenen Personenstandsregistern und deren Vernetzungen.

In ihrer wissenschaftlichen Fokussierung weisen die Beiträge des Tagungsbandes deutliche Niveauunterschiede auf. Die Fragen nach der Konstruiertheit von Familie und Familienleitbildern sowie nach den Möglichkeiten einer De-Essentialisierung des Gegenstandes genealogischer Forschung werden nur punktuell erörtert. Für quellen- und regionalgeschichtlich interessierte Leserinnen und Leser bietet der Band vielfältige und anschauliche Einblicke in das westfälische Archivmaterial.

WOLFGANG GIPPERT
Köln

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 88–90

Sebastian Brandt u. a. (Hg.)

Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland (1945 bis ca. 1970)

Steiner, Stuttgart 2014, 381 S., 64,00 €.

Der vorliegende Sammelband verfolgt das Ziel, neuere Forschungen zum Themenfeld Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in der frühen Bundesrepublik vorzustellen. Die Herausgeber gehen hierbei von der zutreffenden Annahme aus, dass, anders als dies der Topos vom Elfenbeinturm suggeriert, Universitäten zu keinem Zeitpunkt Institutionen waren, die außerhalb der Gesellschaft standen. Dies allein schon deshalb nicht, weil ihre Aufgabe von Anfang an die Hervorbringung von Führungs- und Funktionseleiten war. Die daraus resultierende Verschränkung von Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit verstärkte sich seit dem 19. Jh. noch durch die immer weiter fortschreitende Durchdringung aller Lebensbereiche durch die Wissenschaft und seit der Mitte des 20. Jh.s durch eine Bildungsexpansion von bisher nicht gekannten Ausmaßen, die die Universitäten nachhaltig veränderte. Zu Recht verweisen die Herausgeber in ihrem Einleitungskapitel darauf, dass eine Geschichte der (west-)deutschen Universität, die diese als Kommunikationsgeschichte in ihrer Verschränkung mit dem öffentlichen Raum versteht bzw. die integrale Verbindung von Universitäts-, Wissenschafts- und Gesellschaftsgeschichte zum Ziel hat – zumal für den Zeitraum

1945 bis 1970 – ein Forschungsdesiderat ist. Der Band soll einen Beitrag zu derartigen Fragestellungen leisten, wobei er anknüpft an die These von Margit Szöllösi-Janze, dass die Intensivierung der Kooperationsverhältnisse von Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen ein bestimmendes Kennzeichen moderner Gesellschaften sei und eine Grundkonstellation, aus der das 20. Jh. möglicherweise seine Dynamik gewonnen habe. Die Herausgeber gehen davon aus, dass Universität, Wissenschaft und Gesellschaft als Ressourcen füreinander fungieren.

Der Band versammelt neben Beiträgen zu übergreifenden universitätsgeschichtlichen Fragen exemplarische Analysen ausgewählter Geisteswissenschaften sowie der Medizin. So beschäftigt sich Sybilla Nikolow (Berlin) mit der Veränderung des Verhältnisses von Wissenschaft und Medien in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s hin zu partizipatorischen Kommunikationsmodellen. Barbara Wolbring (Frankfurt/Main) untersucht die soziale Öffnung der Universitäten als politisches Reformziel und widerlegt die verbreitete Ansicht, dass dessen tatsächliches oder vermeintliches Scheitern vor allem auf den Widerstand der Professoren zurückzuführen sei. Isabel Schmidt (Darmstadt) vermag zu zeigen, wie es den Ingenieurwissenschaften an der TH Darmstadt gelang, trotz ihrer Selbstmobilisierung in der Zeit des Nationalsozialismus ihren elitären Experten-Nimbus weitgehend ungebrochen zu bewahren. Charlotte A. Lerg (München) beleuchtet die Anfänge professioneller universitärer Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel des ersten Imagefilms der FU Berlin. Sebastian Brandt (Freiburg) untersucht im Überblick Universität und Öffentlichkeit in der Expansions- und Reformphase des westdeutschen Universitätssystems zwischen 1955 und 1967 und zeigt hierbei u. a., dass die Expansion einher ging mit einer immer stärkeren Medienpräsenz der Universitäten, die von diesen auch bewusst forciert wurde. Franziska Meifort (Berlin), die zurzeit wohl beste Kennerin des Nachlasses von Ralf Dahrendorf, analysiert dessen bildungspolitische Zielvorstellungen in den 1960er Jahren. Wilfried Rudloff (Mainz) widmet sich den Wechselwirkungen von sozialwissenschaftlicher Hochschulforschung und Hochschulpolitik zwischen 1960 und 1975. Nikolai Wehrs' (Frankfurt/Oder) Interesse gilt der Verbandspolitik des Bundes Freiheit der Wissenschaft in den frühen 1970er Jahren, wobei er besonders dessen offensive und moderne Öffentlichkeitsarbeit herausarbeitet, die nicht unerheblich dazu beitrug, dass die Reform euphorie der 1960er Jahre keine Fortsetzung fand. Anna Lux (Freiburg) exemplifiziert „Wissenschaft als öffentliches Anliegen“ am Beispiel des zwischen 1925 und 1954 in Leipzig lehrenden Germanisten Hermann August Korff (1882–1963); in diesem Beitrag werden bemerkenswerte geistige Kontinuitäten über die Systembrüche dieser Zeit hinaus deutlich. Christa-Irene Klein (Freiburg) behandelt die Verflechtung des Faches Politikwissenschaft mit Politik, Militär und Öffentlichkeit am Beispiel Arnold Bergsträssers. Stephan Petzold (Leeds, UK) analysiert Medienrepräsentationen, -wirkungen und -strategien in der Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre. Livia Prüll (Mainz) behandelt die populäre Darstellung medizinischer Innovationen in der Zeitschrift „Stern“ zwischen 1948 und 1955. Nadine Kopp (Hamburg) untersucht vertrauensbildende Maßnahmen der Medizinischen Fakultät der Universität Freiburg am Beispiel der Poliomyelitis-Impfungen in den 1950er Jahren – ein vor dem Hintergrund gegenwärtiger Beispiele von Impfskepsis bei bestimmten sozialen Gruppen sehr erhellender Beitrag. Sigrd Stöckel (Hannover) beschäftigt sich schließlich mit dem „Wandel „medi(k)aler Öffentlichkeiten“ am Beispiel der von der Ärztekammer herausgegebenen Zeitschrift „Ärztliche Mitteilungen / Deutsches Ärzteblatt“ zwischen 1950 und ca. 1970. Dass die Herausgeber der „Chiffre 1968“ nicht einen prominenteren Platz eingeräumt haben, überrascht auf den ersten Blick, doch lässt sich dies gut mit einem wesentlichen Ergebnis des vorliegenden Sammelbandes

begründen: dass nämlich vieles von dem, was dieser von den Universitäten ausgehenden „Kulturrevolution“ an Veränderungen und Reformpotenzial oft pauschal zugeschrieben wird, schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit seinen Anfang nahm. Dem Band ist weite Verbreitung zu wünschen, er wird die Erforschung der Bildungspolitik der frühen Bundesrepublik zweifellos befruchten.

MATTHIAS STICKLER

Würzburg

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 90–91

Andrea Brinckmann

**Beständig im Wandel. Die Geschichte des Roten Kreuzes in Hamburg
1864–1990**

Edition Temmen, Bremen 2014, 176 S., 14,90 €.

Die freiberufliche Historikerin Andrea Brinckmann hat dem Roten Kreuz in Hamburg zu seinem 150-jährigen Gründungsjubiläum eine wissenschaftlich fundierte Festschrift erarbeitet. Diese wurde mit zahlreichen historischen Bildern und Abbildungen angereichert. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass man eine wissenschaftlich solide Darstellung auch mit einer optischen Ansprechbarkeit kombinieren kann.

Es war das für Hamburg typische Engagement finanzkräftiger Großbürger, die bei Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges am 2. Februar 1864 ein Hilfskomitee zur „Pfleger der Verwundeten“ bildeten. Neben dem großen finanziellen Erfolg des Aufrufs war der Kriegsdienst von 16 Felddiakonen des „Rauhen Hauses“ mit dem Zeichen des roten Kreuzes auf einer Armbinde „die zweite wichtige Säule der Hamburger Initiative“ (S. 14). Ende 1864 fand dann die Institutionalisierung des Engagements auf der Basis der Genfer Beschlüsse von Oktober 1863 statt, die eine Kriegsverwundetenpflege im Zeichen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz festgelegt hatten. Den Namen eines Landesvereins des Roten Kreuzes übernahm das Hilfskomitee erst 1899. Auch im deutsch-österreichischen Krieg 1866 und im deutsch-französischen Krieg 1870/71 engagierte sich der Hilfsverein, bei dem aus einem „Vaterländischen Frauen-Hülf-Verein“ 1869 eine Rotkreuz-Schwesternschaft entstand. Auch wenn die Kriege die Hochzeiten für die zur Verwundetenpflege gegründeten Rotkreuzgemeinschaften waren, so bauten sie ihre Organisation daneben im zivilen Bereich aus, worauf die Gründung einer „Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger“ 1886, die Armen- und Tuberkulosefürsorge des „Frauen-Hülf-Vereins“ und die Rettungsdienste bei der großen Cholera-Epidemie 1892 in Hamburg verweisen. Auch die beginnende Katastrophenhilfe im Ausland im Rahmen des griechisch-türkischen Krieges 1897 in Konstantinopel, beim „Burenkrieg“ 1899 in Südafrika, beim „Boxerkrieg“ in China 1900, bei der Brandkatastrophe im norwegischen Aalesund 1904 und beim Erdbeben 1908 in Messina fand in Form der Entsendung meist allerdings weniger Ärzte und Schwestern statt. Auch im kolonialen Raum, zu dem Hamburg ein Tor war, operierte das Rote Kreuz und schickte im Rahmen einer Übereinkunft mit dem Schwesternverband

der Hamburgischen Staatskrankenanstalten ausgebildete Schwestern in die tropischen Kolonialgebiete.

Der Konzentration auf die Verwundeten- und Lazarettpflege während der Weltkriege im 20. Jh. stand in der Zwischenkriegszeit zunehmendes Engagement in der Wohlfahrtspflege gegenüber. Die Gemeindepfleger des Roten Kreuzes wie auch anderer Wohlfahrtspflegeorganisationen waren im Nationalsozialismus jedoch zunehmend den Machtansprüchen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt ausgesetzt. Zuvor schluckte allerdings das Rote Kreuz im Rahmen der „Gleichschaltung“ den Arbeiter-Samariter-Bund. Jüdische Mitglieder sollten ausgeschlossen und vermeintlich „Erbkranke“ überredet werden, Anträge zur eigenen Zwangssterilisation zu stellen. Mit dem Gesetz über das Rote Kreuz vom Dezember 1937 wurde die Organisation eng auf die Kriegsverletztenpflege festgelegt. Über den Einsatz der „Kämpfer ohne Waffen“ im Bombenkrieg an der „Heimatfront“ und im Lazaretteinsatz erfährt man viel, doch wenig über die Funktion des Roten Kreuzes in diesen Jahren einer Vernichtungspolitik.

Parallel zum gesellschaftlichen Neuaufbau nach 1945 fand derjenige des Roten Kreuzes in Hamburg statt. Massenspeisungen und der Suchdienst, der dann 1950 überwiegend in München zentralisiert wurde, wie auch die Flüchtlingsfürsorge und die Ausbildung von Krankenschwestern markierten die Arbeitsfelder. In den 1960er Jahren traten die Katastrophenhilfe (Sturmflut 1962) und die soziale Fürsorge (z. B. Hauskrankenpflege, Behindertenfahrdienst, Krankentransport) in den Vordergrund. Fortbildung und zaghafte Versuche der Übernahme „politischer Verantwortung“ im Rahmen der Politisierung der 1970er Jahre markierten weitere Aspekte der Arbeit des Roten Kreuzes auch in Hamburg.

In dem Band wird die 150-jährige Geschichte in einem Durchlauf präsentiert, was keine allzu großen Vertiefungen erlaubt. Dies mag man bedauern, denn zu bestimmten Aspekten wie z. B. zum Verhältnis zu den konfessionellen (in Hamburg evangelischen) Schwesternschaften hätten die geneigten LeserInnen gern mehr erfahren. Es liegt jedoch in der Struktur solcher Überblickswerke, viele Themenfelder anzureißen, ohne diese erschöpfend behandeln zu können. Die zahlreichen beigegebenen Bilder illustrieren den Text, werden aber nicht als eigenständige Quellen z. B. im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Roten Kreuzes befragt. Manche Attribuierung über den „unermüdlichen“ Einsatz der Rotkreuz-Frauen (S. 20) ist dabei wenig quellendistanziert ausgefallen. Ein zusammenfassendes Fazit über die Geschichte des Roten Kreuzes fehlt leider. Hier ist also ein Forschungsfeld eröffnet, zumal Archivmaterial des Landesverbandes des Roten Kreuzes wie auch der Schwesternschaft vorliegt und weiterer Forschung zur Verfügung steht.

UWE KAMINSKY
Bochum

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 92–93

Wolfgang U. Eckart

Medizin und Krieg. Deutschland 1914–1924

Schöningh, Paderborn 2014, 564 S. (21 s / w u. 20 farb. Abb.), 49,90 €.

Die einhundertjährige Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges hat – wie bei einem solch säkularen Ereignis nicht anders zu erwarten – eine Fülle von Publikationen hervorgebracht. Zwar ist eine Reihe von Übersichtswerken erschienen, die auch für diejenigen, die sich seit Jahrzehnten mit dem Thema beschäftigen, neue Aspekte eröffnet haben. Aber es fehlten nach wie vor Werke, die Spezialthemen gewidmet sind. Ein solches, gemeinhin unterschätztes Thema ist die Rolle der Medizin im Ersten Weltkrieg. Man muss sich lediglich ins Bewusstsein rufen, dass trotz enormer und über Jahre hin massierter Ansammlung von Menschen auf engstem Raum und unter katastrophalen Bedingungen dieser Krieg der erste war, in dem die sonst üblichen Kriegseuchen nicht ausschlaggebend für das Kriegsgeschehen waren: Noch im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 hatte die Pockenepidemie unter den französischen Reserven erheblichen Einfluss auf das Kriegsgeschehen genommen.

Wolfgang U. Eckart, der überaus produktive Altmeister der deutschen Medizinhistoriographie, ist aufgrund seiner Vorarbeiten fraglos der Richtige, um den Ersten Weltkrieg aus medizinhistorischer Sicht in einer Monographie aufzuarbeiten. „Der Krieg beginnt“ (S. 21–87), „Im Krieg“ (S. 88–211), „Heimatfronten“ (S. 212–318), „Ferne Schauplätze“ (S. 319–379) und „Nach dem Krieg“ (S. 380–450) sind die einzelnen Kapitel überschrieben. Die Anmerkungen sind – wie heute leider üblich – am Ende des Textes versammelt (S. 451–521). Ein umfangreiches Literaturverzeichnis (S. 522–555) sowie ein Personenregister (S. 558–564) schließen die eng gedruckte Arbeit ab.

Der Verfasser stellt sein Thema in einen großen Rahmen, es geht nicht allein um die Medizin im unmittelbaren Kampfgeschehen. Im Sinne der Totalität des Ersten Weltkrieges wird die Medizin in vielen Aspekten angesprochen: allein auf deutscher Seite annähernd zwei Millionen Gefallene, mehr als doppelt so viele Verwundete und Versehrte, ca. 400.000 Hungertote an der „Heimatfront“, eine Tuberkulosesterblichkeit wie seit Jahrzehnten nicht mehr, Millionen von Kriegsgefangenen und Verschleppten, Hungertote in Heimen, die bis dato unbekannte Erfahrung des Stellungskrieges, neuer Waffen und neuer Taktiken, des Gaskrieges, der Kriegsneurosen, schwerster Schädel- und Hirnverletzungen verweisen darauf, wie allgegenwärtig medizinische Aufgaben waren.

„Wie reagierte eine Medizin, die über Jahre mit solchen Anforderungen konfrontiert war?“ (S. 12). In diesem umfassenden Sinne geht es Eckart um die „Medizin als Sozial- und Erfahrungsgeschichte des Krieges“ (S. 17). Der Krieg als Erfahrungs- und Experimentierfeld der Medizin, die Erfahrung von Soldaten einerseits sowie von Ärzten und Krankenschwestern andererseits mit den neuen Waffen: Granaten unterschiedlicher Brisanz und Wirkung, Stacheldraht und das mörderische Maschinengewehrfeuer – die alltäglichen „Killer“ dieses Krieges –, Gas von unterschiedlicher Qualität und Wirkung, Flammenwerfer, das Soziotop Lazarett, Psychiatrie und Kriegszitterer, Kopfschüsse und Neurologie, Hygiene und Bakteriologie im Krieg, Verlausung und spanische Influenza sind nur einige Stichworte. An der Heimatfront sind es Sexualität und Geschlechtskrankheiten, arbeitende Frauen, der berüchtigte „Steckrübenwinter“ und die neue Erfahrung zahlreicher „Kriegskrüppel“, die das Elend der Front auf den Straßen sichtbar machten. Deutsche Ärzte

auf dem Balkan, in Palästina, in den Kolonien zeigen die weltweite Ausdehnung des Geschehens. Kriegsende und Nachkriegszeit sind durch die spanische Grippe, durch Hunger und Mangelernährung, durch Tuberkulose gekennzeichnet: Der Krieg zwingt dazu, Sozialpolitik und Sozialhygiene von den Unterschichten, von der Arbeiterschaft auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen. Der Staat als Garant sozialer und gesundheitlicher Sicherheit ist eine der Folgen dieses säkularen Geschehens.

Eckart ist ein großartiges Werk gelungen, das die Totalität des Ersten Weltkrieges deutlich macht. Wenn es etwas zu kritisieren gäbe, dann wäre nicht der Autor, sondern das Lektorat für manche durchaus auffällige, teils wörtliche Wiederholungen zu belangen. Und für eine etwaige zweite Auflage würde man sich wünschen, dass zum einen die strategische Bedeutung der Medizin für ein solch totales Geschehen eigens herausgearbeitet würde, und zum anderen neben den gesundheitspolitischen auch die – letztlich in ihrer Unerfüllbarkeit fatalen – sozialpolitischen Folgen für die Weimarer Republik angedeutet würden.

ALFONS LABISCH
Düsseldorf

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 93–94

Susanne Fischer

Diktatur und (Doppel-)Moral? Einblicke in das Sexual- und Familienleben der deutschen Herrschaftselite zu Zeiten des Nationalsozialismus und des SED-Regimes

(Historia altera 2). Steiner, Stuttgart 2014, 324 S. (8 Abb., 4 Tab.), 56,00 €.

Der Titel dieses Bandes hat mich neugierig gemacht: Welche neuen Aspekte kann die Autorin mit ihrem Vergleich des Sexual- und Familienlebens der deutschen Herrschaftselite zur Geschichte totalitärer Systeme und Diktaturen beitragen? Welche heuristischen und methodischen Perspektiven und Zugänge wird sie verfolgen?

Der vorliegende Band wurde als Dissertation von Hermann J. Hiery, Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Universität Bayreuth, betreut und 2013 ebendort angenommen. Susanne Fischer legitimiert den Vergleich zwischen NS- und SED-Regime unter anderem mit Rainer Lepsius, wonach auf diesem Wege die „Ähnlichkeiten und Vergleichbarkeiten [...] in den Struktureigenschaften der Diktaturen“ aufgezeigt sowie die Spezifika der jeweiligen Herrschaftssysteme herausgearbeitet werden können – wobei sie auch auf die nicht zu negierenden Unterschiede (Holocaust, NS-Verbrechen in Friedens- und Kriegszeiten, Angriffskrieg) eingeht. Die Autorin hat einen biografisch-prosopografischen Zugang gewählt, „um die Sittengeschichte der beiden diktatorischen Systeme Deutschlands zu fassen und in all ihren unterschiedlichen, nach innen und außen verschieden schimmernden Facetten zu begreifen“ (S. 12). Als Studienobjekte dienten ihr das Ehepaar Joseph und Magda Goebbels, Heinrich Himmler und Ernst Röhm für die NS-Herrschaftselite sowie das Ehepaar Erich und Margot Honecker, Walter Ulbricht und Max Fechner für die SED. Die Quellenbasis der lebens-

geschichtlichen Teile bildeten publizierte Biografien, Memoiren und Tagebücher sowie unveröffentlichtes Quellenmaterial wie Nachlässe. Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen wurden über zeitgenössische Publikationen zu Ehe und Homosexualität, Gesetzestexte, Statistiken sowie Zeitungen eruiert. Mittels Letzterer sollten die vermittelten Moralvorstellungen vor allem in Hinblick auf außereheliche Affären und Homosexualität untersucht, mit Ersteren deren Adaption durch die Herrschaftseliten erforscht werden. Die eingesetzten Methoden werden als „hermeneutisch“ deklariert, ohne dass explizit gemacht wird, welche konkreten Formen der Text-, Diskurs- und Bildanalyse bzw. -interpretation bei den doch sehr unterschiedlichen Quellengattungen angewandt wurden.

Die Darlegung der Familien- und Sexualideologie der beiden Regimes erfolgt quellengesättigt und kommt zu den bekannten Ergebnissen. Schade ist, dass dabei grundlegende Sekundärliteratur unberücksichtigt bleibt und keine Einordnung in den Forschungsstand vorgenommen wird.² Die biografischen Abschnitte gehen der Frage nach, ob sich das moralische Verhalten der untersuchten Parteiprotagonisten – vor allem deren außereheliche Affären bzw. (unterstellte) gleichgeschlechtliche Beziehungen – mit zunehmender Machtfülle veränderte und wie die (Ehe-)PartnerInnen sowie die Parteiführung bzw. -gremien darauf reagierten. Joseph und Magda Goebbels etwa versuchten aufgrund diverser Seitensprünge bei Hitler eine Scheidung durchzusetzen, der dieser nicht zustimmte, weil das Familienimage des Propagandaministers und der Vorzeigemutter auf dem Spiel stand. Insgesamt setzten sich wie in diesem Fall zumeist der Parteigehorsam und die Aufrechterhaltung des öffentlichen Images gegen die individuellen Wünsche sowie Absichten (wie Scheidung und Wiederverhehlung) durch. Der Band fördert einiges an biografischen Sichtweisen zutage und ist über weite Strecken angenehm zu lesen. Insgesamt ergeben die Erörterungen über das Sexual- und Familienleben von je vier VertreterInnen der Herrschaftselite aber keine zufriedenstellende prosopografische Studie. Ein überzeugender struktureller und historischer Vergleich der Ideologie und Praxis der beiden totalitären Regime ist auf dieser Basis nicht möglich.

FRANZ EDER

Wien

- 1 Rainer Lepsius: Plädoyer für die Sozialisierung der beiden deutschen Diktaturen, in: Christian Jansen u. a. (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1995, S. 612.
- 2 Besonders lückenhaft ist die Sekundärliteratur zu Ehe, Familie und Sexualität im Nationalsozialismus. Beispielsweise fehlen Gabriele Czarnowski: Das kontrollierte Paar. Ehe- und Sexualpolitik im Nationalsozialismus. Weinheim 1991; Stefan Maiwald / Gerd Mischler: Sexualität unter dem Hakenkreuz. Manipulation und Vernichtung der Intimsphäre im NS-Staat. Hamburg / Wien 1999; Claus Mühlfeld / Friedrich Schönweiss: Nationalsozialistische Familienpolitik. Familiensoziologische Analyse der nationalsozialistischen Familienpolitik. Stuttgart 1989; Burkhard Jellonek / Rüdiger Lautmann (Hg.): Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesüht. Paderborn u. a. 2002; Fachverband Homosexualität und Geschichte (Hg.): Denunziert, verfolgt, ermordet. Homosexuelle Männer und Frauen in der NS-Zeit (=Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten 4/2002).

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 95–96

Sabine Freitag

Kriminologie in der Zivilgesellschaft. Wissenschaftsdiskurse und die britische Öffentlichkeit, 1830–1945

(Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 73).

Oldenbourg, München 2014, 515 S., 64,95 €.

In ihrer Habilitationsschrift stellt Sabine Freitag die Geschichte der Kriminologie in England als Diskursgeschichte der „Möglichkeit autonomer Subjekte“ (S. 449) dar sowie als Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – aus der Zivilgesellschaft heraus.

Ausgangspunkt der Studie sind die Eigenheiten der englischen Debatte: Im Bemühen, mit der schrittweisen Ausweitung des Wahlrechts möglichst alle Klassen in die entstehende Massendemokratie durch politische Teilhabe zu integrieren, trat die Verantwortlichkeit des Individuums in den Fokus, anknüpfend an Wertvorstellungen von Selbstregulierung und vorausschauendem Handeln der sozialreformerisch engagierten Mittelschicht. Ein Korrelat fand dies im Strafrecht sowie in der Leitidee des Strafvollzugs, englische Gefängnisse zum „trainingsground for citizenship“ (S. 427) zu machen und so die Erziehung zum nützlichen, selbständigen, vernünftigen: damit triebkontrollierten Staatsbürger als wirksamsten Schutz der Gesellschaft zu ermöglichen. Im Gegensatz zum Kontinent fehlte in England jedoch bis in die 1930er Jahre eine akademische Strafrechts- / Kriminalwissenschaft mit eigenen akademischen Institutionen und Publikationsorganen. Juristische Bildung wurde lange als praktische Ausbildung verstanden; ein hoher Laienanteil prägte das Gerichtswesen; durch die Rechtsprechung zwischen *Common law* und parlamentarischen *Statutes* war die rechtliche Auseinandersetzung mit Kriminalität zwangsläufig Gegenstand breiter zivilgesellschaftlicher Diskussion. Der einsetzende Verwissenschaftlichungsprozess ab Mitte des 19. Jh.s wurde von einer Zivilgesellschaft geführt, „die die Diskussion solcher Fragen nicht engen Expertenzirkeln überließ, sondern sich, auf ihre eigene Urteilsfähigkeit gestützt, den souveränen Umgang mit neuen Wissensbeständen selbst zutraute“ (S. 4). Sie entschied selbst über „Annahme oder Verwerfen wissenschaftlicher Wissensbestände“ und ließ Konkurrenz sowie „Konflikte von Rationalitäten“ zu.

Als Forschungsdesiderat für den englischen Fall weist die Autorin „die Ausarbeitung und Analyse des in mehreren Disziplinen entwickelten ‚neuen Wissens‘ über Kriminalität und Straftäter“ und ihren Einfluss auf die englische Strafpolitik aus, sowie die Frage, „welche Rolle unterschiedlichen Akteuren (Experten, Laien, Praktikern, Politikern, Beamten)“ dabei zukam (S. 10). Die Medikalisierungs-, Rationalisierungs- und Disziplinierungsthese allein erscheinen Freitag als Erklärungsmodelle nicht ausreichend tragend. Zwischen Wissensformen und Machtstrategien gehe bei Foucaults Lesart der Täter zudem als eigenverantwortliches Subjekt verloren und degeneriere zum nur eingeschränkt verantwortlichen Patienten. Dem Schuldprinzip werde damit der Boden entzogen. Folgerichtig greift die Studie vor allem auf Quellen von Akteuren privater Berufsverbände sowie Bestände der Vereine zurück, jener wissenschaftlichen Gesellschaften, Strafrechts- und Strafrechtsreformgesellschaften, aus deren Mitte heraus die wichtigsten Werke der Kriminalitätsforschung entstanden.

In fünf großen Kapiteln zeichnet die Autorin für den Zeitraum zwischen 1830 und 1945 chronologisch ein Bild der Konjunkturen der Themen und Strömungen, Leitdisziplinen sowie Methoden: von der Statistik, empirischen Sozialforschung und deren Einfluss auf Sozialreformen (Kap. 1) über

Medizin / Psychiatrie (Kap. 3) und Eugenik (Kap. 4) bis hin zu Biometrie und korrelativer Statistik (Kap. 5) sowie Psychologie / Psychoanalyse (Kap. 6). Im Nachweis der Intertextualität entsteht ein Geflecht von Diskursen, das auch interne Kritik innerhalb der sich gerade erst herausbildenden Disziplinen aufzeigen kann: im Richtungsstreit der Sozialstatistik in den 1880ern etwa zwischen Forderung nach mehr Theorie versus mehr angewandter Statistik (Kap. 1) oder in der Kritik an eugenischen Prinzipien Galtons (Kap. 4). Es handelt sich um eine Geschichte der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten, des Verhältnisses der Texte zueinander – nicht der ‚realhistorischen Entwicklung‘. Das Unterkapitel (6.3) „Das überforderte Ich: shell shock“ im Ersten Weltkrieg ist wohl die Stelle des Buches, an der diese am vehementesten in die Diskurswelt einbricht. Die Topoi Anpassungsfähigkeit und Veränderlichkeit besitzen in zeitgenössischer Wahrnehmung für jede Phase immense Bedeutung: *Environmentalism* durchzieht wie ein roter Faden alle Disziplinen und Debatten, *nature* unterliegt *nurture*, dynamische Charakterbildung schnöder statischer Vererbung. Lambrosos Kriminalanthropologie und die englische Eugenik haben wegen ihrer pessimistischen Lehre von der Unveränderlichkeit einen schlechten Stand, bis die Sozialpsychologie das willensfreie und darin voll straffähige bürgerliche Subjekt wiedererkennt.

In diesem sehr aufmerksam durchkomponierten Buch folgt man den Selbstkonzeptualisierungen der Akteure mit dem Leitbild des „rounded rational citizen“ und sieht dabei eine Geltungsgeschichte von Wissenschaft sowie Zivilgesellschaft entstehen, die ebenso wirkmächtig erscheint wie der Anspruch anderer zeitgenössischer (und sich verselbständigender) Diskurse von Whig-Liberalismus, Freihandel oder Rechtsstaatlichkeit. Die Studie verwendet „civil society“ als heuristisches Konzept und zeigt, dass sich historische Perspektivierung gerade da als gewinnbringend erweisen kann, wo über das Verhältnis von Erkenntniskritik und Gesellschaftstheorie nachgedacht wird.

VERENA STELLER

Frankfurt a. M.

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 96–98

Wolfgang Gippert / Elke Kleinau

Bildungsreisende und Arbeitsmigrantinnen. Auslandserfahrungen deutscher Lehrerinnen zwischen nationaler und internationaler Orientierung (1850–1920)

(Beiträge zur historischen Bildungsforschung 46). Böhlau, Köln / Weimar / Wien

2014, 311 S., 39,90 €.

Der Band ist hervorgegangen aus dem von 2004 bis 2008 am Forschungs- und Lehrbereich für Historische Bildungsforschung mit dem Schwerpunkt Gender History der Universität zu Köln durchgeführten Projekt „Nation und Geschlecht. Konstruktionen nationaler Identität in Autobiografien deutscher Lehrerinnen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert“. Die meist bereits zwischen 2005 und 2012 im Anschluss an Tagungspräsentationen in Sammelbänden bzw. Zeitschriften erschienenen Zwischenergebnisse sind hier mit einem Ausblick auf Desiderate und weitere Forschungsperspektiven im Rahmen einer **Gesamtschau (Vorwort)** gebündelt. Diese um-

fasst zunächst ausführliche Erläuterungen zum ursprünglichen Projektansatz, der Frage nach der „Konstruktion nationaler Identitäten“ (S. 13 ff.), und seiner zwischenzeitlichen Erweiterung um das „Konzept des Kulturtransfers“ (S. 21 ff.), zu den inneren Zusammenhängen der Differenzierungskategorien bei der Quellenanalyse („Intersektionalität“, S. 26) sowie methodische Überlegungen zur Interpretation autobiografischen Materials. Anschließend werden Geschichte und Entwicklung der Lehrerinnenbildung und der preußischen Mädchenschulreform am Beginn des 20. Jh.s als institutioneller Hintergrund und z. T. Triebkraft der Auslandsreisen junger Lehrerinnen und Erzieherinnen skizziert. Die folgenden beiden Hauptkapitel zu den deutschen Lehrerinnen im europäischen bzw. außereuropäischen Ausland beruhen auf etwa 70 autobiografischen Texten von Lehrerinnen, Erzieherinnen und Gouvernanten, dem im Projekt erschlossenen zentralen Quellenkorpus, sowie gut 500 Artikeln aus einschlägigen zeitgenössischen Zeitschriften wie etwa „Die Lehrerin in Schule und Haus“ (S. 34). Während die Vielzahl der Quellen zu den Reisen nach England bzw. Frankreich ein „querschnittorientiertes Verfahren“ mit Ego-Dokumenten ermöglichte, wurden aufgrund nur weniger, dafür aber umfangreicher Autobiografien für Auslandsreisen nach Chile, Australien, Brasilien und Südwestafrika längsschnittorientiert die jeweiligen Lebensläufe dargestellt (S. 40 f.). Schließt das Kapitel zu den Lehrerinnen im europäischen Ausland mit einem Exkurs über Käthe Schirmachers Konzept einer völkisch-nationalen Mädchen- und Frauenbildung, endet die Darstellung zu den Lehrerinnen im außereuropäischen Ausland mit einem Kapitel zum „kolonialen Blick auf das ‚Fremde‘“. Der Ausblick versucht eine Verortung der Kulturtransferanalysen im konzeptionellen Entwicklungsprozess der Historischen Bildungsforschung und regt zur tieferen historischen Untersuchung individueller und kollektiver Identitätsbildungsprozesse, „Studien zur pluralen Verfasstheit nationaler Gesellschaften“ sowie zur „multiplen Verfasstheit von Individuen“ an (S. 265).

Der Gewinn des Bandes liegt darin, zerstreut erschienene Teilstudien zusammenzuführen und dort nicht ausreichend explizierbare Analyseansätze anhand kulturgeschichtlicher Ansätze zu vertiefen sowie zu differenzieren. Gerade das in der französischen wie auch der deutschen Geschichtswissenschaft überzeugend verfolgte Konzept des Kulturtransfers, das die Autoren im Lauf der Projektarbeiten übernommen haben, ist vielversprechend. Neu ist vor allem die „Erforschung des Kulturtransfers ‚von unten‘“ mit einer „stärkere[n] Fokussierung alltäglicher, lebensweltlicher Bezüge“ (S. 264). Freilich bedarf es hier, wie von den Autoren angesprochen (S. 33 ff.), weiterer methodischer Verfeinerung. Viele der analysierten Quellen ‚von unten‘ beschreiben den beobachteten oder selbst erfahrenen Alltagsumgang zwischen (Haus-)Personal und dem Hausherrn oder Europäern und der indigenen Bevölkerung, den (auch in Europa) nicht leichten Einstieg in die Lebensverhältnisse anderer Länder einschließlich der Fallen ausbeuterischer Arbeitsverträge. Wieder andere autobiografische Quellen kreisen um Traditionen und Symbole wie den „deutschen Wald“. Schließlich finden sich natürlich auch Politik und Gesellschaft in den Aufzeichnungen besonders der deutschen Lehrerinnen in Frankreich wieder. Gelingt es, in diesem heterogenen und zugleich durchaus stereotypen Material immer wieder bewusste oder unbewusste Bezüge auf das ‚Fremde‘ mit Kategorien des ‚Eigenen‘ in ihren spezifischen inneren Gestalten zu verdeutlichen, könnten weitere Vergleiche einer als „Sozialgeschichte des Kulturaustauschs“ (Espagne, S. 24) verstandenen Transferforschung perspektivisch zeigen, wie generalisierbar die Befunde sind. Wie stellen sich aus Sicht der Genderforschung die Erfahrungen von Männern im Vergleich mit Frauen im Ausland dar? (S. 254 f.) Korrelieren Fremdheitswahrnehmungen mit dem Bildungsgrad und verliert so die Bewertung des

aufgezeigten Rigidität? Oder lassen sich in der Hochindustrialisierung Wahrnehmungs- und Interpretationsdifferenzen zwischen weitgereisten welterfahreneren Kaufleuten und Vertretern des traditionellen Bildungsbürgertums ohne größere Auslandserfahrungen über Mittel- und Südeuropa hinaus zeigen?

PETER DREWEK

Karlsruhe

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 98–99

Arno Görgen / Thorsten Halling (Hg.)

Verortungen des Krankenhauses. (KulturAnamnesen 6)

Steiner, Stuttgart 2014, 266 S. (34 Abb., 3 Tab., 45 Fotos), 48,00 €.

Die in Deutschland in den 1960er Jahren verstärkt einsetzenden Forschungen zur Geschichte des Krankenhauses waren traditionell architekturgeschichtlich geprägt. Dabei wurde von starken Wechselwirkungen zwischen hygienischen und medizinischen Konzepten, optimaler Patientenversorgung und baulicher Struktur ausgegangen. Erst in den 1980er Jahren traten wirtschafts- und sozialhistorische Fragen nach Kostenträgern und Finanzierung, aber auch nach den Akteuren, wie den Ärzten, dem Pflegepersonal und den Patienten in den Vordergrund. Die Herausgeber greifen in dem vorliegenden Sammelband nun die räumliche Perspektive wieder auf und versuchen, mit einem kulturwissenschaftlichen Ansatz auf Basis des „Spatial Turn“ und der „Space Studies“ zu einer neuen „Verortung“ des Krankenhauses in interdisziplinärer Perspektive zu gelangen. Dazu vereinen sie 13 historische, volkskundliche, soziologische, medien- und architekturwissenschaftliche Beiträge aus dem deutschsprachigen Raum; diese reichen thematisch – geordnet nach konkreten, sozialen und symbolischen Räumen – von der Implementierung des Krankenhauses im öffentlichen Raum und aktuellen architektonischen Studien (OP-Säle, Intensivstation) über logistische Fragen nach Reinigung, kulturgeschichtliche Aspekte des Wartezimmers und Elemente der Krankenversorgung bis hin zum sozialistischen Krankenhaus als Ort der Fiktion sowie der Repräsentation und Inszenierung von Krankenhäusern in Computerspielen.

Bei dieser Vielfalt der Beiträge lässt sich hier kein knappes inhaltliches Resümee ziehen. Zu betonen ist aber, wie die Autoren des Bandes erfolgreich aufzeigen, dass die Krankenhausgeschichte zu einem erheblichen Teil als historische Raumforschung verstanden werden kann, mit deren Hilfe neue Einsichten in die Wirkungszusammenhänge von sozialen Interaktionen und räumlichen Strukturen gewonnen werden können. Gerade durch die ihrer jeweiligen Disziplin eigene Perspektive und eine Vielzahl methodischer Zugänge erreichen sie einen interdisziplinären Blick auf das Krankenhaus als Mikrokosmos medikaler Kulturen und belegen eindrucksvoll das Potential, welches eine moderne Krankenhausgeschichtsschreibung durch die Einbettung des Raumparadigmas in den entsprechenden kultur- und sozialhistorischen Kontext entfaltet. So kann der gelungene Sammelband zudem auch als Beleg gewertet werden, dass die Entwicklung des modernen Kran-

kenhauses – einer Institution, mit der wir früher oder später nahezu alle in Berührung kommen – in den letzten Jahren zu Unrecht etwas aus dem Blick der Geschichtswissenschaft geraten ist.

JÖRG VÖGELE
Düsseldorfer

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 99–100

Kerstin Hitzbleck / Klara Hübner (Hg.)
Die Grenzen des Netzwerks 1200–1600
Thorbecke, Ostfildern 2014, 269 S. (4 Abb., 2 Tab.), 29,90 €.

Der vorliegende Sammelband geht aus einem 2010 veranstalteten Workshop hervor, zu dem die beiden Herausgeberinnen nach Bern eingeladen hatten. Zusätzlich zu den dort vorgestellten Arbeiten wurden zwei weitere Aufsätze aufgenommen, die den sich aus elf Beiträgen und einem Kommentar zusammensetzenden Band abrunden.

Gleich auf der ersten Seite der Einleitung bemängeln Kerstin Hitzbleck und Klara Hübner, dass eine Auseinandersetzung der Geschichtswissenschaft mit Theorie, Methode und Erkenntnisinteresse der Netzwerkanalyse kaum stattfinden würde. Der Befund ist – zumindest für die deutschsprachige Geschichtswissenschaft – nicht aus der Luft gegriffen. Umso erstaunlicher ist allerdings, dass die Einleitung zwar einige Fragen zur Anwendbarkeit des Netzwerkparadigmas in der historischen Forschung aufwirft, eine Auseinandersetzung mit eben diesen theoretischen Grundlagen, dem methodischen Angebot und den auch in der Geschichtswissenschaft gewonnenen Erfahrungen aber kaum geleistet wird. Ebenso zeigt ein Blick in die Fußnoten der einzelnen Beiträge, dass die reiche Literatur der nunmehr seit sieben Jahrzehnten entwickelten Forschungsrichtung kaum herangezogen wird. Nur der Beitrag von Kristina Odenweller leistet eine kenntnisreiche Einführung in zentrale Konzepte der Netzwerkanalyse, mit einer zwar kurzen, aber zugleich instruktiven Diskussion der Möglichkeiten, die sich HistorikerInnen durch die Erweiterung ihres analytischen Instrumentariums bieten kann, und sei daher interessierten LeserInnen ans Herz gelegt.

Doch ist die weitgehend fehlende Auseinandersetzung mit Theorie und Methoden der Netzwerkanalyse ein gravierendes Manko der übrigen Beiträge? Die Rezensentin würde dies eindeutig verneinen. Jede Studie ist – auch für die eher in der späteren Neuzeit beheimatete Historikerin – mit Gewinn zu lesen und leistet auf je eigenem Weg einen interessanten Beitrag zur Erforschung vormoderner Gesellschaften. Dass dabei in der Regel qualitativ-interpretierend, nicht quantitativ-formell gearbeitet wurde, ist weitgehend der jeweiligen Quellenlage und dem Erkenntnisinteresse der Autoren geschuldet und erweist sich als gewinnbringende Neuausrichtung der Perspektive, die auf zumeist bereits bekannte Quellenkorpora gerichtet wird.

Jessika Nowak führt vor, wie ein vorgebliches Netzwerk aus prominenten Kontakten eine zielgerichtete Konstruktion des in der Normandie lebenden Mailänders Rolando Talenti zur Bewerbung der eigenen Person war. Andreas Fischer und Andreas Bihrer erweitern die Perspektive auf mittelalterliche Höfe und die römische Kurie, indem sie über die Fokussierung auf einzelne Per-

sonen hinausgreifen und die sozialen Mechanismen der Vernetzung, oder auch Gruppenbildung, in den Blick nehmen. Jörg Schwarz zeigt auf, wie sich Veränderungen in der Netzwerkstruktur an Höfen auf die Handlungsmöglichkeiten Einzelner auswirken konnten. Bastian Walter-Bogedain, Christoph Dartmann, Regula Schmid und Heinrich Speich untersuchen Netzwerke zwischen und in Städten, wobei jeweils deutlich wird, dass die Abgrenzung zwischen formellen und informellen Netzwerken weder für HistorikerInnen noch für die Zeitgenossen einfach zu treffen war. Zuweilen kommt bei der Lektüre die Frage auf, ob die an einigen Stellen konstatierte Komplexität der Beziehungen und Bündnisse, die nicht unbedingt auf einen Mangel an Informationen schließen lässt, nicht doch mit Hilfe formeller Methoden in den Blick genommen werden könnte. Die Stärke der netzwerkanalytischen Verfahren liegt ja gerade in der Möglichkeit, relationale Strukturen aufzudecken, die mit bloßem Auge nur schwer zu erkennen sind. Aus der in den meisten Beiträgen geleisteten Beschreibung von Netzwerken fällt der Aufsatz von Gerald Schwedler etwas heraus, der die Anleitung des Bernhard von Clairvaux zum Vergessen – also dem Suspendieren weltlicher Bindungen bei Eintritt in den geistlichen Stand – als Erinnerungs- und damit zugleich Netzwerkarbeit vorstellt.

Die Autoren der Beiträge stecken die ‚Grenzen des Netzwerks‘ für ihren jeweiligen Untersuchungsgegenstand ab und bieten spannende Einsichten in historische Gesellschaften. Man könnte fragen, ob eine Auseinandersetzung mit dem inzwischen reichen Theorieangebot der sozialen Netzwerkanalyse – zu denken wäre hier mit Bezug auf die ‚Grenzen‘ etwa an Ronald S. Burts Theorie der strukturellen Löcher, oder Mark Granovetters Differenzierung zwischen *strong* und *weak ties* – nicht an mehreren Stellen des Bandes fruchtbar gewesen wäre. Auch Verfahren zur Untersuchung zeitgebundener Netzwerke sind, nach intensivem Austausch zwischen den Entwicklern formeller Methoden und Historikern sowie an historischen Studien interessierten Forschern anderer Disziplinen, inzwischen keine Zukunftsmusik mehr. Manche Klage über die Unzulänglichkeit der sozialen Netzwerkanalyse würde sich erübrigen, wenn die interessierten ForscherInnen sich, wie hier von Kristina Odenweller vorgeführt, in die umfangreiche internationale Literatur zum Thema einlesen würden, anstatt auf eine Relektüre der von Wolfgang Reinhard vor nunmehr einem Vierteljahrhundert vorgelegten Studie zur sozialen Netzwerkanalyse zu setzen.

CHRISTINE FERTIG

Münster



VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 101–102

Traugott Jähnichen / Uwe Kaminsky / Dimitrij Owetschkin (Hg.)

Religiöse Jugendkulturen in den 1970er und 1980er Jahren. Entwicklungen – Wirkungen – Deutungen

(Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen 58). Klartext, Essen 2014, 242 S. (1 Abb., 9 Tab.), 24,95 €.

Wer unter „religiösen Jugendkulturen“ neue Strömungen nicht-christlicher Provenienz versteht, wird von diesem Buch enttäuscht sein. Zwar werden in dem Tagungsband durchaus die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse deutlich, welche die Entstehung solcher Bewegungen begünstigt haben, doch wird nur am Rande näher auf diese eingegangen. So werden die Veränderungen auf dem „religiösen Feld“ oder Markt weitgehend im Konkurrenzverhältnis der Kirchen zu den neureligiösen Strömungen betrachtet.

Die als Vergleichsperspektive avisierten Beiträge über die Entwicklungen in der DDR und den Niederlanden stehen als Solitäre neben den Darstellungen zur Alt-Bundesrepublik. Christian Sachse deutet zwar die Unterschiede zwischen Jugendkulturen und Kirchen in DDR und Bundesrepublik an, bewegt sich ansonsten aber in den ausgetretenen Pfaden der Forschungen zu DDR-Kirchen und -Opposition. Erkenntnisreich hingegen sind die Ausführungen von Rob Plum und Kim de Wildt zu den gravierenden Veränderungen in der niederländischen Gesellschaft, deren tradierte Versäulung in konfessionelle sowie laizistisch-politische Milieus in den 1970er Jahren zerbrach.

Ähnlich informativ und theoretisch gut fundiert sind ansonsten vor allem die beiden einleitenden Beiträge der Herausgeber sowie Markus Heros Ausführungen über „Jugendreligionen und religiöse Entrepreneure“. In diesen drei Texten wird deutlich, wie stark sich die westdeutsche Gesellschaft im Zuge dessen, was gemeinhin mit der Chiffre „68“ versehen wird, differenzierte und individualisierte. Das gilt gleichfalls für die Jugendkulturen – und als solche können jugendreligiöse Strömungen durchaus gedeutet werden. Obwohl dies an manchen Stellen durchscheint, betrachtet erstaunlicherweise keiner der Autoren die neureligiösen Strömungen unter bewegungssoziologischen Aspekten.

Dessen ungeachtet gelingt insbesondere Dimitrij Owetschkin ein Parforceritt durch den Wandel von Jugendsozialisation und Religion in den Krisen seit der Mitte der 1970er Jahre. Die wachsende Zukunftsskepsis führte allerdings nur in marginalen Bereichen zu neuen Vergemeinschaftungsprozessen, während insgesamt die Individualisierungs- und Differenzierungstendenzen der Gesellschaft anhielten. Im religiös-konfessionellen Feld zeigte sich dies u. a. in einer wachsenden Distanz insbesondere Jugendlicher gegenüber den kirchlichen Institutionen. Die Aufhebung überkommener Verbindlichkeiten, z. B. in der Sexualmoral, schlug auch auf die Kirchen durch bzw. vollzog sich in einer Wechselseitigkeit zwischen Jugendsozialisation, pluralisierter Gesellschaft und den Kirchen bzw. Religionen.

All diese Entwicklungen waren ambivalent, wie Owetschkin und Hero pointiert herausarbeiten. So versuchten die Kirchen ihrem wachsenden Bedeutungsverlust entgegenzuwirken, indem sie sich einerseits die Deutungshoheit über die als „Sekten“ stigmatisierten Konkurrenten auf dem religiösen Markt anmaßten, wie Thomas Mittmann darlegt; andererseits nahmen die Kirchen gerade im Bereich der Jugendarbeit Elemente der neureligiösen Praktiken auf, so Owetschkin. Dadurch

verstärkte sich allerdings der Eindruck zunehmender Beliebigkeit, und dieser begünstigte die Entstehung (wert-)konservativer Gruppierungen.

Eine solche, die Offensive Junger Christen (OJC), beschreibt Gisa Bauer sehr anschaulich. Entstanden 1968 in direktem Bezug auf die angeblich drohende „Gewaltherrschaft marxistischer Sozialromantiker“, wandte sich die OJC gegen die „Zersetzung des Glaubens und [...] der Ethik“, adaptierte gleichwohl moderne Vergemeinschaftungsformen in ihrem Großfamilienkonzept.

Solche Ambivalenzen finden auch Peggy Renger-Berka im Umgang der evangelischen Kirchen mit der Anti-AKW-Bewegung und Jana Ebeling in der Auseinandersetzung konfessionell gebundener Jugendlicher mit dem Thema Abtreibung und deren medialer Begleitung.

Obwohl der Band zur Geschichte von Jugendsozialisation und -religiosität in den 1970er/80er Jahren einige grundlegende Informationen und interessante Einblicke bietet, enttäuscht er insgesamt. Denn einerseits wird nur ein Bruchteil der religiösen Jugendkultur betrachtet, und andererseits bleiben einige der oben nicht erwähnten Studien im Niveau deutlich hinter den vorgestellten Beiträgen zurück.

MARC-DIETRICH OHSE

Hannover

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 102–103

Alexander Karrasch

Die „Nationale Bautradition“ denken. Architekturideologie und Sozialistischer Realismus in der DDR der Fünfziger Jahre

(Zoom. Perspektiven der Moderne 2). Gebr. Mann, Berlin 2015, 224 S. (30 Abb.), 59,00 €.

Alexander Karrasch untersucht in seiner an der Universität Regensburg vorgelegten Dissertation die „Nationale Bautradition“, die als eine Mischung aus „nationaler Tradition“, „historischem Erbe“ und „deutscher Architektur“ zu verstehen ist und zu den zentralen Aspekten der Architektur der DDR der fünfziger Jahre gehört.

Anders als bereits vorliegende Studien zur Architektur und zum Städtebau in der frühen DDR stellt sich der Autor der Aufgabe, den Zusammenhang zwischen der „Nationalen Bautradition“, die am sowjetischen Modell angelehnt und eine Konsequenz des zwischen 1947 und 1953 propagierten Sozialistischen Realismus war, sowie den ideologisch-philosophischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, den traditionellen Bauformen und dem Geschichtsbild der DDR zu erfassen. Demnach stehen nicht die Bauwerke im Zentrum, sondern die architekturtheoretischen Diskurse zwischen 1949 und 1955 sind Ziel der Untersuchung. Dabei verfolgt der Autor die These, dass die Architektur in der DDR in den fünfziger Jahren ihrem Inhalt nach sozialistisch war, weil sie sich ihrer Form nach national gestaltete (S. 18). Dieser kausale Zusammenhang gilt als relevant für die Analyse der Entstehung, der Logik und des Wandels der sozialistischen Baukunst.

Im Kontext der Genese des Sozialistischen Realismus, der in seiner ideologischen Ausführung auf die „wahrheitsgetreue und historisch begründete Abbildung der Wirklichkeit“ (S. 198) zielte und zu den historischen Bauformen des Klassizismus zurückblickte (Kap. 2), geht die Studie anfangs der Frage nach, welche Rolle der Architekt im Sozialismus übernahm (Kap. 3) und wie der von der Sowjetunion übernommene Anspruch einer Einheit zwischen Volk, Nation und Sozialismus ideologisch und ästhetisch in der Architekturideologie der DDR erhoben wurde (Kap. 4). Demnach suchten die Architekturtheoretiker in der DDR, spätestens seit der formalen Entstehung der DDR 1949 und der Kritik am Formalismus und darüber hinaus an den sozialistischen Architekten, die sich bisher von der architektonischen Moderne der Weimarer Republik inspirieren ließen, nach einer neuen Formel, die den gesellschaftlichen Umbruch bis hin zum Sozialismus unter Berücksichtigung der deutschen und nationalen Tradition veranschaulichen konnte. Dies war gerade im Hinblick auf den Nationalsozialismus eine Herausforderung, und es galt nach Vorbildern in der Vergangenheit zu suchen, die eine historische Legitimation für den sozialistischen Staat liefern konnten. Bestimmt werden musste, welches historische Erbe als Vor- bzw. als Feindbild anzunehmen oder abzulehnen war (Kap. 5).

Am Beispiel einerseits der Exklusion historischen Erbes, wie des Stadtschlösses Berlin, und andererseits der Übernahme des Klassizismus als einer „historisch korrekten Darstellung der Wirklichkeit“ (Kap. 6) wird gezeigt, dass in der DDR die Entscheidungskriterien oft in einem architektonischen Entstehungskontext lagen und sich „am progressiven Erbe“ (S. 120) orientierten. Für die Protagonisten der Nationalen Bautradition sollte das progressive Erbe die Entwicklung der Gesellschaft hin zum Endstadium des Kommunismus vorantreiben; den klassizistischen Stil – mit der Französischen Revolution in Verbindung gebracht – verstand man als eine Ästhetik, die am besten den Anspruch des Sozialismus widerspiegeln konnte. Der Klassizismus als „Ausdruck des sozialistischen Weges“ (S. 150) wurde erst nach Stalins Tod erneut in Frage gestellt und neu überdacht (Kap. 7).

Gerade die Analyse des Wandlungsprozesses und vor allem die Überlegungen, das sowjetische Muster in der DDR plausibel zu begründen und die Architektur in der deutschspezifischen Gesellschaftsgeschichte zu verankern, ermöglichen einen neuen Blick auf die Architekturgeschichte der frühen DDR. Der Autor stellt nicht nur die Protagonisten der Nationalen Bautradition heraus, sondern zeigt auch die Logik und die Zusammenhänge im umfangreichen Gedankengut der Architekturtheoretiker auf, die in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus eine Evidenz für die deutsch-nationale Ästhetik suchten.

ANNA PELKA
München

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 104–105

Christoph Nebgen

Konfessionelle Differenzerfahrungen. Reiseberichte vom Rhein (1648–1815)
(Ancien Régime, Aufklärung und Revolution 40). De Gruyter / Oldenbourg, Berlin / Boston, Mass. / München 2014, 295 S. (14 Abb., 3 Diagramme), 59,95 €.

Das Bild von der Zurückgebliebenheit des Katholischen gehört innerhalb der Selbstvergewisserungsdiskurse der „Moderne“ zu den erstaunlich wirkmächtigen Stereotypen. In der Regel wird die historische Genese des modernen Antikatholizismus mit der Französischen Revolution in Verbindung gebracht. Im (Klein-)Deutschland des 19. Jh.s spielten zudem konfessionelle Gegensätze eine entscheidende Rolle. Sie entluden sich bekanntermaßen im Kulturkampf der borussisch-protestantischen Mehrheitsgesellschaft gegen die katholische Minorität. Darüber hinaus verstärkten säkularistisch aufgeladene Ideologien die Ablehnung der römischen Kirche. Das Ziel von Christoph Nebgens theologischer Habilitationsschrift besteht darin, die Vorgeschichte dieser Ressentiments kultur- und mentalitätsgeschichtlich aufzuhellen. Als Beobachtungsfeld wählt er dafür die Reiseliteratur über das Rheinland aus, wie sie während des „langen“ 18. Jh.s – zwischen 1648 und 1815 – von deutschen, englischen, italienischen sowie französischen Reisenden verfasst wurde. Diese Berichte unterzieht Nebgen einer gründlichen *relecture*: Er liest sie nicht nur als Quellen für die Entstehung der Landeskunde im Sinne der Aufklärung, sondern nimmt die Texte auch als Dispositive für religiöse Differenzerfahrungen zur Hand. Im Vordergrund steht die Frage, inwieweit konfessionelle Prämissen die Wahrnehmung von Räumen bestimmen konnten. Im Fall der Rheinreise geht es vor allem um den Blick protestantischer Zeitgenossen auf die barocke Lebenswelt des rheinischen Katholizismus – wobei vereinzelt auch katholische Autoren wie der römische Kardinal Giuseppe Garampi Berücksichtigung finden.

Nebgen gliedert sein Buch in drei große Abschnitte: Zunächst erörtert er den Quellenwert der Reiseberichte vor dem Hintergrund der aktuellen Gattungsforschung. Im zweiten, inhaltlich umfassendsten Teil interpretiert er einzelne Wahrnehmungsfelder des Konfessionsraums, beispielsweise die Bewertung von landschaftsprägender Sakralarchitektur (Kirchen, Wegkreuze) und religiösem Brauchwesen (Wallfahrten, Prozessionen) durch die Reisenden. Weitere Themen sind deren Überlegungen zur Bildungs-, Wirtschafts- sowie Humangeographie. Hier fällt besonders der beherrschende Einfluss des physiognomischen Denkens auf. Man glaubte den Typus eines „katholischen Menschen“ nach Johann Caspar Lavater bereits am Gesichtszuschnitt erkennen zu können: bei den Männern an verschlagenen Mönchsfratzen, bei den Frauen in sublim erotischen Madonnengesichtern. Im letzten Kapitel widmet sich Nebgen der Rezeption der Bischofsresidenzen. Für die beiden Metropolen Mainz und Köln lassen sich folgende Ergebnisse festhalten: Als Hochburg der Aufklärung nährte Mainz bei vielen Protestanten die Hoffnung auf „Lern- und Anschlussfähigkeit“ der deutschen Katholiken im Sinne ihrer eigenen „Moderne“ – ganz im Unterschied zu Köln, das als Hort für „papistische“ Dunkelheit, mittelalterliche „Intoleranz“ sowie ökonomische Indolenz verschrien war. Erst die Erfahrungen des revolutionären Zeitalters sorgten für einen Stimmungsumschwung auf breiter Front. Der mühsame Rückgewinn des „deutschen Rheins“ (Johann Nikolaus Becker) aus der Konkursmasse des napoleonischen Frankreichs führte zu einer irenisch-positiven Neubewertung des katholischen Rheinlands. Dessen historisch gewachsene kirchliche

Kulturlandschaft wurde nun zum Unterpfad einer national grundierten Rheinromantik, wie sich an Goethes Beschreibung des Rochusfests von Bingen aufzeigen lässt.

Neben gibt auf der Grundlage von rund 200 Reiseberichten einen fundierten, gleichwohl sehr straffen Überblick. Großen Erkenntnisgewinn hält der Hauptteil der Studie bereit. Zu knapp fällt indes die Analyse zum Kontext aus: Gerne hätte man Genaueres über die Sozialmilieus innerhalb der doch recht heterogenen Autorengruppe erfahren. Für die meisten der ausgewählten Texte ist außerdem charakteristisch, dass die Rheinpassage häufig nur eine Episode innerhalb eines umfangreicheren, oft europäisch ausgreifenden Reiseprogramms war. Hier hätte sich also ein exemplarischer Vergleich mit anderen katholischen Regionen angeboten, etwa mit Altbayern. Und nicht zuletzt: Einer der wichtigsten Exegeten des Rheinisch-Katholischen an der Wende vom 18. zum 19. Jh. war der aus Koblenz stammende Publizist Joseph Görres. Obgleich er nicht im strengen Sinne zum Genre der Rheinreise beigetragen hat, hätte er doch mit seinen zahlreichen „rheinlandkundlichen“ Schriften unbedingt in dieser Untersuchung zu Wort kommen müssen.

RAINALD BECKER

München

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 105–106

Natascha Noll

Pflege im Hospital. Die Aufwärter und Aufwärterinnen von Merxhausen (16. – Anfang 19. Jh.)

(Beiträge zur Wissenschafts- und Medizingeschichte 2). Lang, Frankfurt a. M. 2015, 369 S. (15 Abb., 7 Tab.), 66,95 €.

Die hier im Druck vorgelegte Marburger Dissertation (2011) der Historikerin und Archivarin Natascha Noll ist aufsehenerregend, weil sie in mehrfacher Hinsicht Neuland betritt: (1.) Die Historiographie des vormodernen Hospitals beschäftigte sich bislang vorwiegend mit Architektur, Verwaltung und Ökonomie, mit Reformen und insbesondere dem Übergang zum modernen Krankenhaus einschließlich medizinischer Behandlung und Etablierung studierter Ärzte. (2.) Die Pflegegeschichte wiederum thematisierte v. a. die Professionalisierung der Krankenpflege im 19. Jh. und deren Entwicklung zu einem Frauenberuf. Forschungen zur Vormoderne konzentrierten sich hauptsächlich auf die konfessionellen Pflegeorden. Dagegen wurde die Pflege innerhalb der zahlreichen städtischen und staatlichen Hospitäler bislang kaum untersucht und das dort beschäftigte nicht-konfessionelle „Wartpersonal“ nur mit negativen Stereotypen charakterisiert. Insgesamt beherrschte – die überwiegend ärztlichen Kritiken der Spätaufklärung rezipierend – eine weitgehend undifferenzierte Vorstellung von einem Niedergang der Pflege vor 1800 („dunkles Zeitalter der Krankenpflege“) die wissenschaftliche Diskussion. (3.) In der Sozialhistoriographie wurde nicht selten das frühneuzeitliche Hospital in der Nachfolge Michel Foucaults als Stätte von Sozialdisziplinierung und Machtausübung diskreditiert, teilweise sogar mit Gefängnissen verglichen.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted. This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Noll setzt diesen einseitigen, weil stark verallgemeinernden Vorstellungen eine fulminante „Mikrostudie“ zu dem bislang historiographisch kaum erforschten Hohen Hessischen Hospital Merxhausen entgegen und fokussiert ihre Analyse auf den bislang kaum beachteten Bereich der „Pflege“ durch Aufwärterinnen und -wärter. Aufgrund der Quellenlage (vor allem Fundstücke aus dem Archiv Haina des Landeswohlfahrtsverbands und dem Hessischen Staatsarchiv) widmet sich der überwiegende Teil der Studie dem 18. Jh. (bis zum Ende der Napoleonischen Zeit). Dabei kommt die Autorin zu einigen verblüffenden Ergebnissen, die sicherlich mit den Befunden aus anderen großen Einrichtungen noch verglichen werden müssen, aber schon jetzt die vormoderne Pflegegeschichte auf neue Grundlagen stellen:

Das sog. „Wartpersonal“ rekrutierte sich bis zum Ende des 17. Jh.s weitgehend aus dem Kreis der Hospitalitinnen selbst (in Merxhausen wurden generell nur chronisch „körperlich oder geistig differente“ Frauen aufgenommen); erst im 18. Jh. wurde es (ähnlich wie Lohndiener) bezahlt, entstammte aber weiterhin denselben sozialen Schichten (Landbevölkerung), lebte mit den Insassen in denselben Gebäuden, z. T. sogar in deren Sälen, erhielt dieselbe Kost und verbrachte die Freizeit in derselben Gastwirtschaft. Eine strikte (professionelle) Trennung zwischen Pflegen und Gepflegtwerden existierte noch nicht; die hinsichtlich Aufsicht und Strafvollzug verliehene Macht der Aufwärter / -innen (regelmäßig Ehepaare sowie ledige Frauen) war in der Praxis deutlich begrenzt.

Das (ländliche) Hospital glich einem größeren Gutshof oder Dorf, nicht nur hinsichtlich der Ökonomie, sondern insbesondere auch der sozialen Beziehungen. Familienangehörige des Wart- sowie des übrigen haus- und landwirtschaftlichen Personals wohnten selbstverständlich bei den Bediensteten und vervielfältigten deren Zahl, so dass eine enge lebenslange (Arbeits-)Gemeinschaft von Hospitalitinnen, Bediensteten und Angehörigen unter der Leitung und Jurisdiktion eines Vogts gelebt wurde, aus der auch bei schweren Vergehen fast niemand entlassen wurde.

Das „Wartpersonal“ übernahm vielfältige Aufgaben: Es sorgte für Sauberkeit und „Hygiene“ (Wäsche waschen, putzen), verteilte Nahrung und Güter des täglichen Bedarfs, übernahm (seltener) einen Teil der „medizinischen Versorgung“ (Assistenz der Hospitalchirurgen bzw. -ärzte; Verteilung der Medikamente), beaufsichtigte insbesondere die Tobenden und Bettlägerigen und bestrafte im Auftrag des Vogts bei Vergehen. Dieses Aufgabenspektrum war eng auf die Bedürfnisse des (nicht kurativ tätigen) Hospitals zugeschnitten und unterschied sich stark von dem der späteren Krankenpflege; ein direkter Vergleich ist daher irreführend. Ausbildung oder professionelles Ethos sind bei dem Wartpersonal nicht nachweisbar, aber im frühneuzeitlichen Kontext der weit verbreiteten Lohndienerschaft auch nicht zu erwarten.

Diese quellengesättigte und dennoch sehr gut lesbare Darstellung und Analyse frühneuzeitlicher Hospitalpraxis überzeugt in jeder Hinsicht; sie eröffnet neue Zugänge zur Frühgeschichte der Krankenpflege und zum unbekanntem Berufsstand des Wartpersonals.

DANIEL SCHÄFER

Köln

Sheila Patel

Adeliges Familienleben, weibliche Schreibpraxis. Die Tagebücher der Maria Esterházy-Galántha (1809–1861)

(Geschichte und Geschlechter 66). Campus, Frankfurt a. M. / New York 2015, 438 S. (5 Abb.), 45,00 €.

Der umfangreiche Tagebuchnachlass von Maria Gräfin Esterházy, geb. Plettenberg, ist bislang in der Forschung sowohl zu Selbstzeugnissen als auch zum Adel weitgehend unbeachtet geblieben, obwohl die Gräfin seit ihrer Hochzeit 1833 als Angehörige des gräflichen Zweiges der Esterházy Mitglied einer ranghohen Familie der österreichisch-ungarischen Monarchie war. Dies belegt nicht zuletzt ihre Funktion als kaiserliche Palastdame und Mitglied des Sternkreuzordens. Umso erfreulicher ist es, dass Sheila Patel in ihrer 2013 in Bochum vorgelegten Dissertation die Tagebücher Maria Esterházy nun erstmals ausführlich beleuchtet und den Quellenwert der Texte durch zahlreiche Zitate vor Augen führt. Ihre Studie verortet die Autorin an der Schnittstelle zwischen Adels- und Bürgertumsforschung sowie der Geschlechtergeschichte (S. 11), folgt aber am Ende im Wesentlichen Ansätzen der Selbstzeugnisforschung, indem sie die Selbstkonstituierung der Person als Schreibende ins Zentrum stellt (S. 10, 391).

Die Arbeit ist in fünf große Kapitel gegliedert: Das erste (S. 9–51) skizziert als Einleitung sehr knapp den Forschungsstand, stellt ebenso knapp die Verfasserin der Texte vor und geht auf das methodische Vorgehen ein. Vor allem aber werden die Tagebücher vorgestellt: zwölf Bände, die (mit kleineren Lücken) die Zeit von 1824 bis 1861 abdecken. Eine Besonderheit der Schreibpraxis der Gräfin dürfte es dabei sein, dass sie neben chronologisch aufgebauten Tagebüchern auch thematisch orientierte führte, etwa ein Kindertagebuch (1844–1861) über ihre drei Söhne und ein Wirtschaftstagebuch (1849–1861), das vorrangig ihr westfälisches Gut Nordkirchen betraf. Diese konnten in der Studie allerdings nicht berücksichtigt werden.

Kapitel 2 (S. 53–126) widmet sich der Darstellung von Beziehungen in den Tagebüchern, wobei Patel sich vor allem intensiv mit Liebe und Ehe auseinandersetzt, während Netzwerke und Freundschaften der Gräfin nur gestreift werden. Der Alltag der adeligen Familie wird in Kapitel 3 (S. 127–223) behandelt, in dem Wohnen, Tagesablauf, Geselligkeit und Personal, aber auch Reisen und das Auftreten von Maria Esterházy in der Wiener Hofgesellschaft beschrieben werden. Kapitel 4 (S. 225–291) befasst sich unter der Überschrift „Erziehung zum Erben“ mit Marias Verhältnis zu ihren drei Söhnen, wobei auch dem emotionalen Verhältnis zwischen Mutter und Kindern große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Kapitel 5 (S. 293–390) schließlich behandelt Marias Schreiben über Politik – die Gräfin äußerte sich zu bedeutenden Ereignissen ihrer Zeit, so zur französischen Julirevolution 1830, zur Revolution von 1848/49, dem Krimkrieg, der Einigung Italiens und den Entwicklungen in Ungarn. In ihren Äußerungen stellt sie sich dabei erwartungsgemäß als kaisertreue, konservative Angehörige des Adels dar, die allerdings mit deutlichen Sympathien für das preußische Königshaus und einer tiefgehenden Abneigung gegen Ungarn auch – zumindest für eine Angehörige des Wiener Hofadels und des ungarischen Magnatenstandes – weniger erwartbare Positionen formulierte.

Die Studie stellt nicht nur eine vielschichtige Quelle erstmals ausführlich vor, sondern legt zudem die Sichtweise einer adeligen Frau auf sich selbst, ihre soziale Position und ihre Zeit offen. Patel

bemüht sich um gewissenhafte Einordnung ihrer Befunde, wobei sie mit eigenen Deutungen und Analysen sehr zurückhaltend ist. Den geschlechtergeschichtlichen Zugriff, den der Titel mit dem Begriff „weibliche Schreibpraxis“ nahelegt, bleibt sie weitgehend schuldig – als Leser/in erfährt man vorrangig etwas über Maria Esterházy, nicht jedoch darüber, ob und wie sich ihre Schreibpraxis und Selbstkonstituierung von der anderer Frauen ihrer Zeit und ihres Standes unterschied. Dazu wäre allerdings auch ein anderer Ansatz der Studie notwendig gewesen – die Autorin hat sich für einen möglichst weitgehenden Überblick entschieden, der durchgängige Vergleiche und Einordnungen erschwert. Anzumerken bleibt schließlich, dass ein intensives Lektorat dem Band zweifellos gut getan hätte; sprachliche Schwächen und Fehler wären damit verringert worden, was der Lesbarkeit und dem Verständnis des Textes dienlich gewesen wäre. Auch eine durchgehende Identifizierung der in den ausführlichen Zitaten erwähnten Orte und Personen und die Verwendung moderner Ortsnamen sowie entsprechende Register hätten die Lektüre erleichtert.

KATRIN KELLER

Wien

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 108–109

Nicole Priesching

Sklaverei in der Neuzeit

(Geschichte kompakt). WBG, Darmstadt 2014, 132 S. (4 s / w Abb.), 17,95 €.

Gemäß dem Konzept der Reihe „Geschichte kompakt“ will der vorliegende Band „komplexe und komplizierte Inhalte konzentriert, übersichtlich konzipiert und gut lesbar“ darstellen (S. VII). Dies geschieht anhand von Stichworten, die den Inhalt der Absätze in den Randspalten charakterisieren, und mit Q und E bezeichneten Blöcken, die Quellenausschnitte und – gerade im vorliegenden Band nützliche – inhaltliche Erläuterungen in den Text einbauen. Ein Abschnitt mit thematisch geordneten Literaturhinweisen sowie ein Personen- und Ortsregister schließen den Band ab. Zur Zielgruppe gehören vor allem Schüler / innen und Studierende.

Diesem Konzept kommt die Autorin, Professorin für Kirchen- und Religionsgeschichte an der Universität Paderborn, vor allem hinsichtlich ihres eigenen Forschungsgebietes – der religionsgeschichtlichen Perspektive auf Sklaverei im Mittelmeerraum und Loskauf vom 16.–18. Jh. – nach, weniger allerdings in Bezug auf durch den Buchtitel geweckte Erwartungen einer kompakten Globalgeschichte der Sklaverei. Tatsächlich behandelt der Band ausschließlich Sklaverei in der *Frühen* Neuzeit und ist überwiegend auf Europa und dessen durch Kriege und Sklaverei definierte Beziehungen zum nordafrikanischen Raum und dem Osmanischen Reich fokussiert.

Der Band beginnt mit einer Hinführung, die u. a. auf die Problematik einer universellen Definition von Sklaverei, die den Begriffswandel einschließt, aufmerksam macht. Es fehlt allerdings eine systematischere Erörterung für die Begrifflichkeit im Europa der Frühen Neuzeit, die die im Band diskutierten fließenden Übergänge von Kriegsgefangenschaft zu Sklaverei wie auch den Aspekt berücksichtigt, dass Sklav / en augenscheinlich in allen drei Buchreligionen als Eigentum

angesehen wurden. Auch die Frage der Einordnung von Sklaverei in das frühneuzeitliche breite Spektrum von Hörigkeit wird nicht thematisiert.

Nicole Priesching gelingt es jedoch, die religionsgeschichtliche Perspektive sehr gut zu vermitteln, insbesondere in Kapitel 3, in dem systematisch die theologischen Grundlagen und innerreligiösen Debatten über Sklaverei im Judentum, im katholischen wie auch protestantischen Christentum sowie im Islam behandelt werden. Hier wird auch erläutert, ab wann die Verfluchung Hams zur Rechtfertigung der Versklavung von Afrikanern in den drei Religionen eingesetzt wurde.

Um Wiederholungen zu vermeiden, wäre Kapitel 3 vielleicht sinnvoller gleich nach der Einleitung zu platzieren gewesen. In Kapitel 2 wird nämlich Sklaverei in der Frühen Neuzeit nicht nur nach Nationen, sondern auch nach christlich, muslimisch und jüdisch geprägten Regionen und sozialen Gruppen behandelt. In einem knappen, 52-seitigen Abriss werden u. a. europäische Sklavenmärkte und -gefängnisse sowie Galeeren- und Haussklaven, der Loskauf von Sklaven, der Korsarenkrieg im Mittelmeerraum, die spanische und portugiesische Expansion sowie der Sklavenhandel in Afrika und jener über den Atlantik erörtert. Zu Letzterem wäre anzumerken, dass nicht der neueste Forschungsstand zur Zahl der über 12,5 Millionen über den Atlantik verschleppten (und 10,7 Millionen die Überfahrt überlebenden) Sklaven und Sklavinnen vermittelt wird, der u. a. auf der wissenschaftlichen Datenbank „Voyages. The Trans-Atlantic Slave Trade Database“ (www.slavevoyages.org/) abrufbar ist. Weiters wird die jüdische Beteiligung am Sklavenhandel ausgewogen diskutiert und auch auf den muslimischen sowie europäisch-christlichen Handel in Süd- und Südostasien hingewiesen. Unter dem Titel „Leben, Kultur und Religion der afroamerikanischer Sklaven“ werden vorrangig die Sklavenehe, Christianisierung sowie religiöse Heterogenität besprochen.

In einem Ausblick geht die Autorin schließlich auf das Ende der Sklaverei in Europa mit dem Niedergang der Galeerenflotten aufgrund des Endes der Türkenkriege und wirtschaftlicher Handelsinteressen sowie sehr knapp auf die Abolitionsbewegung ein. Sie schließt mit einer Problematisierung des Fortbestehens von Sklaverei in der Gegenwart, freilich ohne (Dis-) Kontinuitäten des 19. und 20. Jh.s diskutiert zu haben.

Im Band fehlt auch eine eingehendere wirtschaftsgeschichtliche Analyse von Sklaverei im Kontext des frühen Kapitalismus. Als Ergebnis aufschlussreich sind aber die vielfachen Ähnlichkeiten von Sklaverei und Sklavenhandel aus religionsgeschichtlicher Perspektive. Das im Band deutlich gewordene Forschungsdefizit in Bezug auf frühneuzeitliche Sklaverei in Europa wird hoffentlich zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem Thema anregen.

BIRGITTA BADER-ZAAR

Wien

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 110–111

David Reinicke u. a. (Hg.)

Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis

1930–1960

(Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung 5). Schöningh, Paderborn 2014, 228 S., 29,90 €.

Der vorliegende Sammelband ist aus einer Tagung des niedersächsischen Forschungskollegs „NS-Volksgemeinschaft“ im Jahr 2010 hervorgegangen. Bei der Mehrzahl der Beiträge handelt es sich um Werkstattberichte aus Promotionsvorhaben, die zum größten Teil mittlerweile abgeschlossen sein dürften.

In ihrer Einleitung entwickeln die Herausgeber den theoretischen Rahmen und die Fragestellungen, die die Beiträge zusammenbinden sollen. Dabei steht im Mittelpunkt, „wie sich die Vergemeinschaftungsabsichten des NS-Regimes mit den unterschiedlichen Interessen der ‚Volksgenossen‘ in der NS-Gesellschaft vereinbaren ließen“. Einen wichtigen Stellenwert nimmt dabei für die Herausgeber die Kategorie der „Erfahrung“ ein. Um eine Beschränkung auf die Zeit von 1933 bis 1945 zu vermeiden, wird vorgeschlagen, statt des ideologisch aufgeladenen Topos der „Volksgemeinschaft“ Begriffe wie „Vergemeinschaftung“ oder „Gemeinschaft“ als analytische Kategorien zu benutzen. Die einleitenden theoretischen Überlegungen werden durch eine Thesensammlung zum Thema „Gemeinschaft und Gesellschaft im Nationalsozialismus“ von Habbo Knoch weiter fundiert.

Die Mehrzahl der Beiträge beschäftigt sich mit Einzelaspekten der „NS-Volksgemeinschaft“. Themen sind u. a. die SS (Bastian Hein), die SA-Wachmannschaften in den Emslandlagern (David Reinicke) und die Situation im deutsch-dänischen Grenzgebiet (Steffen Werther). Nur zwei empirische Beiträge gehen über die Zäsur von 1945 hinaus: Rudolf Oswald untersucht die Gemeinschaftsdiskurse im deutschen Fußball von 1920 bis 1960, und Benjamin Möckel setzt sich mit der Frage auseinander, wie Jugendliche mit den Gewalterfahrungen des Zweiten Weltkrieges in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften umgingen.

So befasst sich beispielsweise der Aufsatz von Bastian Hein mit den „subjektiven“ Vergemeinschaftungsmechanismen der Allgemeinen SS. Er macht dabei vier zentrale Mechanismen aus, die die Vergemeinschaftung innerhalb dieser Organisation und damit ihre Abgrenzung von der übrigen „Volksgemeinschaft“ befördert haben: Der elitäre Ausleseprozess, der Dienst an der nationalsozialistischen Sache, Feste und Rituale sowie die offen zur Schau gestellte massive Gewalttätigkeit. Wie unterschiedlich die Beiträge, auch und vor allem hinsichtlich des theoretisch-methodischen Ansatzes sind, wird z. B. deutlich, wenn man sich die Studie von Bianca Roitsch ansieht. Sie untersucht die Interaktionsprozesse zwischen den umliegenden Ortschaften und den Konzentrationslagern Moringen und Esterwegen in deren Aufbauphase. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass sich die Bewohner ökonomische Vorteile vom Aufbau der Lager versprochen, die nicht im vollen Umfang erfüllt wurden. Auch die zahlreichen Konfliktfelder zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen arbeitet Roitsch heraus. Über Vergemeinschaftungsprozesse hingegen spricht sie gar nicht, einzig in der Einleitung wird darauf hingewiesen, dass die „NS-Volksgemeinschaft“ auf den beiden Polen Inklusion und Exklusion beruhe.

So muss man zu dem Fazit kommen, dass der Band sowohl den eingangs formulierten theoretischen Vorgaben – dazu sind die in den einzelnen Beiträgen verwendeten Ansätze zu heterogen – als auch dem Anspruch, die Themen jenseits der Zäsuren von 1933 und 1945 zu behandeln, nur bedingt gerecht wird. Dennoch bietet er Einblicke in ein weit gefächertes Spektrum gesellschaftlicher Prozesse der NS-Zeit, die man unter dem Begriff der „Vergemeinschaftung“ verhandeln kann. Der Neuigkeitswert der einzelnen Beiträge ist allerdings sehr unterschiedlich zu beurteilen.

DANIELA MÜNDEL
Berlin

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 111–113

Carolin Retzlaff

„Wont the law give me my freedom?“ Sklaverei vor Gericht (1750–1800)

Schöningh, Paderborn 2014, 224 S. (Karte), 34,90 €.

Die Monographie behandelt „Sklaverei vor Gericht“ in sieben englischen Kolonien in Nordamerika bzw. Staaten der USA auf der Basis eines Quellenkorpus von 230 *freedom suits* (Freiheitsprozesse). Dabei geht es weniger um „Sklaverei vor Gericht“ als um die individuell Versklavten; die Institution Sklaverei wird aber naturgemäß immer mit verhandelt. Carolin Retzlaff sagt erfreulicherweise im Nachwort Grundsätzliches zur Terminologie, d. h. zur Verwendung des Wortes „Sklave“. Sie benutzt, vor allem um der „fatalistische[n] Vorbestimmtheit“ bei Verwendung von „Sklave“ oder „Sklavin“ zu entgehen, das Wort „Versklavter“ (S. 210 f.). Das halte ich für richtig. Im Kern der Studie steht die „offene Infragestellung des individuellen Besitzverhältnisses“ [eigentlich „Eigentumsverhältnisses“] von 1750 bis 1800, d. h. unter Einschluss der amerikanischen Revolution 1776–1783 und deren Folgen.

Das Buch basiert auf einer Doktorarbeit, die im Graduiertenprogramm des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ an der Universität Frankfurt a. M. entstand. Es ist wegen des Reichtums und der Diversität des empirischen Quellenmaterials, welches die Individualität der Versklavten, die Gründe der Versklavung und ihre Lebensläufe belegt, schwer unter generalisierenden Kriterien einzuschätzen. Im deutschen Sprachraum stellt es eine Novität im Sinne der neuen Sozialgeschichte des Rechts dar. Eine Generalisierung ist auch deswegen schwierig, weil mit Methoden der qualitativen (und narrativen) *microstoria* aus jedem einzelnen Fall ein eigenständiges Buch (oder eine größere Studie) hätte entstehen können.

Retzlaff hat sich entschlossen, die Fälle unter drei Hauptkriterien zu ordnen, die jeweils andere Dimensionen der Spannung zwischen Sklavereigesellschaft, individuellen Schicksalen, politischem Kontext, Recht und Jurisprudenz widerspiegeln. Erstens die „genealogische Argumentation für die Freiheit“ (S. 27–79), die auf einen Grundsatz (Doktrin) des „römischen“ Rechts abhob (*partus sequitur ventrem*). Diese Fallbeispiele zeigen, inwieweit die bis um 1820 eher marginale Sklaverei in den englischen Kolonien bzw. den USA mit ihrem ansonsten patriarchalischem Recht des „freien, weißen“ Engländer^s vom zentralen Sklaverei-Recht der iberischen Kolonien mit ihrer mütter-

rechtlichen Verewigung des Sklavenstatus beeinflusst war. Sie zeigen auch, dass Versklavte Sklaverei grundsätzlich akzeptierten, aber mit genealogischen Argumenten die Rechtslage und Rechtsprechung ausnutzten, um der Unfreiheit zu entkommen.

Zweitens die „juridische Argumentation für Freiheit“ (S. 80–144), d.h. im Grunde die Ausnutzung von „Verfahrensfehlern“ von Versklavern (z.B. Raub und unrechtmäßige Versklavung à la *Twelve Years a Slave*) und Sklavenhaltern (meist Testamente). Diese Argumentation setzte nicht nur Kenntnisse der eigenen Genealogie und Biografie sowie eines Rechtsgrundsatzes voraus (die manch Versklavte nicht hatten), sondern auch genaue Kenntnisse der Rechtslage (oft in Allianzen mit Freien und / oder Abolitionisten), zudem recht intime Informationen aus der Familie des Eigentümers, etwa Absichtserklärungen oder Festlegungen eines Testaments oder eines „Gefallens“, den ein älterer Sklavenhalter (oder eine Sklavenhalterin) seinen Sklaven tun wollte und damit in Konflikt mit seinen Erben geriet (u. v. a. m.). In günstigen Fällen für die Kläger mussten in solchen Prozessen die Sklavenhalter ihre Unschuld beweisen. Nicht von ungefähr massierten sich diese Fälle um 1780/90. Mit der Revolution kamen neue Rechte. Zudem breiteten sich abolitionistische Diskurse und Konzepte in der angelsächsischen Welt aus. Angesichts der Heterogenität der Argumentationen in „juridischen Freiheitsgesuchen“ (die auch die Mehrzahl aller Fälle darstellen) hält Retzlaff zu Recht fest: „Der flexible und aktive Umgang mit den Chancen, die sich Versklavten im Rechtssystem boten, könnte insofern als Hauptcharakteristikum der juridischen Freiheitsklagen angeführt werden.“ (S. 141) Wie alle anderen Arbeiten zur Thematik verweist auch sie zum einen auf die Erschütterung des Rechtsrahmens durch die genannte „Durchbrechung der Routine des Systems“ in den 1780er und 1790er Jahren (Revolution) und zum anderen darauf, dass juridische Klagen ein aktives Instrument Versklavter waren, die damit „einem Streben nach Gerechtigkeit nach[gingen], das dem freier Bürger durchaus gleichkam“ (S. 144).

Drittes Ordnungskriterium für die Verfasserin schließlich ist die „Freiheit als Rechtsprinzip – die politische Argumentation für Freiheit“ (S. 145–201). Revolutionen setzen neues Recht – in den entstehenden USA kein vollständig neues in Bezug auf Versklavte, Versklavungen, Sklavenhandel und Eigentum an Menschen oder gar Abolitionen (wie etwa auf Saint-Domingue / Haiti 1791–1803), weil die Führer der Revolution und viele ihrer Unterstützer Sklavenhalter und Sklavenhändler waren. Aber die Revolution als antikolonialer Krieg erschütterte die Institution Sklaverei allein durch die Kämpfe unter Beteiligung bewaffneter (ehemaliger) Sklaven. Retzlaff behandelt diese Thematik breit („Der Unabhängigkeitskrieg als Möglichkeit für Freiheit“, S. 163–179), wobei sie nicht zuletzt die ansonsten in Routine-Sklavereisystemen völlig unbeachtete Dimension unrechtmäßiger Versklavung *avant la lettre* in Afrika einbezieht (womit die gesamte *Atlantic slavery* als fundamentales Unrecht entlarvt werden konnte; siehe S. 178 f.). Mit den sich auf die Prinzipien der radikalen Aufklärung und der Revolution berufenden Klägern „wurde das Sklavereisystem auf absolute, unmissverständliche Weise delegitimiert“ (S. 179). Die Gegenposition haben natürlich nicht die Revolutionsgeneräle und -führer der nordamerikanischen antikolonialen Kämpfe zum Ausdruck gebracht, sondern der napoleonische (und ich vermute, zeitweilig jakobinische) Général Charles Victoire Emmanuel Leclerc, der vom Schauplatz der Kämpfe in Saint-Domingue an Napoleon schrieb: „We must destroy all the blacks of mountains [wo sich die schwarzen Truppen hielten – MZ] – men and women – and spare only children under twelve years of age. We must destroy half of those in the plains and must not leave a single colored person in the colony who has worn an epaulette.“ Und er meinte mit „Epauletten“ nicht nur Offiziere, sondern alle Schwarzen in Uniform.

An dem Kapitel über politische Argumentation zeigt sich vielleicht am deutlichsten, dass mit „normativer Ordnung“ weder die Vielfalt individueller Fälle noch deren Hintergründe wirklich dargestellt werden können. Normative Ordnungen lieben weder Revolutionen noch Kriege noch konkrete Politik (die in Sklavereizeiten vor allem auf ziemlich unnormierter Gewalt basierte). Hier hätte aus jedem Falltypus – „Fremde Staatsangehörige sozusagen als Freiwild für Kapitäne“ (die in ihrer Akteursdimension als Versklaver einer Darstellung bedürfen) (S. 149–163), Krieg als „Möglichkeit für Freiheit“ der Versklavten (ein historisches Kontinuum seit Sparta) (S. 163–179) und „Revolution als Bruch normativer Ordnung und Begründung einer neuen naturrechtlich-normativen Freiheit“ (S. 179–196) – ein selbständiges Kapitel entstehen können. Retzlaff hat zwar einem Unterpunkt in diesem Kapitel den Titel „Die Revolution als Katalysator der Freiheit“ gegeben. Aber sie konnte sich nicht zu einem selbständigen Kapitel über Revolution und Abolition entschließen (weil sie dann die nordamerikanische Revolution in ihrem Charakter oder besser Nicht-Charakter als soziale Revolution hätte debattieren müssen).

Insgesamt ist Carolin Retzlaff eine interessante, empfehlens- und lesenswerte sozialgeschichtliche Studie zur aktiven Rolle des Rechts und von Versklavten in unterschiedlichen Konstellationen gelungen. In Deutschland und Mitteleuropa dürfte es eines der ersten Bücher sein, das sich dieser wichtigen Problematik annimmt.

MICHAEL ZEUSKE

Havanna / Leipzig

- 1 Zit nach: Laurent Dubois: *Avengers of the New World. The Story of the Haitian Revolution*. Cambridge, Mass. / London 2004, S. 291 f.

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 113–115

Michaela Schmölz-Häberlein

Kleinstadtgesellschaft(en). Weibliche und männliche Lebenswelten im Emmendingen des 18. Jahrhunderts

(VSWG, Beiheft 220). Steiner, Stuttgart 2012, 405 S., 58,00 €.

Gegenstand der sozialgeschichtlichen Mikrostudie, mit der sich die Verfasserin 2011 an der TU Chemnitz habilitierte, ist die Kleinstadt Emmendingen. Im Jahr 1732 lebten dort 520 Personen in 112 Haushalten (4,6 Personen pro Haushalt im Schnitt), von denen nicht alle zur herrschenden lutherischen Konfession gehörten; neben Katholiken und Calvinisten gab es sieben jüdische Haushalte. In der Folge ging es demographisch weiter bergauf: 1769 lebten 896 Personen in der Stadt, 1804 waren es 1.480. Dabei beruhte das Wachstum sowohl auf Geburtenüberschuss als auch auf Zuwanderung. Als Verwaltungssitz des Oberamtes Hochburg (Markgrafschaft Baden [-Durlach]) prosperierte die Stadt auch ökonomisch, unbeschadet vieler Kriegseinwirkungen vor allem am Beginn des 18. Jh.s;

die soziale Ausdifferenzierung in der Stadt war folglich größer, als das Bild einer „Ackerbürgerstadt“ vermuten lässt. Überregional berühmte Menschen brachte Emmendingen im 18. Jh. kaum hervor, ebenso wenig Selbstzeugnisse, die eine exemplarische Innensicht der Zeitgenossen vermitteln. So basiert die Studie auf den reichlich fließenden seriellen Quellen wie Ratsprotokollen, Rechnungen, Testamenten und Inventaren. Aufgrund dieser Zeugnisse, die klassisch eher zu strukturgeschichtlichen Analysen einladen, will die Verfasserin die Biographien ‚kleiner‘ (bzw. kleinstädtischer) Leute schreiben und Emmendingen als Lebens- und Erfahrungsraum charakterisieren. Um dies zu erreichen, werden die verstreuten Daten zu einzelnen Personen in einer Datenbank zusammengeführt und miteinander verknüpft. Auf der Basis dieses prosopographischen Materials ist es möglich, einerseits individuelle Lebensläufe zu rekonstruieren, andererseits Beziehungskontexte und soziale Netzwerke fassbar zu machen – insofern schreibt Schmözl-Häberlein durchaus auch, und nicht zum Nachteil der Arbeit, Strukturgeschichte. Allein dieses methodische Vorgehen nötigt Hochachtung ab, denn jeder mit archivalischer Kärnerarbeit Vertraute ahnt, welcher Arbeitsaufwand sich hinter einer solchen Puzzlearbeit verbirgt!

Die Unterscheidung von ‚weiblichen‘ und ‚männlichen‘ Lebenswelten bereits im Titel der Studie verweist auf den dezidiert geschlechtergeschichtlichen Zugang, wobei ausdrücklich die weiteren Dimensionen „Religion“ und „Stand“ als für die Analyse gleichrangig einbezogen werden. Von diesem Grundkonzept ausgehend, entwirft die Verfasserin ein Bild der badischen Lebenswelt im 18. Jh., das in seiner Mischung von Konkretion und Systematik zu überzeugen vermag. Dabei rekonstruiert sie im ersten Hauptkapitel exemplarisch ein Spektrum weiblicher Lebensläufe, das von der Bürgermeisterstochter, die geschäftlich ebenso tüchtig wie erfolgreich war, bis zur verschuldeten Tochter eines früh verstorbenen Beamten reicht, die in unglücklicher Ehe mit einem Säcklermeister lebte und nach dessen Tod die Aufnahme ins Armenhaus beantragen musste. Ausgespart werden auch nicht Existenzen am Rand der Emmendinger Gesellschaft – etwa die Jüdin, die reformierte Dienstmagd oder Goethes Schwester Cornelia, die nur wenige Jahre bis zu ihrem Tod im ungeliebten Emmendingen als Frau des Oberamtmannes wohnte. Auch in die späteren Kapitel werden häufig biographische Miniaturen eingestreut, was beim Lesen bisweilen ein wenig ermüdend wirkt, aber nie beliebig, denn diese Miniaturen sind in systematische Erkundungen eingebettet. Diese systematischen Kapitel beginnen mit den klassischen Erörterungen zur historischen Demographie, zur Geburtsfrequenz und Sterblichkeit, zum Heiratsalter, zu den Eheabreden sowie zur Bedeutung von Wiederverheiratungen. Markant ist der Befund eines Anstiegs der Kindersterblichkeit und eines Sinkens der Lebenserwartung insgesamt während des 18. Jh.s, vielleicht dem Bevölkerungsanstieg und den schlechteren hygienischen Verhältnissen geschuldet. Qualitativ bedeutsam erscheint die Beobachtung, dass uneheliche Geburten in Emmendingen keineswegs automatisch den sozialen Ausschluss zur Folge hatten. In der kleinstädtischen Gesellschaft gab es für ledige Mütter durchaus soziale Auffangmöglichkeiten – nur eine der zahlreichen Nuancierungen im sozialgeschichtlichen Detail, zu denen die Arbeit gelangt. Der anschließende Abschnitt verfolgt den Lebensweg der Emmendinger nach der Geburt weiter, ihre Kindheit, ihre Jugend (und ihre informelle Jugendkultur) sowie ihren Schulbesuch von der Volksschule (ab 1765 nach Knaben und Mädchen getrennt) bis zur Lateinschule und Universität bzw. zur Berufsausbildung.

Das Kapitel über „Frauen in der städtischen Ökonomie“ ist dasjenige, das am stärksten exklusiv das weibliche Geschlecht fokussiert. Pessimistischen Studien über die Marginalisierung weiblicher Erwerbsarbeit in der Frühen Neuzeit stellt Schmözl-Häberlein eine optimistische Version entgegen.

gen. Nicht nur Waschen, Spinnen und Nähen war eine weibliche Domäne, Frauen waren überdies im Handel erfolgreich und in überraschend hohem Maße auch in Handwerk sowie Gewerbe tätig. In diesem Sektor konzentriert sich die Verfasserin freilich fast ausschließlich auf Witwen, die das Gewerbe ihrer verstorbenen Männer (vorübergehend) weiterführten. Die Mitarbeit von Ehefrauen sei aber wahrscheinlich bedeutender gewesen, als in den Quellen fassbar wird. Klar profiliert ist wiederum die Rolle von Frauen auf dem Kapital- und Grundstücksmarkt. Selbst die reformierte Dienstmagd, eigentlich eine Randexistenz in der lutherischen Stadt, vergab häufig Kleinkredite an Bürgerinnen ihrer Umgebung.

Die letzten beiden Kapitel nehmen wiederum beide Geschlechter gleichgewichtiger in den Blick. Das über ‚Geschlecht und städtische Öffentlichkeit‘ behandelt differenziert die öffentlichen Räume, die nur zum Teil bevorzugt von Männern bespielt wurden (Rathaus, Wirtshaus), ohne dass Frauen hier ausgeschlossen blieben. Mit der Hebammenwahl wird auf der anderen Seite aber z. B. auch ein exklusiv weibliches Wahlrecht vorgestellt. Schließlich lässt das Kapitel zu „Devianz und Geschlecht“ alle wichtigen Felder abweichenden Verhaltens Revue passieren, für die hinreichend Material vorliegt: Ehrkonflikte, Injurien und Gewalt; Eigentumsvergehen; Ehekonflikte, Ehebruch sowie Inzest. Auch hier werden Frauen nicht lediglich als Objekte (ehe-)männlicher oder obrigkeitlicher Gewalt sichtbar, sondern als eigensinnige Akteure mit bemerkenswerten Handlungsoptionen. Die kurze, aber dichte Schlussbemerkung bietet mehr als eine bloße Zusammenfassung. Markant wird hier eine Urbanität, Dynamik und sozioökonomische Diversifizierung der Emmendinger Lebenswelt im 18. Jh. herausgestellt, die angesichts der bescheidenen Einwohnerzahlen so kaum erwartbar waren. Neben der Bestätigung vieler auch andernorts erhobener Befunde insistiert Schmözl-Häberlein zudem darauf, dass der mikrohistorische Zugriff einen „Mehrwert“ an Kontextualisierung und Differenzierung erlaubt, der den Aufwand lohnt – eine Feststellung, der sich der Rezensent gern anschließt!

GERD SCHWERHOFF

Dresden

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 115–117

Barbara Stambolis

Aufgewachsen in „eiserner Zeit“. Kriegskinder zwischen Erstem Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise

Psychosozial, Gießen 2014, 160 S., 19,90 €.

Barbara Stambolis sensibilisiert für markante Blindstellen der Weltkriegsforschung: Zum einen sind kindliche Lebenswelten vornehmlich im Kontext des Zweiten Weltkrieges ins Blickfeld genommen worden. Die „Kriegskinder“ der Jahre 1914–1918 bleiben trotz wichtiger Arbeiten, z. B. von Stéphane Audoin-Rouzeau, Eberhard Demm, Christa Hämmerle und Rosie Kennedy, immer noch unterbelichtet. Zum anderen hat die Forschung erfahrungsgeschichtliche Langzeitperspektiven und transgenerationale Prägungen noch zu wenig berücksichtigt. Der signifikante Umstand, dass

die Kriegskinder des Zweiten Weltkrieges für gewöhnlich Kinder von Kriegskindern des Ersten Weltkrieges waren, blieb Beobachtung, die aus ihm eventuell resultierenden psychohistorischen Erbschaften bilden ein Desiderat.

Hier setzt die Paderborner Historikerin an. Mit Hilfe breit gefächerten Quellenmaterials, das von literarischen, philosophischen und (populär-)wissenschaftlichen Werken über Tagebücher, Briefe und Erinnerungen sowie Postkarten, Plakate und Fotos bis hin zu Zeitzeugengesprächen reicht, fokussiert Stambolis die Kontinuitäten und Brüche von Weltkriegskindheiten: Sie umreißt die Janusköpfigkeit des beginnenden 20. Jh.s zwischen forcierter Hinwendung zum Kind (entstehende Säuglingspflege, Kinderforschung etc.) und kumulierenden Zukunftssorgen angesichts fraprierender Kinderarmut, deutlichem Geburtenrückgang und der weit verbreiteten Perzeption eines „eisernen Zeitalters“. Sodann konturiert sie mit Begeisterung und rascher Desillusionierung sowie Mangelernährung, Verlustschmerz und Entprivatisierung von Mutterschaft kindliche Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Die gravierenden Folgen des Krieges sucht sie für die 1920er Jahre an der Notwendigkeit groß angelegter privater Hilfsleistungen aus dem In- und Ausland sowie den fachmedizinischen und populären Diskursen über „nervöse Störungen“ deutlich zu machen. Sie beschreibt die unzulängliche Sozialfürsorge, zumal von Kriegerwitwen und -waisen, und skizziert eine zusehends entdifferenzierte Kriegsgedenkkultur, die persönliche Trauer nahezu unmöglich machte. Das omnipräsente Gefühl der Perspektivlosigkeit, wesentlich befördert durch die horrend hohe Jugendarbeitslosigkeit, ebnete sodann den Weg in den Nationalsozialismus, in dem das Erziehungsprinzip der „eisernen Zucht“ verabsolutiert wurde. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wird kursorisch behandelt: In Relation zu den 1920er Jahren exponiert Stambolis phänomenologische Gemeinsamkeiten wie die desolaten Familienverhältnisse. Sie benennt transgenerationale Verhaltensweisen, etwa den defensiven Umgang mit Gefühlen, und sie verweist auf die Unterschiede der kindlichen Prägungen: Die Bundesrepublik bot schlechterdings andere sozioökonomische Perspektiven, freilich war im Gegensatz zur „Weimarer Republik“ das Schicksal der Kriegskinder nur peripher ein Thema des politischen, medialen und nicht zuletzt auch wissenschaftlichen Diskurses.

Die Stärke des Buches besteht vor allem in dem Mut, sich auf ein weitgehend brachliegendes Feld zu begeben und ein bis heute fortwirkendes Thema in der *longue durée* quellenbasiert zu bearbeiten. Überdies sorgen inhaltliche Prägnanz, ein flüssiger Schreibstil und zahlreiche Abbildungen für eine kurzweilige Lektüre. Die Schwächen sind offenkundig: Etliche Aspekte werden nur gestreift, an manchen Stellen hätte es der Vertiefung und Differenzierung bedurft. Einige einschlägige Arbeiten mit teilweise komplexeren Befunden, etwa in Sachen Wandel von Männlichkeitsidealen, wilhelminisches Schulsystem oder Jugendkriminalität, werden nicht rezipiert. Mitunter wäre eine Fundierung der Argumentation durch Zahlen hilfreich gewesen: Wie hoch war z. B. die Witwen- bzw. Waisenrente im historischen Wandel? Wie steht Deutschland im internationalen Vergleich da? Inwiefern waren die deutschen Arbeitslosenzahlen, inwiefern die ausländischen Hilfsleistungen für deutsche Kinder etwas Besonderes? Zudem erfordert eine Studie mit einem derart ambitionierten Erkenntnisinteresse wesentlich ausführlichere methodologische Überlegungen; zumindest die Systematik des Quellenzugriffs müsste transparent gemacht werden. Die psychohistorischen Erbschaften bleiben letztlich vage. Allerdings: Barbara Stambolis macht in ihrem Buch immer wieder deutlich, dass sie sich seines Pioniercharakters und der damit verbun-

denen Unzulänglichkeiten bewusst ist. Gerade deshalb hat sie eine wichtige Studie vorgelegt, die hoffentlich die Forschung befördern wird.

MARKUS RAASCH

Mainz

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 117–118

Hannes Stekl / Christa Hämmerle / Ernst Bruckmüller (Hg.)

Kindheit und Schule im Ersten Weltkrieg

New academic press, Wien 2015, 285 S., 28,00 €.

Das Thema „Kriegskindheit“ erlebt zurzeit einen frappierenden Boom. Im Fokus stehen die beiden Weltkriege, wobei drei thematische Felder besonderes Interesse finden: Seit Jahrzehnten werden Kinder zum Ersten als Objekte und Akteure von (vor-)militärischer Erziehung und Propaganda in Augenschein genommen. Zum Zweiten gilt die Aufmerksamkeit in jüngerer Zeit verstärkt kindlichen Alltagserfahrungen, d. h. insbesondere dem physischen und psychischen Erleben direkter und indirekter Kriegseinwirkungen. Zum Dritten florieren zumal in Deutschland Fragen nach psychohistorischen Erbschaften und transgenerationalen Folgen. Der anzuzeigende Band, der auf einer Tagung in St. Pölten vom November 2013 gründet, nimmt sich der ersten beiden Dimensionen an. Er trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die österreichische Forschung bisher nur rudimentär mit Kindheiten im Ersten Weltkrieg auseinandergesetzt hat, und betrachtet diese vornehmlich mit Blick auf das heutige Staatsgebiet im Kontext Schule. In elf Beiträgen wird so der Wandel des Schulsystems zwischen 1848 und 1914 konturiert, die staatliche Instrumentalisierung der Schule anhand von sprachlicher Militarisierung sowie Sammlungs- und sog. Liebestätigkeiten vor Augen geführt, die besondere Funktion des Geschichts-, Geografie- und Deutschunterrichts beleuchtet. Der Band illustriert im Spiegel des Schulbetriebs die nach dem Kriegseintritt Italiens kulminierenden ethnischen Konflikte im Trentino, er untersucht das Narrativ der „Verwahrlosung“ nebst den korrelierenden Anfängen einer eugenischen Fürsorgepolitik und betrachtet Kinderliteratur sowie -spiele.

Mit besonderem Gewinn ist die ausführliche Einleitung von Hannes Stekl und Christa Hämmerle zu lesen. Sie liefert einen profunden, die internationale Forschung gut umreichenden Literaturbericht und differenziert kindliches Kriegserleben prägnant im Hinblick auf soziale Provenienz (Bürgertum, Arbeiterschaft, bäuerliche Familien) aus. In den Gesichtskreis geraten auch Themen, die im Band unterbelichtet bleiben, etwa die paramilitärische Ausbildung der Jungen, der Lazarettendienst von Mädchen oder die propagandistische Relevanz des Musikunterrichts sowie von Zeitschriften. Die Stärken des Bandes liegen in seiner ansprechenden Aufmachung, der inhaltlichen Kohärenz und der durchweg großen Quellennähe. Die Beiträge überzeugen vor allem dann, wenn sie sich einem einfachen Zugang verweigern. Ernst Seibert etwa sensibilisiert dafür, dass der Kinderliteratur der Kriegsjahre nicht per se Propagandacharakter zugeschrieben werden kann. Seine Argumentation ist nicht durchgehend stringent, der Verweis auf Bücher, in denen Kriegskindheit

mit all ihren Ängsten beschrieben wird, gleichwohl eindrucksvoll. Auch der etwas zu enumerativ geratene Aufsatz von Manfred Zollinger zu den Spielen der Kriegszeit zeigt die massive militäristisch-propagandistische Infiltrierung auf, er kann jedoch zugleich empirisch triftig machen, dass der größte Teil der Spielwaren zivilen Charakter besaß und der Krieg im ludischen Kinderalltag lediglich ein wichtiger Teilaspekt war.

In Bezug auf die Schule im Ersten Weltkrieg scheinen vier Funktionen auf: Sie spiegelte die Lebenswelt des Kriegsalltags wider, trat – staatlich verordnet und / oder aus freiwilligem Antrieb – als „Liebestäter“ für Soldatenfamilien auf und agierte als wirkungsmächtiger Propagandaakteur. Schließlich war Schule angesichts von Lehrermangel, Versorgungsschwierigkeiten und mangelbedingten Krankheiten in besonderem Maße Lastenträger. Nicht alle Beiträge mühen sich, die verschiedenen Rollen auseinanderzuhalten. Bisweilen wird der Unterschied zwischen dem pädagogisch-didaktischen Prinzip der Lebensnähe und der Propagandarolle nicht reflektiert, mitunter dominiert Letztere, weil die Ebene obrigkeitlicher Vorgaben zu stark, die Schulpraxis zu wenig in Augenschein genommen wird. Für Irritationen sorgen theoretisch-methodische Mängel: Etliche Beiträge verzichten darauf, ihr Erkenntnisinteresse aus Forschungskontexten zu destillieren oder gar internationale Verortungen vorzunehmen, wiederholt werden die Erkenntnisgrenzen des Quellenmaterials nicht oder zu wenig erörtert (etwa beim Versuch, ideologische Beeinflussung über Schulaufsätze messen oder Kriegsalltag mit Hilfe einer Schulchronik sichtbar machen zu wollen). Gern hätte man auch mehr über andere Länder des Habsburger-Reiches erfahren.

Im Ganzen gibt der Band wichtige Einsichten in kindliche Lebenswelten zwischen 1914 und 1918. Er wird der Forschung zweifelsohne als Orientierungsmarke dienen.

MARKUS RAASCH

Mainz

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 118–120

Gunnar Stollberg / Christina Vanja/Ernst Kraas (Hg.)

Außereuropäische und europäische Hospital- und Krankenhausgeschichte – Ein Vergleich

(Historia Hospitalium 28). Lit, Berlin 2013, 414 S. (zahlr. Abb.), 34,90 €.

Der Titel benennt ein Desiderat der Hospitalforschung, ja der Medizingeschichte insgesamt. Der informative Band enthält sieben Beiträge zum Thema des Symposiums der DGKG 2012: „Wandel der Krankenhausstrukturen in Norddeutschland“, einen Konferenzbericht, Berichte über Studienreisen und Rezensionen sowie sechs ‚Hauptbeiträge‘; aus Platzgründen kann hier nur auf diese näher eingegangen werden.

Stephan H. Nolte befragt den zur Entstehungszeit sehr populären Fortsetzungsroman „Les Mystères de Paris“ des Romanciers Eugène Sue, erschienen 1842/43 in der Tageszeitung „Les Journal des Débats“, auf seine medizinischen Bezüge. Derselbe erweist sich als bedeutende Quelle für die öffentliche Wahrnehmung des massiven Wandels, welchem die ärztliche Praxis im frühen 19. Jh.

gerade innerhalb der Institution „Krankenhaus“ unterlag. Der Autor bezieht sich in der Analyse u. a. auf „Die Geburt der Klinik“ von Foucault und arbeitet als zentrales Thema der einschlägigen Passagen das Erscheinen eines neuen Typus von Arzt heraus, der „als gefühlskalte[r] klinische[r] Forscher und Lehrer [...] Wissen und Wissenschaft über Mitgefühl und Barmherzigkeit stellt“. Sein Handeln wird von den „Patient / en / innen“ als entwürdigend erfahren, ja traumatisiert dieselben; hier spielt das strukturelle Machtgefälle zwischen „individuellem“ Hilfesuchenden und Krankenhaus-Organisation eine wichtige Rolle; durch Hierarchien von sozialer Herkunft sowie Geschlecht wird dieses noch verschärft.

Arne Thomsen stellt in seinem Beitrag die Frage nach „Konkurrenz oder soziale[r] Notwendigkeit?“ als Motor der Entstehung katholischer Krankenhäuser im Ruhrgebiet des späten 19. und frühen 20. Jh.s – und beantwortet sie eindeutig. Zwar gab es gelegentlich das Motiv der „Propaganda“ für die eigene Konfession; aufgrund des rapiden Bevölkerungswachstums in dieser Region im Zusammenhang mit den entstehenden Industriezentren war allerdings der lokale Bedarf an stationärer Krankenbehandlung durchwegs größer als das Angebot, und die meist wenig finanzkräftigen Gemeinden waren häufig froh, „irgendein“ Krankenhaus zu erhalten, sodass konfessionelle Animositäten selten zu intensiven Konflikten führten. Teils kooperierten katholische und evangelische Gemeinden auch eng miteinander.

Martin Scheutz und Alfred S. Weiß geben in ihrem Beitrag einen gelungenen Überblick über „Spitalordnungen als essentielle Grundlage der Organisation der Spitäler“; ein Thema, das sie mit einigem Recht als „Leerstelle der komparatistischen Spitalforschung“ bezeichnen. Denn zum einen steckt eine vergleichende Hospitalforschung trotz etlicher grundlegender Studien, überregional gesehen, immer noch in den Kinderschuhen, zum anderen war dort, wo solche bislang betrieben wurde, der Aspekt der anstaltsinternen Normen in aller Regel kein Schwerpunkt. Die Autoren geben aber auch Hinweise auf schon vorhandene „Gegenbeispiele“ – einschließlich das von ihnen selbst betriebene ‚Mammutprojekt‘ einer Quellenedition sämtlicher erhaltener Hospitalordnungen auf dem Gebiet des heutigen Österreich. Angemerkt sei, dass diese Edition mittlerweile unter dem Titel „Spital als Lebensform“ erschienen ist. Zumindest für diese Region sind damit beste Voraussetzungen vorhanden, die monierte „Leerstelle“ schließen zu können.

Ein vergleichsweise knapper Beitrag von Hans-Uwe Lammel bietet sodann erste Ergebnisse seiner Forschungen zum ältesten Hospital in Kanada, dem „Hôtel-Dieu“ in Québec. Bemerkenswert an der Geschichte dieser 1639 begründeten Institution ist vor allem ihr Funktionswandel von einer missionarisch ausgerichteten Krankenstation zur „Rettung der armen Wilden“ zu einem Hospital für französische Kolonisten innerhalb kurzer Zeit. Um genau zu sein war Ersteres die ausdrückliche Stiftungsintention, die aber offenbar von Beginn an nur in bescheidenem Umfang realisiert werden konnte: Denn nach ersten, angesichts hoher Sterblichkeitsraten negativen Erfahrungen der indigenen Bevölkerung mit dem Hospital mieden es die meisten Einheimischen und nannten es, wenig ehrfurchtsvoll, ein „maison de mort“. Hingegen bestanden seitens der französischen Einwanderer vor Ort weniger „Berührungängste“, wohl auch aus Mangel an alternativen Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Als Resultat betrug der Anteil der Huronen, Irokesen usw. unter den stationär behandelten Patienten wahrscheinlich unter fünf Prozent, was die Möglichkeiten zu „kulturellem Austausch“ im Kontext des Hospitals limitierte.

Einer „verwickelten“ Fragestellung geht Kay Peter Jankrift nach, nämlich dem Einfluss früher islamischer Krankenanstalten auf die Entwicklung des europäischen Hospitalwesens. Ein solcher

wurde zwar immer wieder postuliert, aber kaum je eingehender untersucht. Zwar steht fest, dass das „Hospital“ als Anstaltstyp mit *auch* medizinischer Aufgabenstellung bereits im christlich geprägten Römischen Reich der Spätantike entstanden war; welchen Stellenwert die Medizin im Hospitalalltag jedoch besaß, ist dagegen für mittelalterliche „Hospitäler“ meist schlecht dokumentiert. Daher ist es schwierig, diese spärlichen Informationen mit den in der Regel ebenso nur rudimentären Kenntnissen über „Hospitäler“ des islamischen Raumes im Mittelalter in aussagekräftige Bezüge zu setzen. Allerdings warten noch große Quellenbestände auf systematische Auswertung; dies zeigt der Autor exemplarisch anhand testamentarischer Urkunden aus dem Katalonien des 12. Jh. s. Eine dieser Quellen nennt u. a. einen gefangenen „sarazenischen Arzt“ als Bestandteil der „Erbmasse“: Dieser solle bis zu seinem Freikauf im Hospital der Stadt Dienst tun – hier kann man „kulturellen Transfer“ buchstäblich ‚mit Händen greifen‘.

Der Beitrag von Jayanta Bhattacharya weitet die Perspektive sodann auf den indischen Raum aus. So begrüßenswert derartige ‚Grenzüberschreitungen‘ grundsätzlich sind, so deutlich zeigen sich an diesem Beitrag auch die damit häufig verbundenen Schwierigkeiten: In einem nicht immer verständlichen Englisch verfasst, zudem leider unzureichend redigiert (so etwa S. 49: „all these arrangements were meant for a king or wealthy persons of high social“ [sic]), versucht der Text auf 30 Druckseiten inhaltlich und zeitlich einen weiten Bogen zu spannen: von den frühesten, zweifelhaften Hinweisen auf hospitalförmige Institutionen auf dem indischen Subkontinent (3. Jh. v. Chr.) über Belege für Hospitäler in mittelalterlichen Texten bis hin zur Rolle derselben in der Phase der Etablierung der europäischen Medizin in Indien in der ersten Hälfte des 19. Jh. s. So interessant die einzelnen „Stationen“ des ‚Erzählbogens‘ sind, so wenig stringent sind sie miteinander verbunden. Zugleich enthält der Text viele originalsprachliche Begriffe, die lediglich transliteriert – ohne Erläuterungen – wiedergegeben werden, was eine verstehende Lektüre für den / die Nicht-Indologen / in mühsam macht. Ein Beispiel: „The 13th-century king Viśeśvara established a monastery. The third share endowed by him ‚was granted in favour of three different institutions which were a Prasūti-śālā, an Ārogya-śālā, and a Vipra-satra“; mit Erläuterung von „Prasūti-śālā“ als „maternity or lying-in hospital“ (S. 56), aber *ohne* jegliche Bemerkung zu den anderen Institutionen.

CARLOS WATZKA

Graz



VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 121–122

Olga Weckenbrock

Adel auf dem Prüfstand. Strategien der Selbstbehauptung bei Ernst (1738–1813) und Ludwig (1774–1844) Freiherrn von Vincke

(Westfalen in der Vormoderne 20). Aschendorff, Münster 2014, 314 S. (15 Abb., 2 Tab.), 44,00 €.

Olga Weckenbrock untersucht in ihrer Dissertation den Umgang des Adels mit der Epochen-schwelle um 1800 und den damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht nur die Privilegien, sondern auch die Lebensweise des Adels in Frage stellten, weil traditionell verankerte Orientierungen verloren gingen. Die Studie will insbesondere das Spannungsfeld zwischen den individuellen und gruppenspezifischen Lebensvorstellungen des Adels und der sozialen Praxis um 1800 am Beispiel von Ernst (1738–1813) und Ludwig (1774–1844) von Vincke, Vater und Sohn aus einem alten Osnabrücker Geschlecht, in den Blick nehmen und Kontinuitätslinien sowie Brüche im Umgang mit deren adligen Herkunft und den Herausforderungen der Aufklärung nachzeichnen.

Um sich den Lebensvorstellungen und der adligen Selbstverortung anzunähern, stellt die Autorin die Biographien von Vater und Sohn vergleichend nebeneinander. Als Quellengrundlage dienen die umfangreiche Korrespondenz, Tagebuchaufzeichnungen und weitere Unterlagen des Familienarchivs der von Vinckes. Vor dem Hintergrund von Bourdieus Habitustheorie und Hahns Konzept der Konstruktion des Selbstbildes durch beständige Selbstreflexion des Individuums werden jeweils Kindheit und Jugend, politische Wirkungskreise und Familienleben in den Blick genommen. Im Anschluss an die sehr ausführliche biographische Untersuchung setzt sich Weckenbrock mit den Strategien der Selbstbehauptung von Vater und Sohn auseinander. Ihre Untersuchungskriterien sind die gesellschaftliche Distinktion, politische Partizipation sowie die dynastische Reproduktion. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Freiherrn von Vincke den Stuserhalt im 19. Jh. v. a. ihrer Reflexionsleistung verdanken. Die Herausarbeitung der individuellen Reflexionsleistung eines Adligen könne einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der gruppenimmanenten Vorgänge um 1800 leisten (S. 283).

Weckenbrock gelingt es anschaulich, das Leben und Wirken Adliger um 1800 darzustellen. Es muss jedoch angemerkt werden, dass Ludwig als nachgeborener Sohn eine andere Ausgangsposition innehatte als sein Vater als Stammhalter des Hauses. Er musste sich zwangsläufig andere politische Partizipationsmöglichkeiten und Wirkungskreise erschließen. Ob anhand einer individualsbezogenen Analyse von nur zwei Akteuren, denen unterschiedliche standesspezifisch geprägte Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung standen, Rückschlüsse auf Umbrüche und Kontinuitäten für die Adelsgesellschaft insgesamt gezogen werden können, kann zumindest in Frage gestellt werden. Zumal Weckenbrock selbst darauf hinweist, dass unterschiedliche Reaktionen auf den Wandel v. a. auf das Lebensalter der Protagonisten zurückzuführen seien (S. 283). Ernst von Vincke konnte zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine lange und relative stabile Karriere zurückblicken, weshalb eine Anpassung an neue Verhältnisse für ihn nur bedingt notwendig war. Erwartungsgemäß stellte er seine adligen Vorrechte nie in Frage und legitimierte seine gesellschaftliche Position lebenslang v. a. durch seine Geburt und Herkunft. Damit folgt sein Lebens- und Karriereweg den traditionellen

adligen Mustern. Wesentlich stärkere Anpassungsleistungen, insbesondere durch Erwerb ämter-spezifischer Kompetenzen und Übernahme aufklärerischer Ideale hinsichtlich der Leistungs- und Pflichterfüllung, musste Ludwig von Vincke erbringen, ohne dabei allerdings die traditionellen Legitimationsmuster abzulehnen, was ihm eine erfolgreiche Karriere in der preußischen Verwaltung ermöglichte. Die stärkere Einbeziehung der Karrierewege und Anpassungsleistungen der älteren Brüder Ernst (1768–1834) und Carl (1770–1813) wäre zur Einordnung der individuellen Leistungen Ludwigs vorteilhaft gewesen. Die Frage, ob sich der von der Autorin konstatierte Wandel um 1800 auch auf die Lebensmodelle und Handlungsmöglichkeiten der weiblichen Familienmitglieder auswirkte und ob bei ihnen vergleichbare Umbrüche und Kontinuitäten nachweisbar sind, hätte die Studie um aufschlussreiche Aspekte hinsichtlich adliger Lebenswelten bereichern können. Insgesamt gelingt es Weckenbrock in ihrer Arbeit sehr eindrücklich, die sich wandelnden politischen Partizipationsmöglichkeiten und die Selbstverortung Adliger an der Epochenschwelle um 1800 darzustellen.

KATRIN GÄDE
Magdeburg

D. Wirtschaftsgeschichte

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 122–123

Thorsten Beckers

Kapitalmarktpolitik im Wiederaufbau. Der westdeutsche Wertpapiermarkt zwischen Staat und Wirtschaft 1945–1957

(Schriftenreihe des Instituts für Bankhistorische Forschung e. V. 26). Steiner, Stuttgart 2014, 445 S. (zahlr. Tab.), 66,00 €.

Die Historiographie zur Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik zeichnet sich durch einen bemerkenswerten Mangel an empirischen Studien über die Entwicklung des Kapitalmarkts aus. Auch der Beitrag der Sparkassen, der Landesbanken und der Versicherungswirtschaft zur Mobilisierung langfristigen Investitionskapitals für die Finanzierung des Wiederaufbaus harret einer systematischen Untersuchung.

Umso erfreulicher ist es, dass sich die Bonner, von Hans Pohl betreute Dissertation von Thorsten Beckers ausgiebig mit der vielfach in der Forschung angesprochenen, aber bislang noch nicht systematisch untersuchten Kapitalmarktpolitik in der Wiederaufbauära beschäftigt. Nach einer verhältnismäßig kurzen, jedoch instruktiven Einführung in die Kapitalmarktlenkung während des „Dritten Reiches“ analysiert Beckers den kriegsbedingten Prozess der Wertpapierbereinigung und der Kapitallenkung unmittelbar nach der Währungsreform. Der Verfasser bestätigt die These der bisherigen Forschung, dass die Kapitalbildung vor allem durch die steuerliche Förderung der Selbstfinanzierung von Unternehmen erfolgte, ergänzt durch die Begünstigung des Kontensparens bei privaten Haushalten. Entgegen der bisherigen Forschung terminiert Beckers den Beginn des

„Jahrzehnts der Aktie“ erst ab 1951, als die Aktiengesellschaften die ersten geprüften DM-Eröffnungsbilanzen vorlegen konnten.

Beckers zeigt, dass die Kapitalmarktpolitik interessante Parallelen zur sektoralen Industriepolitik aufwies. So wie die Hohe Kommission der amerikanischen Regierung auf dem Höhepunkt des Korea-Booms eine staatliche Investitionslenkung forderte, drängten die Hohen Kommissare auf die Rückkehr einer staatlichen Kapitalmarktlendung, die sich an volkswirtschaftlichen Prioritäten orientierte. Analog zur Industriepolitik lehnte das Bundeswirtschaftsministerium eine staatliche Kapitalmarktlendung ab.

Während die Bundesregierung eine Emissionskontrolle für festverzinsliche Wertpapiere einführte, wurde die umfassende Kapitalmarktlendung der NS-Zeit aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Überlegungen nicht wiederbelebt. So beließ es der Kapitalmarktausschuss der Bundesregierung und der Bank deutscher Länder auf der Seite der Großabnehmer festverzinslicher Wertpapiere – v. a. Sparkassen und Versicherungen – beim Instrument der „moral suasion“, um eine ausreichende Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus zu fördern. Da die Rentenversicherung bis 1957 durch Kapitaldeckung finanziert wurde, war die Refinanzierung des Staates durch die öffentliche Hand gesichert. Wegen der weitgehend defizitfreien Finanzierung des Bundes und der Länder hatte die Anleihenfinanzierung ohnehin nur für die Kommunen Relevanz.

Auf der Grundlage der umfassend ausgewerteten Akten des Bundesfinanzministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums analysiert Beckers den Entscheidungsprozess, der bereits 1952 zu einer weitgehenden Liberalisierung der Anleihenemissionen und einer Freigabe der Zinspreisbildung führte. Die Gefahr des „crowding out“ zinssensibler Anleiheemittenten im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft wurde mit der Freistellung der niedriger verzinsten Anleihen von der Kapitalertragssteuer gelöst. Erst 1957 erlaubte die zunehmende Nachfrage des Finanzsektors nach längerfristigen festverzinslichen Kapitalanlagen der Bundesregierung, die steuerpolitische Spaltung des Kapitalmarkts freizugeben.

Fazit: Thorsten Beckers erhellt die staatliche Angebots- und Preislenkung auf einem Segment des Kapitalmarkts, der aus ähnlichen Gründen wie die Märkte für knappe Sachgüter (Kohle, Stahl und Wohnraum) erst neun Jahre nach der Währungsreform dereguliert wurde. Indirekt vermittelt das Buch auch wichtige Hinweise, weshalb die Bank deutscher Länder – teilweise gegen Bedenken der Bundesregierung – eine möglichst stabile Zinspolitik verfolgte. Der Kapitalmarktausschuss hatte von 1952 bis 1957 die schwierige Aufgabe, das Kursniveau, die Kosten und die Absatzmöglichkeiten festverzinslicher Wertpapiere zu stabilisieren.

CHRISTOPHER KOPPER
Bielefeld

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 124–125

Marc Birchen

**Die Firmenbeteiligungen der ARBED im Osteuropa der Nachkriegszeit.
Luxemburger Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg**
(Luxemburg-Studien 7). Lang, Frankfurt a. M. 2015, 479 S., 64,95 €.

Die Dissertation von Marc Birchen verortet sich an der Schnittstelle von Diplomatie-, Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sowie der Geschichte internationaler Beziehungen und analysiert die indirekten Beteiligungen der 1911 aus der Fusion von drei Unternehmen hervorgegangenen Aciéries Réunies Burbach-Eich-Dudelange (ARBED) im Ostblock nach 1945. Über die rheinische Tochtergesellschaft Felten und Guillaume Carlswerk AG (F&G Carlswerk) war die ARBED seit 1920 in fast allen ost- und mitteleuropäischen Staaten an Unternehmen beteiligt. Das Ziel der Arbeit besteht darin, die Bemühungen seitens der luxemburgischen Regierung und der ARBED zur Sicherung der indirekten Beteiligungen darzustellen, das Verhältnis zwischen der Regierung Luxemburgs und dem privaten Konzern in der Außenwirtschaft auszuloten und die Motivationen der beteiligten Akteure herauszuarbeiten. Hierzu greift Birchen auf den umfassenden Aktenbestand des luxemburgischen Außenministeriums (MAEL) und dessen Auslandsvertretungen, Unterlagen des Koordinationskomitees der Benelux, der Brüsseler Paktstaaten und der Union économique belgo-luxembourgaise (UEBL) sowie Bestände zu den Unternehmen ARBED und F&G Carlswerk zurück.

Das erste von fünf inhaltlichen, nur teilweise chronologisch geordneten Kapiteln behandelt die Vorgeschichte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Luxemburger Außenpolitik war zu dieser Zeit personell und finanziell unzureichend ausgestattet. Neben Vertretungen über niederländische und belgische Repräsentationen nahm die luxemburgische Schwerindustrie mit ihren international erfahrenen Experten eine entscheidende Rolle auf außenpolitischem Gebiet ein. Die Bedeutung der ARBED für den luxemburgischen Staat zeigte sich darin, dass sie ein Fünftel der arbeitenden Bevölkerung beschäftigte. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die ARBED „eingedeutscht“, umgekehrt blieb ihr Einfluss auf die F&G Carlswerk über die Vertretung im Aufsichtsrat gewährleistet. Im zweiten Kapitel werden zum einen die alliierten Reparationsbestimmungen sowie die Verstaatlichungsgesetze in Osteuropa dargestellt, auf deren Grundlage deutsches Vermögen als Feindvermögen entschädigungslos eingezogen werden konnte, zum anderen wird hier die besondere Beteiligungsstruktur der ARBED über eine deutsche Gesellschaft beleuchtet. Obwohl alliiertes Vermögen im Gegensatz zu deutschem Vermögen Schutz- und Entschädigungsklauseln unterlag, wurden die Unternehmen, an denen die ARBED beteiligt war, schrittweise fast vollständig verstaatlicht.

Im folgenden zentralen Kapitel wird der Versuch zur Sicherung der ARBED-Interessen auf Mikroebene für jedes einzelne Land bzw. jede Besatzungszone analysiert. Auf Vorschlag der ARBED intervenierte das MAEL oftmals bei den lokalen Behörden und verwies auf die indirekte luxemburgische Beteiligung und entsprechende Schutzbestimmungen. Da Erfolge hierbei vielfach ausblieben, suchte das MAEL die Interessen des Konzerns über ausländische Initiativen seitens der französischen Besatzungsverwaltung, der belgischen Regierung oder belgischer Industrieverbände mitvertreten zu lassen. Da eine indirekte Beteiligung über eine deutsche Gesellschaft keine Erwähnung in den nationalen und internationalen Verordnungen fand, wurde sie von den luxemburgischen und den osteuropäischen Behörden unterschiedlich ausgelegt. Im Ergebnis führten die Bemühungen

kaum zum Erfolg. In der Regel interpretierten die osteuropäischen und sowjetischen Stellen die ARBED-Beteiligungen als deutsches Vermögen und zogen es entschädigungslos ein. Im vierten Kapitel stellt Birchen nochmals explizit die Akteure und ihre Motive heraus. Die enge Zusammenarbeit von ARBED und MAEL von 1945 bis Anfang der 1960er Jahre unterschied sich kaum von derjenigen der Zwischenkriegszeit. Außenwirtschaftspolitik wurde, sofern sie die ARBED betraf und staatlichen Interessen nicht zuwiderlief, auch von dieser betrieben. Im letzten Kapitel werden die Bemühungen zur Sicherung der ARBED-Interessen nochmals im internationalen Kontext verortet.

Auch wenn in der west- und der osteuropäischen Quellenlage ein Ungleichgewicht zu verzeichnen ist und die Arbeit Redundanzen aufweist, so hat Birchen insgesamt eine in der Argumentation überzeugende und anschlussfähige Studie zum Umgang mit indirektem, luxemburgischem Vermögen in der Nachkriegszeit verfasst.

CHRISTIAN MARX

Trier

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 125–126

Yves Bouvier

Connexions électriques. Technologies, hommes et marchés dans les relations entre la Compagnie générale d'électricité et l'État, 1898–1992

(Histoire de l'énergie 6). Lang, Bruxelles u. a. 2015, 700 S., 59,80 €.

Several books (among them an excellent commissioned one [Jacques Marseille (dir.): *Alcatel-Alsthom. Histoire de la Compagnie générale d'électricité*. Paris 1992] and a thesis) and articles did already grapple with the history of that company, *Compagnie générale d'électricité* (CGE), and moreover with the history of the electrotechnics sector (thanks mainly to the huge *Histoire de l'électricité en France* [Maurice Lévy-Leboyer / Henri Morsel (dir.): *Histoire de l'électricité en France*, tome II, 1919–1946. Paris 1994]); and junior Bouvier worked (for his own PhD thesis and then book) within the legacy of a “glorious” team of specialists of the economic and technical history of electricity in France (and Europe) and of the electrical technological system (think of Thomas Hughes, 1985). Nonetheless he found new sources in the archives of the group, of several companies it amalgamated, of banks (among which *Société générale*, a long term companion of CGE, and *Crédit lyonnais*, an excellent observer of companies' industrial and financial strategies), and can thus exemplify the ambition of tackling the history of a big firm over a large scope not only as a mere narrative history but as a cornerstone of French industrial history and even policies (since the 1940s): he mobilised business history methods (despite some gaps) to help understanding how CGE could reach 220,000 employees at its apex in the 1980s, draw resentment and join the fray of the nationalisations by the Socialist State in 1982. Sure such a book might insufflate nostalgia when we know that US General Electric and Finnish Nokia are purchasing in 2015 two big inheritors of CGE, Alstom and Alcatel-Lucent... And we should expect by Bouvier an article arguing about the process followed with success to build the CGE group and the reasons of what could be perceived as a stage of “decline” within globalisation.

The key issues turn around the building of an “organisation of firm” able to seize the opportunities of innovative techniques, mainly in the field of electrotechnical systems and techniques of information, with some failures when paths were followed that did not get promising outlets or returns. Forth and back moves were achieved: mere departments or affiliates? Cooperative affiliates with other groups to clear out new products or techniques? Developing foreign patents (from the US or Germany) or investing into proprietary R&D centres? Urging vertical integration towards metallic materials (for cables or else), sub-products (*Câbles de Lyon*, for cables, or branches for accumulators and transformers, with *Société savoissienne de construction électrique*, for instance) or common affiliates thanks to mergers (later on, in the 1930s–1960s)?

Surely narrative history prevails here and there, but it is used to pave the way to such arguments about the nature of a firm which, like others, evolved whilst walking forward, without the luggage of academic papers on strategies or consulting reports till the 1960s–1970s. “Models” or “enemies” were put ahead as comparative levers – those of GE, Siemens, AEG, Thomson-Houston and moreover Thomson France, a permanent rival on several fields –, and power balances were ever at stake, which Bouvier analyses thanks to useful archives records. The introductory chapter reflects therefore such art of problematic, and the book could not escape the issue of the relation with the State about French economic patriotism, industrial platforms, industrial policy (along public tenders of offers for big equipment, for instance) or R&D.

The banking historian has to enhance the role of industrial banking and merchant banking all along the development of CGE. The banks favoured classically the issuing of stocks and bonds, but they also advised the firm, got seats on its board, put ahead issues of profitability: the so-called financialisation of the management of firms was already somewhat practiced since the start of the century as bankers argued about the overall returns, dividends, the stock value, and the solvability of their clients, which is at the basis of corporate banking indeed. Conversely, Bouvier confirms that a company demanded faithful bankers, or broke with them, and analyses how “clubs of bankers” were set up around each big firm.

The issues of the very “nature” of such a firm are at stake throughout the book. Bouvier himself admits the challenge of precisising its outlines. Sectors were managed directly, without statutory autonomy, whereas other ones were set up as affiliates; permanent reshuffling complicates the overview, all the more than some sectors are being sold or kept as assets along with the strategic changes. The book deftly weighs the part of the management individuals and teams, mainly coming for engineers high schools, and able to conceive and engineer middle-term strategies.

Anyway, from the 1960s to the 1980s converged public industrial policy and the quest for powerful positions for CGE: prevailed within French industry, and Bouvier commences there to mobilise archives and documentation and to foster business history to help understand “well-known events” (for the generation of the author of this review) under issues of long-term developments and the actual role played by the “tycoon” Ambroise Roux, one key businessman at the crossroads of French capitalism and Administration and actor of the machinery of aggregation among firms to set up “French champions” able to fight within a unified Western Europe and on the export field.

HUBERT BONIN
Bordeaux

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 127–128

Peter Geffcken / Mark Häberlein (Hg.)

Rechnungsfragmente der Augsburger Welser-Gesellschaft (1496–1551). Oberdeutscher Fernhandel am Beginn der neuzeitlichen Weltwirtschaft

(Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit 22). Steiner, Stuttgart 2014, CXXXIV u. 583 S., 92,00 €.

Der vorliegende Band, herausgegeben und eingeleitet von zwei ausgesprochenen Kennern der Augsburger Wirtschafts- und Handelsgeschichte des 16. Jh.s, präsentiert die zwar nur fragmentarische, dennoch einen hervorragenden Einblick bietende Überlieferung der Augsburger Welser-Gesellschaft. Alle Quellen stammen direkt aus der Firmenüberlieferung, und sämtliche präsentierte Fragmente dienen in den Jahren nach dem Bankrott 1614 als Bucheinbände. Allerdings führt die bruchstückhafte Überlieferung zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Einordnung der Blätter, verstärkt noch durch Beschneidungen, welche die Herausgeber, soweit möglich, durch Rekonstruktion des Buchhaltungssystems der Welser lösten. Zahlreiche Fragmente blieben aufgrund mangelnder Zuordnungsmöglichkeiten unediert.

Anders als bei den Fuggern lag der geschäftliche Schwerpunkt der Welser viel stärker auf dem Fernhandel mit Massengütern, Gewürzen und Farbstoffen, während das Wechsel- und Geldgeschäft nur eine zweite Säule bildete. Insgesamt konnten die überlieferten Blätter 39 Rechnungsbüchern bzw. Rechnungen zugeordnet werden, die sich wiederum auf acht Organisationseinheiten verteilen. Bei diesen handelt es sich um die Augsburger Firmenzentrale, die dortige Faktorei sowie die in Memmingen, Nürnberg, Venedig, Antwerpen, in Sevilla und die am spanischen Hof. Zumeist sind nur unter zehn Prozent des ehemaligen Blattbestands der Rechenbücher erhalten, öfters sogar weniger als zwei Prozent. Weiterhin liegt bei der Zentrale ein Schwerpunkt der Überlieferung von 1496 bis in die 1520er Jahre, während die der Faktoreien erst in diesen Jahren einsetzt. Es folgt ein Überblick über Struktur und Entwicklung der Welser-Gesellschaft, beginnend mit der Handelsgesellschaft von Anton Welser und Konrad Vöhlin, die wahrscheinlich 1496 einen Gesellschaftsvertrag abschlossen. Vorbereitet wurde dieses Unternehmen schon 1479 durch die Heirat Anton Welsers, seinerzeit 28-jährig, mit Katharina Vöhlin, der Tochter des Memminger Großkaufmanns Hans Vöhlin. 1508 dürfte die Gesellschaft aus 18 Teilhabern bestanden haben, eine durchaus hohe Zahl, davon 14 aus Augsburg. Insgesamt lassen sich 32 Faktoreiestandorte der Welser-Vöhlin-Gesellschaft (1498/99), der Anton-Welser-Gesellschaft (1514–1518) und der Bartholomäus-Welser-Gesellschaft (1523–1528) erkennen, aber nicht alle zeitlich parallel. Über große Bedeutung verfügte die in Mailand, während im 16. Jh. neben Antwerpen solche in Süd- und Südwesteuropa hinzukamen, ebenso eine auf Santo Domingo, was eine gewisse Schwerpunktverlagerung erkennen lässt. Spätestens nach dem Tod von Anton Welser erfolgte eine größere Umstrukturierung, nachdem bereits zuvor Vorwürfe über Manipulationen an der Hauptrechnung gegen führende Gesellschafter erhoben worden waren. Während der Leitung der Firma durch Bartholomäus Welser ist die Zusammensetzung der Gesellschafter unklar, erst Augsburger und Nürnberger Journalfragmente der Jahre 1548 bis 1550 lassen einen breiteren Kreis oberdeutscher Kapitalgeber erkennen. Der Tuchsektor, Handel und Verlag, verlor nunmehr an Bedeutung, während das Engagement in Bergbau und Montanhandel intensiviert wurde. Der Safranhandel blieb bedeutend, als wichtige Warenumschatzplätze sind für

den Norden unverändert Nürnberg und Antwerpen zu nennen, für Frankreich Lyon. Dazu traten in wachsendem Umfang Anleihegeschäfte mit der französischen Krone, ebenso mit der spanischen, in diesen Fällen nicht selten gemeinsam mit den Fuggern; allerdings bereiteten die Welser den Rückzug aus diesen spanischen Kreditvergaben Ende der 1540er Jahre vor. Den Aufbau der Geschäftsbeziehungen zu Karl V. begleitete die Errichtung einer Faktorei am dortigen Hof. Bei dem wichtigsten Vertreter der Gesellschaft auf der Iberischen Halbinsel dürfte es sich freilich um Ulrich Ehinger und nicht um dessen Bruder Heinrich Ehinger gehandelt haben. Das Ende der Gesellschaft lässt sich recht genau auf den Oktober 1551 datieren, wobei ein Zerwürfnis zwischen den Brüdern Anton d. J. und Bartholomäus Welser eine Rolle gespielt haben dürfte. Trotz des fragmentarischen Charakters bietet die Edition einen vielfältigen Einblick in die Strukturen der Gesellschaft, in den Waren- und Geldhandel, was wiederum die Forschung fördert.

BERND FUHRMANN
Öhringen

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 128–129

Dorothee Guggenheimer

Kredite, Krisen und Konkurse. Wirtschaftliches Scheitern in der Stadt St. Gallen im 17. und 18. Jahrhundert

(St. Galler Kultur und Geschichte 39). Chronos, Zürich 2014, 275 S. (25 Diagramme), 43,00 €.

In ihrer innovativen Augsburger Dissertation führt Dorothee Guggenheimer in das kreditbasierte und hochriskante Wirtschaften von Kaufleuten und Gewerbetreibenden im Ostschweizer Handels- und Textilproduktionszentrum St. Gallen des 17. und 18. Jh.s ein. Sie orientiert ihre quellen- gesättigte und konzeptionell wie inhaltlich vorzügliche Studie an der in der Forschung durchaus umstrittenen Frage, ob Konkurse bzw. deren in einem gewissen Zeitraum ansteigende Zahl in einer gegebenen Wirtschaft auf eine krisenhafte Situation hinweisen. Sie bewegt sich damit im Rahmen der in den letzten Jahren häufiger zu beobachtenden Forschungen zu wirtschaftlichem Scheitern, zu Wirtschaften unter erhöhten Unsicherheitsfaktoren bis hin zu Bankrotten und deren sozialen, ökonomischen und kulturellen Folgen – Forschungen, die insbesondere der Korreferent der Arbeit, Thomas Max Safley (University of Pennsylvania), maßgeblich mit vorangetrieben hat.

Im ersten von vier Hauptkapiteln erörtert die Verfasserin zunächst die Entwicklung des Konkursrechts in St. Gallen und damit eines zentralen Zweigs des Handelsrechts insgesamt. Sie stellt dabei die engen Zusammenhänge mit der heimischen Textilwirtschaft einerseits und der Zusammensetzung des städtischen Rats andererseits heraus. Das Konkursrecht spiegelt so den Umbruch von der Leinwand- zur Baumwollfabrikation in St. Gallen und den Aufstieg neuer Kaufmanns- und Fabrikantenfamilien im Wesentlichen wider. Danach wertet sie die quellenmäßig fassbaren Konkurse quantitativ-statistisch daraufhin aus, welche Berufsvertreter in Relation zu ihrer Häufigkeit in der Stadt besonders oft scheiterten und ob sich hieraus Korrelationen zur Konjunktur ergäben.

Letzteres war entgegen maßgeblicher älterer Forschungsmeinungen nicht der Fall; „gehäuftes wirtschaftliches Scheitern [konnte] eben beides sein [...]; Merkmal einer Krise sowie Merkmal einer guten Konjunktur“ (S. 243), die Unternehmer zu risikoreicheren Geschäften verlockte. Ersteres galt eher im 17. und frühen 18. Jh., Letzteres im späteren 18. Jh., wobei nicht nur strukturelle, sondern vielfach auch persönliche Gründe für ökonomisches Scheitern ausgemacht werden können. Im dritten Schritt analysierte die Autorin die Ebene der Akteure an fünf Fallbeispielen, und zwar einem Kaufmann, einem Bleicher (Textilproduzent), einem Metzger (Verbindung von Landwirtschaft und Konsum), einem Goldschmied (Handwerk) und einer Höckerin (Zwischenhandel). Dabei zeigt sich, dass vor allem die langfristige Verschuldung – vielfach durch fortlaufende, bargeldlose Verrechnung von Geschäft und Gegengeschäft – verantwortlich für das letztendliche Scheitern war, wobei Naturalkredite bei den Textilproduzenten, Hypothekarkredite hingegen nur bei wohlhabenden Kaufleuten und Handwerkern eine bedeutende Rolle spielten. Die Sanktionierung schließlich – der vierte Untersuchungsgegenstand – fiel umso drastischer aus, je höher Stand und Ansehen des Falliten in der Gesellschaft vor seinem Scheitern gewesen waren, bedeutete aber grundsätzlich – neben der selbstverständlichen Rückzahlungspflicht – einen räumlichen Ausschluss aus der Gesellschaft über einen längeren Zeitraum hinweg; erst im späteren 18. Jh. erhielt die Rückzahlung deutlich höheren Stellenwert als die Bestrafung.

Dorothee Guggenheimer vermag an ihrem Fallbeispiel zahlreiche eingefahrene Forschungsmeinungen zu Verschuldung, Kredit und Konkursen sowie deren Relevanz als Indikator für krisenhafte Erscheinungen innerhalb einer Wirtschaft zu überprüfen, zu relativieren, ja teilweise zu widerlegen. Hierin liegt der besondere Wert ihrer akribisch gearbeiteten, gut lesbaren und durch zahlreiche Graphiken anschaulich gestalteten Studie. Allerdings legt sie Ergebnisse vor, die auf einer einzigen städtischen Ökonomie beruhen, so dass die Frage, ob und inwieweit diese bemerkenswerten Resultate verallgemeinerbar sind, offen bleiben muss. Wenn Guggenheimers Arbeit zu weiteren Untersuchungen dieser Art anregen würde, wäre dies ein bedeutender Gewinn für die frühneuzeitliche Unternehmens- und Konjunkturgeschichte.

MARKUS A. DENZEL

Leipzig / Bozen

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 129–131

Thomas J. Hagen

Österreichs Mitteleuropa 1850–1866. Die Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion des Karl Ludwig Freiherr von Bruck

(Historische Studien 507). Matthiesen, Husum 2015, 460 S. (30 Abb., 36 Tab.), 59,00 €.

Die vorliegende Monographie wartet mit einer starken These auf: Entgegen der bislang vor allem in der deutschen Historiografie vorherrschenden negativen Einschätzung der Mitteleuropapolitik der Habsburgermonarchie um 1850 (in der Geschichtsschreibung wurde retrospektiv diese der deutschen Nationalstaatsidee zuwiderlaufende Alternative als unzeitgemäß und nicht realisierbar bezeichnet)

betont Thomas J. Hagen ihre positiven Ergebnisse bzw. Nachwirkungen, spricht von der Entstehung eines funktionierenden föderalen und supranationalen mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes und bezeichnet die wirtschaftliche Konzeption des Mitteleuropaprojektes als außerordentlich modern.

Anlass der Mitteleuropakonzeption war der Plan der Paulskirche, einen deutschen Nationalstaat unter Einschluss der deutschen Kronländer Österreichs zu gründen. Damit drohte, ebenso wie durch die nationalistischen Separationsbestrebungen in Böhmen, Ungarn und Italien, das Staatsgefüge des Vielvölkerstaates der Habsburgermonarchie gesprengt zu werden, was damit einhergehend zum Verlust der Vormachtstellung Österreichs in Mitteleuropa geführt hätte. Mit der „Mitteleuropaidee“ brachte die österreichische Staatsführung ein neues Konzept ins Spiel, maßgeblich dafür verantwortlich zeichneten Ministerpräsident Felix Fürst zu Schwarzenberg und dessen Handelsminister Karl Ludwig von Bruck (für die wirtschaftspolitischen Belange). Gemeint war damit die Gründung eines „Mitteleuropäischen Staatenbundes“, der den Deutschen Bund und die außerhalb davon gelegenen Gebiete Preußens und Österreichs sowie die Länder Nord- und Mittelitaliens umfassen sollte und demnach supranationalen Charakter besaß. Dem sollte eine auf mäßigem Schutzzoll basierende Zoll- und Handelsunion vorangehen. Es gelang Österreich mit Hilfe seiner süddeutschen Verbündeten, Preußen für ein umfassendes Zoll- und Handelsbündnis zu gewinnen. Zuvor fiel 1851 die ungarisch-österreichische Zwischenzolllinie, und die Zollunion wurde auf Liechtenstein und die italienischen Herzogtümer Parma und Modena ausgeweitet. Mit der Zolltarifreform näherte man sich dem System des Deutschen Zollvereins an. Der am 19. Februar 1853 geschlossene Handelsvertrag zwischen Österreich und Preußen war dann, so Hagen, mehr als ein bloßer Handelsvertrag und kam einer weitgehenden wirtschafts- und verkehrspolitischen Vereinigung der beteiligten Staaten nahe, trotz Weiterbestehens einer Zwischenzolllinie zwischen Österreich und dem Deutschen Zollverein. Auch hier stellt sich Hagen gegen die übliche Einschätzung der Historiografie. Unbestritten bleiben die positiven Effekte der verstärkten wirtschaftlichen Integration. Hagen verweist (unterlegt durch Statistiken im Anhang) auf die enorme Steigerung des deutsch-österreichischen Warenverkehrs, auf bedeutende Fortschritte in der Freizügigkeit im Dienstleistungs- und Personenverkehr, den Beginn der bürgerlichen Reisefreiheit, die neue liberale Gewerbeordnung von 1859, Maßnahmen der rechtlichen Vereinheitlichung (gemeinsames Wechsel- und Handelsrecht, Patent-, Urheber- und Markenrecht) sowie die weitgehende Anpassung auf dem Münzsektor und im Bereich der allgemeinen Maßeinheiten. Erfolge gab es zudem im Kommunikations- und Verkehrswesen, hier nennt Hagen die Herstellung eines gemeinsamen Nachrichtennetzes und die Entstehung einer Transport- und Verkehrsgemeinschaft (die Schienenwege Mitteleuropas wurden miteinander vernetzt und ihr Umfang mehr als vervierfacht). Er führt den Fortschritt der Transportkapazitäten auf Binnenschiffahrtsstraßen ebenso an wie den steigenden Post- und Telegrammverkehr. Unklar bleibt dann allerdings, wieso sich die Habsburgermonarchie aber gerade in den 1850er und 1860er Jahren einen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber dem Zollverein einhandelte. Auch sonst stellen sich mir einige Fragen: Wer profitierte mehr, die Habsburgermonarchie oder die Staaten des Deutschen Zollvereins, wer innerhalb der Habsburgermonarchie? Das Scheitern der Bruckschen Vorstellungen wurde dann 1859 eingeleitet, Österreichs Niederlage bei Solferino bedeutete den Triumph der Nationalstaatsidee, der Verzicht auf die Lombardei leitete das Ende der österreichisch-italienischen Zollunionspläne ein. Nicht zuletzt, weil Preußen seine dominante Stellung im Deutschen Zollverein nicht aufgeben wollte, und spätestens nach den militärischen Auseinandersetzungen von 1866 bzw. 1870/71 scheiterte das Projekt endgültig, endeten die **Zeit des Deutschen Bundes und die politische Vormachtstellung**

Österreichs in Deutschland. Dieses Scheitern hinterfragt Hagen, indem er etwa auf das Nachleben einzelner Abkommen und Vereine verweist.

Auch wenn Hagen letztlich selbst deutlich macht, dass es beim Wiener Projekt um ein von Deutschsprachigen dominiertes und damit national motiviertes Mitteleuropa ging, geht der politische und aus meiner Sicht für die Brucksche Konzeption maßgebliche Hintergrund in seinem Werk insgesamt unter. Zuletzt widmet sich Hagen der Frage, ob das Mitteleuropaprojekt als Vorbild für das Modell einer postnationalen Epoche dienen kann. Ich würde auch diesbezüglich nicht so weit gehen, in der Mitteleuropakonzeption einen Vorläufer der EU zu sehen, und wäre weit vorsichtiger mit etwaigen Parallelen zwischen diesen „Räumen ohne Binnengrenzen“ (S. 363). Spannend und anregend, weil eben durchaus kontrovers in seinen Einschätzungen, ist die Lektüre aber allemal. Interessant und abzuwarten bleibt, welche Resonanz Hagens positive Bewertung der Mitteleuropakonzeption unter Historiker / inne / n, insbesondere auch in der Tschechischen Republik, Ungarn etc., finden wird. Thomas J. Hagens Monographie sind jedenfalls viele Leser / innen zu wünschen.

PETER EIGNER

Wien

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 131–133

Jan-Otmar Hesse / Roman Köster / Werner Plumpe
Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939
 Campus, Frankfurt a. M. / New York 2014, 242 S., 19,90 €.

An Neuerscheinungen zur Großen Depression herrscht derzeit kein Mangel. Das hier vorzustellende Buch zählt zu den lesenswerten unter ihnen – allerdings nicht deshalb, weil darin grundlegend Neues zu finden wäre. Vielmehr bieten die Autoren einen weitgehend gelungenen, bündigen und, notabene, gut gegliederten Überblick über die Krise wie auch über mit ihr verbundene resp. aus ihr resultierende Forschungskontroversen. Ihrem Anspruch, „den ökonomischen und wirtschaftshistorischen Forschungsstand [zur Wirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit] zusammen[zu]fassen“ (S. 7) und „eine typisierende Darstellung der Krise sowohl in ihrer Regelmäßigkeit als auch in ihren jeweiligen nationalen Besonderheiten“ (S. 8) vorzulegen, werden die Autoren also durchaus gerecht.

Im Einzelnen: Auf eine Einordnung der „Weltwirtschaftskrise als historisches Ereignis und konzeptionelles Problem“ (S. 11–23) folgt eine Betrachtung der bekannten internationalen „Krisenherde der ‚Goldenen Zwanziger Jahre‘“ (S. 25–51): politische Konfliktfelder, Überkapazitäten, Überproduktion und Preisverfall in Landwirtschaft sowie „alten“ Industrien, Reparationsproblematik und überhaupt krisenhafter internationaler Geldkreislauf (Kindleberger: „Schuldenkarussell“) sowie Rekonstruktion und – hier in die Dreißigerjahre vorgehend – Untergang des Goldstandards mit all seinen Implikationen. Die sich anschließende Schilderung der „Krise in den einzelnen Ländern“ (S. 53–175) ist der Kern der Darstellung. Hier werden nacheinander die „kurze

und tiefe“ Krise des Deutschen Reiches, die „schleichende“ in Großbritannien und dem Commonwealth, die „große und lange“ Depression in den USA, die „verzögerte“ Krise in Frankreich und dem Goldblock, die „verspätete“ in China sowie die „entkoppelte“ Krise in der Sowjetunion kompakt und doch in einer für eine derartige, rein wirtschafts-, in keiner Weise sozialhistorische Überblicksdarstellung hinreichenden Tiefe beschrieben. Hier gehen die Autoren bereits auf unterschiedliche Forschungsansätze resp. Kriseninterpretationen ein. Der vierte, etwas knapp geratene Abschnitt gilt explizit der „Weltwirtschaftskrise in der Kontroverse“ (S. 177–203). Ausgehend von grundlegenden Ausführungen zum „Krisenproblem in der Volkswirtschaftslehre“ werden nacheinander die „Friedman-Schwartz-Eichengreen-Kontroverse“ sowie die „Borchardt-Kontroverse“ erläutert und schließlich die „globale Dimension der Krise“ thematisiert. Unerwähnt bleibt u. a. der in der jüngeren wirtschaftswissenschaftlichen Forschung wieder thematisierte Wandel der Einkommensverteilung und seiner (Krisen-)Bedeutung (z. B. Kumhof / Ranciere 2010, Rajan 2010). Im letzten Kapitel wird die Frage aufgegriffen, inwieweit die Weltwirtschaftskrise des 20. Jh.s und die „gegenwärtige Finanzkrise“ vergleichbar und ähnlich seien und ob heutiges (wirtschafts-)politisches Handeln unter Rückgriff auf die (Wirtschafts-)Geschichte legitimiert werden könne.

Hier wie in den vorherigen Abschnitten argumentieren die Autoren (es wird nicht kenntlich gemacht, welcher der drei Autoren bzw. ob überhaupt jeweils ein einzelner Autor für bestimmte Passagen des Buches federführend war) weitgehend differenziert und nuanciert sowie in ihren Einschätzungen und Schlussfolgerungen überwiegend überzeugend.

Anzumerken bleibt allerdings zweierlei: 1) Die Autoren konstatieren zu Recht, dass die wirtschaftshistorischen Interpretationen der Krise und der Krisenpolitik nur im Rahmen der jeweils dominierenden wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen zu verstehen sind (vgl. S. 178). Sie betonen dies sehr deutlich mit Blick auf die während der „Hochzeit“ (S. 194) der keynesianischen Schule formulierte Kritik an der Brüning'schen Deflationspolitik. Es wäre angemessen gewesen, wenn sie mit gleicher Klarheit festgestellt hätten, dass dies nicht minder für Borchardt und seine Schüler gilt, deren Thesen sich in den seit den 1980er Jahren in Deutschland herrschenden „neoliberalen“ Mainstream einfügen. Ohnedies scheint sich die Perspektive des Letzteren bisweilen auch in der vorliegenden Darstellung niederzuschlagen. 2) Die Autoren erachten die beiden Krisen für „vergleichbar“, aber nicht für „ähnlich“, betonen stattdessen die „fundamentalen Unterschiede“ (S. 205, 209). Nun, die Unterschiede sind gewiss erheblich. Es gibt freilich aber auch bedeutsame Parallelen, die es – hier ist u. a. Eichengreen in seiner jüngsten, monumentalen Arbeit über die beiden Krisen zuzustimmen (2015) – durchaus erlauben, aus der Betrachtung des Historischen Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen (vgl. in der vorliegenden Studie die gegenteilige Sicht auf S. 208). So haben die Autoren zwar im Einzelnen Recht, wenn sie z. B. vermuten, „dass für unpopuläre Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors nach Begründungen gesucht wurde, die in der demokratischen Öffentlichkeit Aussicht auf Akzeptanz hatten“ (S. 215) und die Weltwirtschaftskrise dergestalt „instrumentell genutzt“ würde. Wenn sie aber indirekt die zweifelsohne bemerkenswerten Forschungen zur Rolle des Finanzsektors resp. der finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen im Vorfeld der Krise (vgl. z. B., obschon in der vorliegenden Studie nicht zitiert, Schulmeister 2010, 2014) und sich darauf berufende Forderungen nach einer stärkeren (Re-)Regulierung derselben als „mit wissenschaftlichen Argumenten kaum zu stützende Glaubensbekenntnisse“ (S. 207) einstufen und darüber

hinaus „die Ableitung historischer Argumente aus den Geschehnissen der Weltwirtschaftskrise“ per se als „einigermaßen fragwürdig“ (S. 208, ähnlich: S. 9) ablehnen, greifen sie deutlich zu kurz.

ALBERT FISCHER

Gleichen

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 133–134

Takahito Mori

Elektrifizierung als Urbanisierungsprozess. Frankfurt am Main 1886–1933 (Beiträge zur hessischen Wirtschaftsgeschichte 9). Hessisches Wirtschaftsarchiv, Darmstadt 2014, 135 S. (16 Abb., 5 Grafiken, 11 Tab.), 14,90 €.

Diese 2009 erstmals erschienene und jetzt ins Deutsche übersetzte japanische Dissertation untersucht am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main den Beitrag der Elektrifizierung zur Entwicklung der modernen Stadt. Konzeptionell und inhaltlich auf den Arbeiten von Dieter Schott („Die Vernetzung der Stadt“, 1999) und Jürgen Steen („Frankfurt und die Elektrizität 1800 bis 1914“, 1981; „Die Internationale elektrotechnische Ausstellung“, 1991) sowie auf der modernen urbanisierungshistorischen Forschung aufbauend, untersucht der Verfasser die Entwicklung der städtischen Elektrizitätswirtschaft einerseits, die Elektrifizierung des öffentlichen und privaten Raums und die Elektrizitätsverwendung andererseits. Dabei schlägt er die Brücke von der – in der Forschung bisher bevorzugten – Epoche des Kaiserreichs in die Zeit der Weimarer Republik.

Dass einzelne übergreifende Themen wie der „Systemstreit“ zwischen Gleichstrom und Wechselstrom und die Frankfurter Elektrotechnische Ausstellung von 1891, die Entwicklung der Großkrafterzeugung und der Verbundwirtschaft in Deutschland oder die Auseinandersetzung zwischen dem RWE und der staatlichen preußischen Elektrizitätspolitik in den 1920er Jahren, aber auch die Mentalitäts- und Alltagsgeschichte der Elektrizitätsverwendung in sehr gedrängten und angesichts der Komplexität dieser Aspekte ziemlich problematischen Kurz-Überblicken behandelt werden, ist wahrscheinlich dem Entstehungskontext und der ursprünglichen Zielgruppe der Arbeit geschuldet. Im europäischen Kontext hätte sich ein knapperer Verweis auf die einschlägige Forschung und stattdessen eine ausführlichere Darstellung der Frankfurter Perspektive angeboten. Denn zweifellos überkreuzen sich gerade hier wichtige Probleme und Entwicklungslinien sowohl der Elektrifizierung als auch der Urbanisierung: Der im Fall Frankfurts erfolgreiche Versuch, mittels der seit 1899 (Kommunalisierung des Elektrizitätswerks) nach und nach erreichten städtischen Hoheit über die gesamte Elektrizitätsversorgung für Licht- und Kraftzwecke sowie über den elektrisch betriebenen Nahverkehr die Stadtentwicklung zu steuern, belegt, dass die Elektrizitätswirtschaft im gesamten Zeitraum einen wichtigen, wenn nicht *den* „Schlüssel zur Geschichte der kommunalen Leistungsverwaltung“ darstellt. Darüber hinaus nahm Frankfurt gleichzeitig eine „bahnbrechende Rolle [...] in jeder Stufe“ der Elektrifizierung des Lebensraums der modernen Stadt ein (S. 90). An der bekannten „Frankfurter Küche“ und an den Wohnsiedlungen der 1920er Jahre mit ihren

‚vollelektrifizierten‘ Haushalten und der Straßenbahn-Anbindung dieser Trabantenstädte an das städtische Zentrum lässt sich dies exemplarisch aufzeigen.

BERNHARD STIER

Koblenz

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 103, 2016/1, 134–135

John Woodland

Money Pits. British Mining Companies in the Californian and Australian Gold Rushes of the 1850s

(Modern Economic and Social History Series). Ashgate, Farnham u. a. 2014, 282 S. (39 Abb., 3 Tab.), 70.00 £.

John Woodlands Arbeit widmet sich der Rekonstruktion eines doppelten Goldrauschs. Im Mittelpunkt steht das Engagement britischer Investoren nach Goldfunden in Kalifornien und Australien zwischen 1849 und Ende der 1850er Jahre. Diese parallelen Entwicklungen führten zu einer Investitionsblase – schon zeitgenössisch als „Gold Bubble“ bezeichnet –, die innerhalb weniger Jahre insgesamt 118 Unternehmen hervorbrachte. Von dieser beachtlichen Zahl gelang es allerdings nur einem Bruchteil, genügend Kapital zusammenzubringen, um tatsächlich in Übersee aktiv zu werden; dies allerdings überwiegend ohne bleibenden Erfolg. Nur eine einzige Gesellschaft, die Port Phillip and Colonial Gold Mining Company, die im australischen Victoria aktiv war, schaffte es, die auftretenden finanziellen, strukturellen und technischen Herausforderungen so zu lösen, dass eine mehrere Jahrzehnte währende Abbautätigkeit etabliert werden konnte. Woodland zeichnet diese „history of failure“ detailliert nach.

Nach einem Überblick über die behandelten Unternehmen beleuchtet er zunächst die Gruppe der Promoter, also derjenigen, die um Geldgeber warben, um in den vermeintlich gewinnträchtigen Goldbergbau zu investieren. Hier reichte die Palette von spezialisierten Geologen und Bergbaumanagern bis hin zu Kleinstunternehmern, die sich im Anschluss wegen Veruntreuung von Geldern oder wegen Betrugs vor Gericht verantworten mussten – „opportunists in an overheated stock market“ (S. 11). Weitere Kapitel gehen auf die Gesellschaftsformen und die teils unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen des Goldbergbaus in Kalifornien und im kolonialen Australien ein sowie auf die technischen Probleme, die sich durch verschiedene Formen des Alluvial- und des untertägigen Quarzbergbaus ergaben. Die zwei umfangreichsten Kapitel widmen sich sodann den fast ausschließlich erfolglosen Unternehmungen vor Ort, wobei die Entwicklung jeder Gesellschaft, neun in Kalifornien und elf in Australien, genau beleuchtet wird. Woodland betont, dass Erfolg und Misserfolg häufig von Zufällen abhingen. Gleichwohl sind gewisse Konstanten zu erkennen, die in ihrer Gesamtheit ein Scheitern verursachten: ungenaue Kenntnis der Geologie und der lokalen Verhältnisse vor Gründung der Firma, erschwerte oder fehlende Kommunikation zwischen den Bergbaumanagern am Abbauort und den Gesellschaftern in Großbritannien, Probleme beim Transport von Maschinen und Arbeitern in die Abbauregionen, zuweilen auch Konkurrenz- und

Abgrenzungsstreitigkeiten mit anderen Unternehmen. Nicht zuletzt konnten die notwendigerweise langfristigen Planungen eines effizienten Abbaubetriebs den Erwartungen der Investoren auf möglichst rasche Gewinne nicht gerecht werden. Auch bezüglich der Port Phillip and Colonial Gold Mining Company sind diese Probleme zu beobachten, doch schaffte es in diesem Fall ein weitblickendes Management in Victoria, neben den technischen auch strukturelle und politische Schwierigkeiten zu meistern. Konkurrenz trat hier vor allem in Gestalt individueller Goldgräber auf, die in ihrer Schürf- und Abbautätigkeit ältere Rechte anmeldeten als die neuen Aktiengesellschaften. Die lokale Regierung unterstützte die Interessen dieser „Diggers“ weitgehend. Um Interessenausgleich bemüht, ging daher die Port Phillip Company dazu über, Teile der Digger-Gruppe in ihr Unternehmen zu integrieren, sei es als Anteilseigner oder auch als erfahrene Arbeitskräfte. Teils gewaltsame Konflikte um Schürf- und Abbaurechte blieben gleichwohl bestehen.

In London, fernab dieser Entwicklungen in Übersee, bildete sich derweil eine regelrechte Bewegung unzufriedener Aktionäre und Investoren, die die Geschäftsführer und Direktoren der jeweiligen Gesellschaften zwangen, öffentlich Rechenschaft über ihr Geschäftsgebaren abzulegen. Diese Kampagnen endeten in der Regel mit der Abwicklung der Unternehmen. Woodland rekonstruiert diese Ebenen und Entwicklungsphasen des Gold Bubble auf breiter Materialbasis. Wünschenswert wäre jedoch eine engere Anbindung seines Gegenstands an die Forschung wie überhaupt eine stärkere Kontextualisierung gewesen. Bezüge zu früheren Spekulationsblasen, auch zu sozial- und technikgeschichtlichen Aspekten werden zwar angedeutet, hätten zuweilen jedoch gewinnbringend ausgebaut werden können.

STEFAN MOITRA

Bochum

